

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 8. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

**Die Insertions-Gebühren**  
betragen für die sechsgepaltene Kolonne  
oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inverale für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:  
„Socialdemokrat Berlin“

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnemert: 1.10 Mark pro Monat,  
eingetragen in der Post-Verzeichnungs-  
preisliste für 1901 unter Nr. 7071.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Erschließt täglich außer Montags.

### Ein Unfall des Kaisers.

In Bremen ist der Kaiser, wie schon gestern in dem größten Teil der Auflage mitgeteilt wurde, von einem Epileptiker durch ein von ihm geschleudertes Stück Eisen am Gesicht verletzt worden. Es ist bekannt, daß Kranke dieser Art im Zustande völliger Bewußtlosigkeit oft die schrecklichsten Gewaltthaten begehen, von denen sie, wenn der Anfall vorüber, nicht die Spur einer Erinnerung übrig behalten.

Der Kaiser hatte den Rathauskeller verlassen. Während der Fahrt warf ein junger Mensch, namens Dietrich Weiland, ein 1 1/2 Pfund schweres Eisenstück nach dem kaiserlichen Wagen, das den Kaiser am Gesicht streifte. Der Kaiser soll den Vorgang gar nicht gemerkt haben und erst später darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß er eine Verletzung davongetragen habe. Weiland geriet unter die Pferde der hinter dem Wagen reitenden Landjäger, wurde vom Publikum ergriffen, von Polizisten festgenommen und nach dem Stadthause gebracht. Bei seiner Vernehmung verweigerte er wiederholt in Krämpfe, war aber in den Interdalle vernunftfähig. Er trug ein Arzneimittel gegen Epilepsie bei sich.

Am Donnerstag gaben die Aerzte folgendes Bulletin heraus:  
„Se. Majestät der Kaiser haben in der rechten Gesichtshälfte eine vier Centimeter lange, über das Jochbein verlaufende Wunde, welche bis auf den Knochen dringt. Die Wunde, welche die Beschaffenheit einer gequetschten hat, blutete mäßig und wurde ohne Naht durch den Verband geschlossen. Se. Majestät haben die Nacht leidlich verbracht, sind frei von Kopfschmerzen und bei gutem Allgemeinbefinden. (gez.) v. Lenthold, v. Bergmann, Alberg.“

Ueber die Person Weilands berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“:

Bei seinem ersten Verhör erklärte Weiland, der mit relativ leichten Verletzungen davongekommen ist, er habe keine Ahnung, wie er zu der ihm zur Last gelegten That gekommen sei. Er sei Epileptiker und leide an Aufregungszuständen, während deren ihm das Bewußtsein schwinde. Augenblicklich habe er einen solchen Anfall hinter sich. Er könne sich erinnern, noch bei Bewußtsein gehört zu haben, daß der Kaiser nachmittags nach Bremen kommen werde. Von dem, was seither mit ihm geschehen sei, habe er keine Ahnung, nur von einigen Szenen habe er eine dunkle, traumatische Erinnerung, so zum Beispiel von der seines Transportes nach dem Stadthause. Ganz unbekannt sei ihm dagegen, daß er einen Anschlag gegen den Kaiser ausgeführt habe; geplant habe er jedenfalls einen solchen in keiner Weise. Er bekomme in seinen Erregungszuständen gefährliche Wutanfälle; so habe er einmal infolge seiner Krankheit seinen Stiefvater mit dem Messer attackiert und verletzt; ein andermal habe man ihn mit Gewalt davon abhalten müssen, in einer Fabrik seinen Arm in siedenden Teer zu stoßen, er sei auch bereits in psychiatrischer Behandlung gewesen. Weiland macht auf die polizeilichen Organe und den Polizeiarzt nicht den Eindruck eines Simulanten, auch gewinnt, was er angiebt, an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß, wie bereits feststeht, sein Vater in hohem Grade Trinker war.“

Der Unfall des Kaisers, der an jenen Vorgang vom November vorigen Jahres lebhaft erinnert, wo eine irrsinnige Frau, Namens Schnapple, in Breslau ein Weil nach dem Wagen des Kaisers warf, ohne zu treffen, gehört zu jenen verhängnisvollen Zufällen, gegen die es keinen Schutz giebt, auch wenn eine noch so sorgfältige Aufsicht geübt wird. Daß Geistesranke ihre unheimliche Wut gerade gegen markante Persönlichkeiten richten, ist eine genugsam bekannte Erscheinung, deren psychologische Erklärung nicht schwer ist; das Ausergewöhnliche reizt die Aufmerksamkeit der Gestirten. Nicht unzutreffend sind die Bemerkungen, die die „Tägliche Rundschau“ anlässlich dieses Falls äußert:

„Es ist eine bekannte Sache, daß Irre oft den gefährlichsten Trieb zeigen, irgend etwas zu thun, was die Aufmerksamkeit aller auf sie lenkt, und leider ist ein verbrecherischer Anschlag auf hervorragende Persönlichkeiten ein Gedanke, der einer gewissen krankhaften Geistesverfassung sehr nahe liegt. Es liegt immer eine große Gefahr darin, daß solch ein Gedanke weiter übertragen wird und den Trieb der Nachahmung erweckt. Es sollte daher in der Berichterstattung alles vermieden werden, was die Person des Verbrechers irgendwie mehr als nötig in den Vordergrund stellt, die That selbst zu einem politischen Verbrechen aufbauscht und die Einzelheiten des Vorgangs allzu sehr ausmalt.“

Daß das „Attentat“ so gänzlich unpolitisch ist, mag ja unsere Scharfmacher einigermaßen schmerzen. Immerhin sehen selbst Organe wie die „Post“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ ein, daß nichts zu machen sei, und so unterlassen sie die sonst üblichen Betrachtungen.

Nur ein einziges Organ wagt das Unglaubliche, und zwar bezweifelnd: die „Deutsche Tageszeitung“, das Centralorgan des Bundes der Landwirte. In diesem Blatt begeht irgend ein verblödeter unsauberer Patron das folgende Hoheitsdelikt, das nach der Weltanschauung des Herrn Hertel mit lebenslänglicher Prügelstrafe geahndet werden müßte:

„Die Untersuchung wird ja ergeben, ob Weiland geisteskrank ist oder nicht. Aber selbst wenn eine geistige Abnormität festgestellt werden sollte, so muß man in seiner That doch lediglich eine Folge anarchischer socialdemokratischer Verheerung erblicken; denn es ist klar, daß auch ein krankes Gehirn denselben Einflüssen wie ein gesundes zugänglich ist. Würde es keine anarchische-socialdemokratische Verheerung geben, so würde der Irre Weiland auf andre Thaten verfallen müssen. Uns scheint es vorläufig noch sehr fraglich, ob thatsächlich eine derartige Stupidität vorliegt, wie berichtet wird.“

Diese Auslassung läßt sich nur aus der unzurechnungsfähigen Angst des schlechten Gewissens erklären; denn die „Deutsche Tageszeitung“ war ja Stimmführerin jener beispiellosen konservativ-antifemistisch-alldeutsch-agrarischen Hetze gegen die kaiserliche Englandpolitik, die wir jüngst erlebt, und das edle Blatt scheint deshalb zu befürchten, daß etwa bössartige Freihändlerkreise der Hasenfüße jetzt diese Thatfache zu ähnlichen Praktiken gegen die Agrarier benutzen könnten, wie man sie 1878 in vernichtender Strapasslosigkeit gegen die Socialdemokraten spielen ließ, um die Arbeiterschaft in dem beginnenden Vortzug der Schutzöllner wehrlos zu machen. Oder hofft die „Deutsche Tageszeitung“ etwa, durch eine Attentatshege den Widerstand der Arbeiter gegen die Brotwucherer brechen zu können? Aber es war kein Arbeiterblatt, das da schrieb:

„Die Befürchtung, daß durch den Berliner Besuch des englischen Königs unsere Beziehungen zu andern Mächten unnötigerweise verbodnen werden könnten, ist grundlos; an unserer politischen Stellung ist nichts mehr zu verdeden. Der Besuch des englischen Monarchen kann, falls ihm wirklich ein politischer Anstrich gegeben werden sollte, nur höchstens als politische Dekoration wirken, als eine höfische Darstellung des bereits längst bestehenden, durch die Kaiserreise nach England kaum noch beeinflussten politischen Zustands. Am allerwenigsten aber sollte doch auf unserer Seite diesem dekorativen Element in der Politik ein ihm nicht zukommendes Gewicht beigelegt werden. Und schließlich: Wenn der neue englische König nach Berlin kommt, um sich auch förmlich im königlichen Schloß für all die Liebenswürdigkeiten zu bedanken, die ihm unser Kaiser erwiesen hat — so thut er doch eigentlich nur, was sich gebührt.“

Das schrieb die „Deutsche Tageszeitung“, die jetzt von anarchisch-socialdemokratischer Verheerung schamlos und bühlich zu reden wagt. Anständige Leute schreiben allerdings nicht für den Brotwucher.

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: „Wegen des „Attentats“ auf den Kaiser in Bremen ist von dort hier angefragt worden, ob der verhaftete Schlosser Dietrich Weiland der Berliner Polizei als politisch verdächtig bekannt sei. Das ist nicht der Fall. Man kennt ihn hier gar nicht.“

Es ist begreiflich, daß die Bremerer Polizei, die den Unfall nicht zu verhindern gewußt hat, jetzt auf andre Weise ihren Eifer zu beweisen sucht.

Zu der Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“ wird uns noch geschrieben:

Es verdient einen Jagdhieb, wenn die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ auch den Anschlag des Epileptikers in Bremen der „socialdemokratischen Verheerung“ in die Schuhe schiebt. Die damit verfolgten Absichten liegen am Tage: — man will den Kaiser den agrarischen Zwecken geneigt machen.

In socialdemokratischen Versammlungen weiß man sich aber in der Kritik der Monarchen weit mehr Schranken aufzuerlegen, als in agrarischen. Eine Rede, wie die Liebermanns von Sonnenberg im Circus Busch, würde, wenn ein socialdemokratischer Redner sie hielte, dem dolus eventualis verfallen. Wir wären also in der Lage, den Spieß des agrarischen Blatts umzudrehen und den Intimus des letzteren als den Inspirator des blödsinnigen Weiland zu denunzieren. Selbstverständlich verschmähen wir diesen Tritt; wir überlassen diese Art von Politik und Wachschaften den Leuten, die das Bedürfnis zu spüren scheinen, sich um die Achtung ehelicher Gegner zu bringen.

Das agrarische Blatt verrät bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß es mit demagogischen Klären die verrufensten Recepte der monarchistischen Racher und Intriganten verbindet. Es scheint nicht genügend historisch orientiert zu sein, um zu wissen, daß diese Art reaktionärer Ränkeschmiede nicht nur der öffentlichen Verunglimpfung zu verfallen pflegen, sondern auch sich und ihre Pläne in den Sumpf führen.

Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird der Kaiser 14 Tage das Zimmer halten müssen. Die Verwendung sei ziemlich nahe dem Auge, das deshalb gesondert werden müsse. Das offiziöse Blatt schreibt ferner, der Kaiser sei „einer ernsten Lebensgefahr ausgesetzt gewesen“:

„Der Mensch, dessen Hand gegen die geheiligte Person des Reichsoberhauptes ein Eisenstück schleuderte, scheint nach den bisherigen Feststellungen mit epileptischen Krankheits-Erscheinungen behaftet zu sein, unter deren Einfluß er vielleicht auch bei der Vollbringung seiner sinnlosen That gehandelt hat. Die Verletzung erweist sich als schwerer, wie in den ersten Meldungen angenommen wurde. Der Kaiser bewahrte nach dem Anschlag eine außerordentliche Ruhe und verriet durch kein Aeußeres die Schmerzen, die sich bald nach dem Auf eingestell haben mußten. Erst als auf dem Bahnhof ein kleiner Junge rief: „Der Kaiser blutet ja!“, wurde die Aufmerksamkeit der Umgebung des Kaisers, der bis dahin kein Wort über den Vorfalle verloren hatte, auf die Verwundung gelenkt. Der Blutverlust war erheblich, auch der Mantel wies Spuren davon auf.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

#### Der Reichstag

hielt Donnerstag eine sehr kurze Sitzung ab, die mit einer Ansprache des Präsidenten über den gestrigen Vorfalle in Bremen eingeleitet wurde. Das Haus hörte die Worte stehend mit an; von unserer Fraktion war niemand im Saale anwesend.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Marine-Etats, die in der kurzen Zeit von 1 1/2 Stunden

erledigt wurde; die Beratungen der Budgetkommission über diesen Etat haben fast das zehnfache an Zeit in Anspruch genommen. Zu grundsätzlichen Debatten bietet sich nach der Annahme der Flottenvorlage keine Gelegenheit und so beschränkte sich auch unsere Fraktion nur auf einige Anfragen.

Bebel erkundigte sich, ob die Jama recht berichtet, die von der Abführung größerer Summen an die Marineverwaltung durch den Flottenverein erzählt. Herr Tirpitz hat noch kein Geld gesehen. Die Hurrafreudigkeit unserer Patrioten ist ja immer größer als die Opferwilligkeit. Sollte das Reich aber einmal vom Flottenverein ein Kanonenböichen geschenkt bekommen, dann will der Staatssekretär das verfassungsmäßige Recht des Reichstags nicht antasten, die Kosten für die Indienststellung und für etwaige Reparaturen zu bewilligen.

Auf die im Vergleich zur Handelsmarine auffällig hohe Verlustziffer an Menschenleben wies unter besonderer Bezugnahme auf den Untergang der „Sneisenau“ Volkenbuhr hin. Der Staatssekretär suchte seine Marine-Offiziere in Schutz zu nehmen; er bestritt namentlich, daß bei dem Untergang des Schulschiffes auf der Reede von Malaga irgend etwas verfehlt worden sei.

Die Agrarier wurden durch die Versicherung des Staatssekretärs erfreut, daß die Marine seit dem 1. Oktober vorigen Jahres kein amerikanisches Büchsenfleisch mehr bezieht. Bebel benutzte die Gelegenheit, um festzustellen, daß das angelegentlich hygienischen Zwecken dienende Fleischbeschau-Gesetz nur der agrarischen Selbstsucht diene.

Nachdem Herr v. Tirpitz das Gehalt bewilligt war, wurde der Rest des Etats fast debattelos erledigt. Eine kleine Erörterung gab es nur noch bei der Resolution der Budgetkommission, die die Errichtung eines eignen Panzerplattenwerks für das Reich empfiehlt. Man weiß, um was es sich handelt. Unsere Profitpatrioten Krupp und Stumm verdienen an den Niederpanzerplatten, für deren Herstellung sie das Monopol haben, so unverschämt viel, daß sich selbst die Milch der frommen Denkart des Centrums in gährenden Drachenblut verwandelt hat. „Sowas nennt sich Patrioten“ rief Herr Müller-Zulda, der als Berichterstatter dem Hause vorgerechnet hatte, daß das Reich während des Baues der im Flottengesetz bewilligten Panzer für die Platten 60 Millionen Mark mehr bei den bisherigen Preisen zu zahlen hätte, als Amerika. Kein Wunder, daß die Dillinger Hütte des Herrn von Stumm bei kolossalen Abschreibungen für das vorige Jahr nicht weniger als 36 Prozent Dividende gezahlt hat. Die Drohung des Repräsentantenhauses der amerikanischen Union, für 4 Millionen Dollar ein eigenes Panzerwerk zu errichten, hat den Vereinigten Staaten eine Preisermäßigung von 400 Mk. pro Tonne Panzerplatten eingebracht. Auch Herr Krupp ist auf die Resolution der Kommission hin weich geworden und hat sich zu einer Reduktion der Preise um 180 Mk. pro Tonne bereit erklärt. Ja, er will, wie Herr v. Tirpitz versicherte, noch mehr herablassen, wenn ihm die dauernde Bestellung gesichert wird.

Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen; und der Dufenfreund des Stumm, Herr v. Kardorff, war eifernstimmig genug, dagegen zu stimmen.

Morgen beginnt die Sitzung erst um 2 Uhr, da nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung stehen.

#### Im Abgeordnetenhause

wurde am Donnerstag in Verbindung mit dem Kapitel „Höhere Lehranstalten“ die Denkschrift über die durch die Revision der allgemeinen Lehrpläne der höheren Schulen herbeigeführte Erhöhung der Gesamtstundenzahl und die dadurch entstehenden Mehrbedürfnisse beraten. Einleitend bemerkte der Kultusminister — was eigentlich selbstverständlich ist —, daß die Unterrichtsverwaltung ganz auf dem Boden des Erlasses über die Schulreform stehe. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um die Frage, ob der humanistische oder der realistische Bildung der Vorkurs zu geben sei. Für die humanistischen Gymnasien traten namentlich die Abgeordneten Dr. Kropatschek (L) und Pastor Schall (L) ein, letzterer, um im Tone eines Kriegervereins-Vestredners die Ideale des deutschen Volkes zu preisen. Abg. Dr. Deumer befrwortete namens der Nationalliberalen die Gleichberechtigung aller neuwulffigen höheren Lehranstalten. Die Interessen der Gemeinden vertrat Abg. Dr. Sangerhans (fr. Vp.), der die Notwendigkeit betonte, auch bei der Reform die Eigenart der Berliner höheren Schulen zu wahren. Die Regierung erteilte eine zustimmende Antwort.

Eine Unterbrechung von einer halben Stunde fand die Sitzung infolge der Mitteilung des Präsidenten von dem Attentat auf den deutschen Kaiser.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

#### Deutsches Reich.

##### Gegen den Brotwucher.

In Gnesen fand am 2. März eine Protestversammlung gegen die Getreidezölle statt. Es war die erste socialdemokratische Versammlung, die daselbst stattfand, das kleine Lokal war von ungefähr 150 Personen gefüllt. Das Referat des Genossen Morawski, der in polnischer Sprache den Arbeitern die Brotwucherpolitik des Centrums vor Augen führte, fand überaus günstige Aufnahme.

Weiter wird uns berichtet von einer Versammlung in Heinrichsfeld bei Spremberg, die von etwa 400 Personen, darunter zahlreiche Frauen, besucht war; am Montag fand in Charlotten-



bei der Besatzung eine von etwa 700 Personen besetzte Protestversammlung stattfand. In dieser Versammlung gab ein adliger Herr unter allgemeiner Heiterkeit die Weisheit zum besten, daß die Getreidepreise auch dem Landarbeiter und Kleinbauern mit 4-5 Morgen noch insofern nützen, als beide das vom Gutsherrn erhaltene überflüssige Getreide zu hohen Preisen verkaufen können!

**aus Darmen** wird uns vom 5. März berichtet: Die hiesigen Stadtverordneten wählten in heutiger Sitzung eine Kommission mit dem Auftrage, eine Petition anzuhören, in der auf die Gefahren hingewiesen wird, die unsrer heimischen Industrie durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise erwachsen und in wie hohem Maße langfristige Handelsverträge geeignet sind, dieselbe zu schädigen. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit, einschließlich des Oberbürgermeisters und des einzigen Vertreters der Centrumpartei im Kollegium gefaßt.

Die Protestbewegung der Arbeiter der beiden Wupperstädte gegen den Brotvermehrung wurde am Sonnabend und Sonntag durch zwei gut besuchte Versammlungen in Elberfeld und eine Versammlung in Witten fortgesetzt. In allen drei Versammlungen referierte der Vertreter des Wupperbundes im Reichstag, Genosse Wollmann. Außerdem sprach Rollendube am Sonntag noch in Witten; auch hier war der Versammlungsbefuch zufriedenstellend.

In Frankfurt a. M. fanden am 6. März 11 Protestversammlungen gegen die Kornzölle statt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen die Zölle auf Lebensmittel und auf Rohstoffe für die Industrie ausspricht.

**Ultramontane Verlogenheit.** Einige Centrumsblätter suchen die Stellungnahme der Socialdemokratie zum Entwurf des Schaumweinsteuer-Gesetzes durch allerlei bössartige Verdrehungen zu verächtigen. In der nicht einflußreichen „Kugsbürger Postzeitung“, die in der Qualität ihrer Kompromissmittel gegen die Socialdemokratie immer stumpfloser wird, finden wir folgenden sauberen Artikel:

Die Socialdemokratie — Gegnerin der Luxussteuer! In der Schaumweinsteuer-Kommission des Reichstags gehen die Verhandlungen langsam vorwärts, weil die Socialdemokraten und Freisinnigen nur erklärte Gegner des Gesetzes in dieselbe entsendet haben und dieses mit sehr geistlichen Gründen zu hinterziehen suchen. Gleichwohl sind jetzt die beiden ersten Paragraphen in der vom Abg. Müller-Fulda vorgeschlagenen Fassung mit 14 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Die Socialdemokraten überboten sich in den lächerlichsten Behauptungen, indem sie den Schaumwein für das „Genusmittel des kleinen Mannes“, des Handwerkers und Arbeiters erklärten und sich als prinzipielle Gegner aller Luxussteuern bekamen. Mit Recht wurde ihnen entgegen gehalten, daß sie dadurch gerade die Abschaffung der drückendsten Steuern, der Salzsteuern, welche 400 Prozent des Werts, und der Branntweinsteuer, welche 200 Proz. des Werts beträgt, unmöglich machten, wenn sie den Luxus der Schwelger und Passier nicht besteuern wollten. Schließlich suchten sie sich damit herauszureden, daß sie sich ausschließlich für die Einkommensteuer erkärten, als ob letztere noch gar nicht existierte. Augenscheinlich treiben sie auch hier nur Spiegelschmerz; während sie sonst in den Versammlungen ratiocinieren: „Rebbraten und Champagner der Reichen sind steuerfrei, aber Tabak, Salz und Branntwein des Arbeiters müssen Steuern zahlen“, suchen sie sich hier, wo es gilt, nun endlich einmal die Luxussteuer praktisch durchzuführen, hinter leeren Ausflüchten zu verbergen. Es ist immer dasselbe Schauspiel — große Worte und kleine Thaten. 1894 und 1900 waren die Socialdemokraten gegen die Biersteuer, 1900 gegen den Zoll auf Cognac und echten Champagner, 1901 gegen die Schaumweinsteuer. In Volksversammlungen wird gegen den Kapitalismus und die „geldpropagende Bourgeoisie“ gedonnert, im Reichstag suchen sie aber jede Heranziehung der Kapitalisten und des genußsüchtigen Proletariats zu verhindern. Nach wie vor vertreten sie in Wirklichkeit die Interessen der Börse und des Großkapitals!

So viele Sätze, so viele alberne Unwahrheiten. Wir könnten uns in Rücksicht der Darlegungen unserer Vertreter bei der ersten Beratung des Schaumweinsteuer-Gesetzes im Plenum des Reichstags damit begnügen, diese Art der Berichterstattung einfach tiefer zu hängen. Allein, da wir annehmen, daß einem Teil der Centrumpresse in der Provinz nichts faßbar genug ist, um es den Lesern vorzutragen, da wir auch über die Sitzungen der Kommission erst nach Schluß der Kommissionsberatungen einen zusammenfassenden Bericht bringen wollen, halten wir jetzt einige Richtlinien für angebracht.

Dieselbe Centrum, das noch vor wenigen Jahren sich in der entschiedensten Weise gegen das unerlöste Auswachsen des Parlamentarismus sträubte, das bei den Wahlen sich nicht wenig auf seine Flottenopposition stützte, hat die bis jetzt für eine politische Partei unerhörte Schwächung gemacht, indem es die Flottenvorlage in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit Gesetz werden ließ.

Um nun seine Wähler über die Begleichung der Millionenrechnung zu täuschen, hatte das Centrum eine Hand voll Sand nötig, die es denselben in die Augen warf. Dazu und nur dazu hat es den Hymnus der Schaumweinsteuer erfunden. Die Regierung, die sonst bereitwillig auf ihr gebotene Steuerpläne einging, mochte sich im voraus der Komödie, die mit dieser Steuer getrieben werden sollte, bewußt sein. Sie war sich bewußt, daß der Ertrag dieser Steuer in gar keinem Verhältnis zu den Ausgaben, wegen deren sie gemacht wurde, stand. Aber die flottenfreundlichen Liebesdienste des Centrums haben den Gegendienst der Regierung bedungen. Der Gesetzesentwurf wurde an eine Kommission verwiesen.

Unsere Partei hatte nunmehr die Aufgabe, aus dem Entwurf die den kleinen Winger und minder bemittelten Konsumenten schädigenden Bestimmungen zu beseitigen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, beantragten unsere Genossen in der Kommission, daß statt der allgemeinen Steuer eine Staffell- oder Wertsteuer angefaßt werde, und daß die Obst-, Schaumwein-, die in gewissen Gegenden Deutschlands ein Volksgetränk sind, ganz von der Steuer befreit werden. Die Mehrheit der Kommission mußte die Berechtigung unsrer Forderungen anerkennen. Die Steuer auf Obst-, Schaumwein wurde ganz bedeutend herabgesetzt, die Staffellsteuer wurde nur vorläufig abgelehnt und zwar weil die Durchführung derselben Schwierigkeiten bereitet. Die Beteiligung der socialdemokratischen Kommissionsmitglieder an der Beratung trug nicht zur Verschleppung, sondern zur Verbesserung des Entwurfs bei. Die „Kölnische Zeitung“ hat in eingehender Weise über die Verhandlungen berichtet und dabei sich wiederholt in anerkennender Weise über die Socialdemokraten und ganz besonders über die technischen Kenntnisse unsrer Parteigenossen durch ausgesprochen, die sie als höchst wertvoll anerkannte. Gerade die Ausführungen des letzteren gaben dem Centrums-Steuerpfländer Müller-Fulda die Veranlassung, das Gesetz verbessernde Anträge zu formulieren, die schließlich Annahme gefunden haben.

Die plump das bayerische Centrumsorgan sein demagogisches Kunststücklein an den Mann zu bringen sucht, ersehen wir an der Darstellung, als sei die Einführung der Schaumweinsteuer nur ein Erfolg für die Salz- und Branntweinsteuer, welche das Centrum abzuwischen beabsichtigt. Ganz im Gegenteil wurde von unsrem Fraktionsredner im Plenum erklärt, daß wenn fraglich sei, ob die Salzsteuer abgefaßt und dafür die Schaumweinsteuer eingeführt werden sollte, wir mit uns würden reden lassen. Das Centrum aber will durch seine Komödie mit der Schaumweinsteuer nur unsrer Forderung, die Kosten der Flottenvermehrung durch Einführung einer progressiven Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer zu decken, aus dem Wege gehen.

### Das Parlamentarideal der „Post“.

Die „Post“ verwarf sich eifrig, als könne heutigen Tags irgend jemand „so revolutionär sein, nicht den Parlamentarismus zu wollen.“ Haben die revolutionären Umtriebe selbst die Reaktion der „Post“ unterwühlt? Doch nein, das Blatt erzählt alsbald, welcherlei „Parlamentarismus“ es ist, dem seine Neigung gehört:

„Den Volkstammern muß eine Schranke gezogen werden, damit sie nicht auf Kosten anderer Faktoren alle Macht an sich reißen und damit vor allen Dingen auch jede einseitige, dem Allgemeinwohl schädliche Interessvertretung verhindert wird. Die Art der Zusammensetzung der Ersten Kammer und Herrenhäuser giebt die Sicherheit, daß hier kein anstößiges und revolutionäres Element die Oberhand gewinnt. Die Presse der Linken bestreitet allerdings vor allem dem Adel jeden sozialen Qualitätswert. Ob adlig, ob bürgerlich, das ist hier ganz gleich. Dieser Punkt ist richtig, soweit einzelne Personen in Betracht kommen. Daß aber der Adel als Gesamtheit auch der Träger von traditionellen Anschauungen über die Pflichten gegen Monarchie und Staat und besonders sein geistlicher Ehrbegriffe ist, und daß der Adel als Gesamtheit hervorragende Verdienste um den Staat hat, ist eine geschichtliche Thatsache, gegen die sich nicht streiten läßt. Es kann nur nützlich sein, wenn die Vertreter besonders hervorragender und bewährter, deshalb aber auch vertrauenswürdigster Geschlechter an der Gesetzgebungsarbeit beteiligt werden. Nicht als eine dem Bürgertum feindliche besondere Klasse kann der Adel in einer Zeit entschuldiger Privilegien betrachtet werden, sondern als ein Teil des Bürgertums, der traditionell gewisse Anschauungen treu bewahrt. Ihm gesellen sich gleichwertig die Städteextremer und Gelehrten bei, so daß also die Herrenhäuser Männer von bewährter Bürgertugend und die Blüthen der Intelligenz zu ihren Mitgliedern zählen. In einer Zeit, da die reinen Volkstammern oft so unerbauliche Schauspiele bieten, kann ein Herrenhaus nur an Achtung gewinnen und es kann sich die Ueberzeugung von seiner Notwendigkeit nur ausbreiten.“

Die „Ehrbegriffe“ des Adels, der in den ersten Kammer und Herrenhäusern vorherrscht, bekundet sich gerade jetzt als „besonders fein geartet“ in dem formwunderlichen Verlangen, das gesamte arbeitende Volk für die Erhaltung der Vorrechte eben dieses Adels tributpflichtig zu machen.

Der Kaiser hat nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ am Montag in Wilhelmshaven in kaum vier Stunden an drei Orten Anreden gehalten. Zuerst sprach er 12½ Uhr vor den vereidigten Rekruten. Die Rede hat etwa 350 Worte. Dann hielt er in den Räumen des Offizierkasinos vor etwa 70 Offizieren eine längere Rede. Zum drittenmal sprach er um 4 Uhr auf dem jedemann zugänglichen Torpedo-Exerzierplatz zu der nach Tinslingen gehenden Ablosung; auf demselben Platz, auf dem am 2. Juni die später vielbesprochene Stundgebung an die mobile Seebataillon erfolgte.

Zur Diätenfrage. Aus Darmstadt wird vom 7. März gemeldet:

Die 2. Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung den Antrag Köhler-Langsdorf an, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, ihren Vertreter beim Bundesrat dazu zu instruieren, daß derselbe für die Bewilligung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten eintrete.

Was die Abakti-Lieferanten verdienen? Während das deutsche Volk für das funtlose Ahnische Abenteuer ungezählte Millionen aufbringen muß, können die Abakti-Lieferanten zufriedene Patrioten sein. Der „Konfessionär“ berichtet:

Für die Ausrüstung der Chmatruppen sind in letzter Zeit verschiedene Aufträge vergeben worden. Sie betragen aus 110 000 Pfund und 55 000 Pfund aus 55 000 Pfund aus Ahnischstoffen und aus dem grünelierten grünen Militärtauch. Dieselben sind an verschiedene Firmen vergeben worden. Die Auftragnehmer müssen bei diesen Aufträgen einen schönen Verdienst haben, denn sie erhalten für eine Anzahllose, die die Betriebsverhältnisse für 450 M. Keffern, 650 M. für eine Abakti-Lieferung, für die die Betriebsverhältnisse 200 M. erhalten, 450 M. für eine Anzahllose, die von den Betriebsverhältnissen für 175 M. geliefert wird, 275-3 M. für eine Anzahllose, die von den Betriebsverhältnissen für 80 Pf. geliefert wird, 140-150 M.

Chastatische Vergügungen. Ueber die Hinrichtung des angeblichen Mörders des Herrn v. Ketteler schreibt ein deutscher Offizier an die „Rhein. Westf. Ztg.“:

Am 31. Dezember, nachmittags 2.30 Uhr, sollte, wie uns durch Karolentz mitgeteilt wurde, der Mörders Gu Hay enthauptet werden, der unsrer Gefandten Freiherrn v. Ketteler getödtet hatte. Natürlich mußten wir alle diesem denkwürdigen Moment beiwohnen.

Gegen 1/3 Uhr kam ein einfacher Mandarinlarren, auf dem vorne ein Soldat mit aufgeschlagenem Bajonett saß. Drinnen saß der Mörder. Wie man ihn im September fing, soll er ein schöner, hochgewachsener Mensch gewesen sein. Er war ja auch Unteroffizier in der kaiserlichen Garde. Jetzt sah er recht heruntergekommen aus. Der Karren hielt, um sofort von allen Seiten photographiert zu werden, ich stand 3 Schritt daneben und konnte den Mann recht gut sehen. Er schien mit seinem Schicksal recht zufrieden zu sein, seine Bewachung soll er jeden Tag gelitten haben, doch endlich ein Ende mit ihm zu machen. Wie ich genau sehen konnte, lachte er eigentlich bauernd. Einige Engländer photographierten ihn dicht am Wagen, jedesmal streckte er dann, wie auf Kommando: Bitte recht freundlich! seinen Kopf heraus.

Die Genossen wollten sofort an die Arbeit gehen und ließen bereits den Delinquenten hinkünnen, jedoch der Kriegsgerichtsrat G. Deutete ihnen an: buscho, buscho! das heißt: noch nicht! worauf sich der Chinese wieder gemächlich seinen alten Schafspeiß umhing und stumpfsinnig hinanerte. Endlich puka 2.30 kam Exzellenz v. Vessel. Wie ich mich umdrehte, ihn zu grüßen, sah ich leider auch zwei europäische Damen in nächster Nähe als Zuschauerinnen, wie ich hinterher erfuhr, sollen sie von der französischen Botschaft gewesen sein. Während der Hinrichtung waren an allen Ecken und Enden Photographen jeder Nation in Thätigkeit. Nachdem der Kopf gefallen war, wurde er sofort in dem Nord frei aufgehängt und letzterer an dem Gerüst befestigt, um später am Halkamer Thor als warnendes Beispiel zu wirken. Auf die Chinesen machte der ganze Hergang gar keinen Eindruck.

Der Barbier von Kritik und der ensarbare „Vorwärts“. Aus Kritik kommt der Welt das Fell. Zwar ist der offenbar recht schöne Ort weder uns noch den uns zugänglichen Klanten bekannt, das thut aber nichts zur Sache. In diesem Kritik lebt ein Barbier und dieser Barbier hat entdeckt, daß die Humenbriefe eitel Schwundel seien. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben sich zum Organ der sensationellen Entdeckung gemacht und übermitteln sie ihrerseits in folgender Form der Öffentlichkeit:

In Kritik in Wölmern erhielt ein Barbier von einem ihm befreundeten Chinalämpfer aus Tientsin ein Schreiben, in welchem der folgende Satz vorkommt: „Leopold hat mir einen solchen Humenbrief, wie Du schreibst, gegeben. Er ist im „Vorwärts“ in Berlin gedruckt. Und der ihm denselben schickte, hat ihn erfaßt, er soll ihm auch einen zweiten Brief schicken und die Sache nur ja recht graulich beschreiben. Dann kommt er auch in die Zeitung, und das ist gut für unsre Partei, weil die Socialdemokraten keinen Krieg wollen. Aber hier steht es ja gar nicht von Krieg aus und, was in dem „Vorwärts“ drin steht, ist kein Wort wahr.“

Wir können eine zweite Mitteilung des besagten Leopold an den Barbier von Kritik hinzufügen. Derselbe erklärte nämlich die socialdemokratische Behauptung, daß in China überhaupt irgend ein deutscher Soldat zu finden sei, für eine freche socialdemokratische Lüge!

Erst hat man behauptet, daß die Humenbriefe Fälschungen socialdemokratischer Redaktionen seien. Dann wies man die Berichte

der Soldaten ins Reich phantastischer Uebertreibungen und jetzt hören wir, daß die Briefschreiber von uns beauftragt seien — augenscheinlich gegen hohe Honorare — recht schändliche Dinge zu erfinden. Damit ist aber die schlaue Rudelhaftigkeit des „Vorwärts“ noch nicht erschöpft; denn bekanntlich ist es uns gelungen, auch zahlreiche auf unsre Bestellung gearbeitete Humenbriefe in Kreisblätter und sonstige sehr gut geknünte Organe zu schmuggeln.

Besonders merkwürdig ist, daß gerade die Blätter durch so läppliche Bestimmungen den Eindruck der dokumentarisch festgestellten Unwahrheiten zu vermissen bemerkt sind, die völlig kritiklos auf teilweise ganz unbegreifliche Berichte hin die huminischen Ausfälschungen der Engländer in Transbaal haufenweis wiedergeben.

Julius Wiggers, der eifrige Vorläufer einer modernen Verfassung für Preußen, ist in Rostock im 90. Lebensjahre verstorben. 1848 beteiligte sich Wiggers, damals Professor an der Universität, an der politischen Bewegung, er wurde von der Stadt Rostock in die konstituierende Versammlung gewählt. Der Landtag wurde jedoch 1850 verfassungswidrig aufgelöst und die Führer der Reformpartei wurden aufs härteste verfolgt. Julius Wiggers wurde seines Lehramts entsetzt und wegen Hochverrats nach 44monatiger Untersuchungshaft zu 14-jähriger Zuchthausstrafe verurteilt, die dann in einjährige Festungshaft gemildert wurde. Wiggers gehörte später als liberaler Vertreter des Kreises Güstrow-Ribnitz durch mehrere Legislaturperioden dem deutschen Reichstag an.

Zum Kapitel der Syonistik wird aus Pöhringen das folgende berichtet: Zwei Damen, Frau Laurent und Frau Nuolt, letztere die Gattin eines Beamten der französischen Ostbahn in Rudunle-Roman, machten vorigen Monat eine Vergnügungsreise nach Mey. Als sie von Desant-les-Ponts aus die Maßregeln antreten wollten, wurden sie beim Einsteigen in den Zug von einem Herrn angehalten, der sie fragte: Sind Sie nicht Frau Laurent aus Benisch und Frau Nuolt aus Rudunle-Roman? Auf ihre bejahende Antwort wurden ihnen im Namen des Gesetzes für verhaftet erklärt und in einem Wagen nach der Polizeidirektion in Mey verbracht, wo sie zu ihrer Bestürzung vernahmen, daß sie „politische Vergehen“ verdächtigt waren. Einzelne eingesperrt, mußten sie sich vollständig entkleiden und eine Frau untersuchte sie auf das genaueste, wobei auch nicht die Ohignons, die Schube, die Fortemonnaies und die Uhren vergessen wurden, ohne doch etwas Verdächtiges ans Licht kam. Nachdem sie sich wieder angekleidet hatten, wurden sie einem Kommissar vorgeführt, der ein langes Verhör mit ihnen anstellte und ihnen dann erklärte, daß sie als unverbädlich wieder abreisen könnten.

### Ausland.

#### Um Dérroulède.

Paris, 5. März 1901.

Die Kammer hat es endlich gewagt! Der Komplottprozess gegen Dérroulède und Genossen ist vom senatorischen Hochgericht schon vor vierzehn Monaten erledigt worden. Die gesetzlich vorgeschriebene Aberkennung des Mandats der verurteilten Abgeordneten Dérroulède und Marcel Habert ist sozulagen eine automatische Handlung, die von der Kammer ohne weiteres hätte vollzogen werden sollen. Die Sache wurde aber Monat um Monat, Session um Session verschleppt. Warum? Zuerst dieß es, die Amnestievorlage könnte vielleicht auch Dérroulède und Genossen zu Gute kommen — wozu also die beiden Abgeordneten „voreilig“ des Mandats für verlustig erklären? Aber auch seit dem Amnestie-Votum, das die Komplottmacher von der Amnestie ausschloß, sind mehrere Monate verstrichen, ohne daß der bestellte Kammerausschuß die Mandats-Aberkennung auf die Tagesordnung zu setzen verlangt hätte. Um diese Geldentlast zu erzwängen, hatte es erst der unabhängigen Geschwägigkeit Dérroulèdes bedurft. Dessen neuliche Tische zum zweiten Jahrestag des Putschversuchs vom 23. Februar 1899 hat erst dem Kammerausschuß das Gedächtnis geschärft und der republikanischen Kammermehrheit das Mitleid gesüßt.

Der Vorgang ist recht bezeichnend für die innere Unsicherheit der „republikanischen Verteidigungs“-Reihe. Im großen wie im kleinen sucht sie vornehmlich ihre Ruh zu haben. Sie wird von lähmender Angst erfaßt vor der Aussicht auf einen nationalistischen Mandat. In gegebenen Fall fürchteten außerdem gewisse Elemente der Mehrheit, durch eine offene Solidaritätserklärung mit dem Urteil des Hochgerichts es unglücklich mit der nationalistischen Demagogie zu verderben, was — besonders im Fall des Sturzes des gegenwärtigen Ministeriums — ihre Wiederwahl gefährden könnte. Diese Beschränkungen schwanden desto mehr, je problematischer ein Ministerwechsel wurde und je deutlicher verschiedene Ratwahlen den Rückgang des Nationalismus offenbarten. Schließlich hat Dérroulède selbst durch seine Eingekündnisse nachträglich das Urteil des Hochgerichts gerechtfertigt, wie die nationalistische Presse zähneknirschend konstatieren muß, und dadurch dem nationalistischen Mandat in der Mandats-Aberkennungs-Debatte den Stachel genommen.

Diese Debatte an sich bot kein besonderes Interesse. Ihr Ausgang stand von vornherein fest, sobald die heikle Frage einmal angeschnitten werden durfte. Und der oblige Mandat war auf ein Minimum reduziert, da Dérroulèdes Tische sämtliche Bestandteile des nationalistischen Wilschmages, nicht nur die von Dérroulède des Verrats bezichtigten Romarchisten, arg verhäuselt hat. Nur der algerische „Antijude“, Firmin Faure, brachte es mit großer Mühe zur „Censur“-Strafe, zu seinem zeitweiligen Ausschluß von den Kammeritzungen, und dann zu seiner Entfernung durch die militärische Wacht der Kammer. Den andren obstruktionbereiten Nationalisten war jede Kampflust vergangen — und nach sechs Stunden wurden die Obstruktion-Anläufe aufgegeben.

Uebrigens verdankt F. Faure die „Censur“ eigentlich dem Wunsch des reaktionär-parteilichen Kammerpräsidenten Deschanel, sich einigermassen in den Augen der Republikaner für seine übliche grenzenlose, geradezu unanständige Parteinahme zu Gunsten seiner reaktionären Hauptwähler zu rehabilitieren.

Wit der Aberkennung der beiden Mandats ist aber wohl auch der Mut der Kammermehrheit in Sachen Dérroulède erschöpft. Die unvorsichtigen Geständnisse der letzteren haben nämlich u. a. bestätigt, das gewisse Generale zu einem Pronunciamento bereit waren. Das senatorische Hochgericht hatte bekanntlich die Generale geflissentlich aus dem Spiele gesetzt. Selbst eine Konfrontation zwischen Dérroulède und dem General Roget wurde ängstlich vermieden. Man fürchtete, zu viel zu erfahren! ... Jetzt kam natürlich nicht mehr davon die Rede sein, den Komplottprozess wieder aufzunehmen. Wohl aber wäre es geboten, die Teilnahme der Generale am Komplott zu ermitteln, um die Schuldigen wenigstens auf disciplinarischem Wege unschädlich zu machen. Das wird aber nur von vereinzelter Stimmen in der Presse verlangt. Genosse Pressensé von der „Aurore“ wird wohl vergeden warten, daß die Regierung eine Enquête anordnet oder das auch nur in der Kammer die Frage angeschnitten wird.

Genosse Faure's benutzt seinerseits Dérroulèdes Geständnisse zum Nachweis, daß der Antisemitismus während der Dreifus-Wirren das Werkzeug des Herzogs d'Orléans gewesen sei. Und die all-täglichen „Dementis“ Jules Guérins vom Clairvaux-Gefängnis aus sind eher geeignet, jenen Nachweis zu verstärken.

Paris, 7. März. Nachdem die Unterhandlungen der Freunde Dérroulèdes mit denen Buffets gescheitert sind, hat Dérroulède beschloffen, sich doch nach der Schweiz, nötigenfalls auch nach Brüssel zu begeben, um von Buffet Satisfaction zu verlangen.



## Italien.

**Janardelli Programm.** Rom, 7. März. In der Deputierten-Kammer sind Saal und Tribünen hart besetzt. Ministerpräsident Janardelli verliest eine Erklärung des Ministeriums und fährt dann fort, er wolle bei der jetzigen Lage in der Kammer vorgezogen haben, die Ehre, ein Kabinett zu bilden, abzulehnen, da es ihm sehr schwierig scheint, ein Kabinett zu bilden, welches Dauer verdirbt und im Stande wäre, Aufgaben von großer Bedeutung zu lösen. Da er sich jedoch überzeugt habe, daß er sich, ohne Schwäche zu zeigen, nicht der Ehre der Kabinetsbildung entziehen könne, habe er sich entschlossen und sich voll froher Zuversicht ans Werk gemacht. Das Ministerium werde seine Kräfte einer liberalen, reformatorischen Politik weihen und durch sie sich gleichbleibende Handhabung der Gesetze jedermann Achtung vor den freiheitlichen Institutionen abzurufen. Das Ministerium werde bestrebt sein, für eine gerechte Handhabung der Verwaltung in Gemeinden und Provinzen sowie für Vereinfachung und schnelle Erledigung der öffentlichen Geschäfte Sorge zu tragen. Zum Schluß kündigt Janardelli eine Reform der Gerichtsorganisation an.

## Rußland.

**Ueber Studentenkravalle in Petersburg** wird berichtet: Am Jahrestage der Aufhebung der Leibeigenschaft kam es zu Zwischenfällen zwischen Polizei und Studenten. Letztere waren in der Zahl von 500 nach der Kathedrale gezogen und verlangten, man solle eine Denkmalsfeier für den Zar Alexander II. leisten. Das wurde von den Priestern verweigert; die Polizei griff ein und nahm Massenverhaftungen vor; über 40 Personen wurden in Haft gehalten. Auf den Straßen kam es vielfach zu Tätlichkeiten, einige Studenten sollen erheblich verletzt sein. Unter den Studenten nimmt die Gärung immer mehr zu und befürchtet man weitere Aufrührer.

## Australien.

**Australischer Staatenbund.** Aus Wellington (Neuseeland) wird gemeldet: Die Frage des Eintritts Neuseelands in den „Australischen Bund“ wird demnächst den Bewohnern auf dem Wege des Referendums unterbreitet werden.

## Der Boeren-Krieg.

In Johannesburg herrscht eine hoffnungsvolle Stimmung vor bezüglich der Wahrscheinlichkeit, daß die Feindseligkeiten bald beendet sein werden. Man erwartet, daß die Boeren die Initiative ergreifen werden, um Friedensbedingungen zu erlangen. Die Handelskammer in Johannesburg hielt am 4. März eine Sitzung, bei welcher ungefähr ein Drittel der Mitglieder anwesend waren. Es wurde eine Kommission gewählt, welche sich zu Willen geben und die Notwendigkeiten hervorheben soll, daß er sämtlichen britischen Kaufleuten und Handwerkern gestatte, zurückzuführen, damit der Handel wieder auflebe.

## Neue Truppenbesetzung.

In England scheint man weniger hoffnungsvoll zu sein. Aus London wird die Absicht gemeldet, acht Compagnien Freiwilliger für Südafrika anzuwerben. Die Boeren setzen unterdessen den

## Kleinrieg.

**fort.** Aus Kapstadt wird unterm 6. März gemeldet: Drei hundert Boeren machten gestern einen Angriff auf Overbosch, wurden jedoch nach vierstündigem Kampfe zurückgewiesen; die Besatzung hatte keine Verluste. — Nach Ueberwindung des Orange-Russes wandte sich Dewet nordwärts in die Richtung auf Philippolis. Malanfa's Schützen, die anscheinend von Dewets Corps detachiert waren, feuerten gestern bei Biojessport auf einen Mahjong, wurden jedoch von einer auf dem Zug befindlichen Abteilung des australischen Kontingents zurückgedrängt. — Eine kleine feindliche Abteilung überfiel am 3. März Bella (Transvaal) und führte 4 Gefangene fort.

Ein Telegramm Milners aus Pretoria besagt: Lichtenburg ist von den Streitkräften Delarech's angegriffen. Das Besatzung dauert den ganzen Tag fort. Zwei englische Offiziere wurden getötet. Die Garnison von Lichtenburg besteht aus 500 Mann mit 2 Kanonen. Milner sendet Verstärkungen dahin ab. — Die Boeren, welche Sonntag Pearson besetzten, zählten etwa 700 Mann; dieselben hatten 2 Kanonen bei sich; die britische Garnison, die aus ungefähr 75 Mann bestand, verteidigte sich tapfer; allein der Feind war in Lebensmacht.

## De Wet eingeschlossen?

Nach einer Depesche aus De Kar halten die britischen Truppen Philippolis und umringen wieder De Wet, der auch jetzt wieder, wie üblich, seine Leute in kleine Abteilungen verteilt und sie zerstreut. Die Engländer verfolgen auch Krieger, welcher Lichtenburg besetzt, aber nicht dort blieb. Die Furt bei Bellfontein, über welche De Wet und Steijn gingen, war den Engländern gar nicht bekannt. Die Boeren belagern sogar ihre Wagen hinüber, die Leute schwammen durch den Fluß.

## Die Pest in Südafrika.

**Kapstadt, 6. März.** Heute sind fünf neue Fälle von Pest-erkrankungen, zwei Fälle von pestverdächtigen Erkrankungen sowie acht Fälle von Verührung mit Pestkranken zur Anzeige gebracht worden. Ein Pestverdächtigter wird aus Stellenbosch gemeldet; der betreffende Patient ist ein Weib.

## Kommunales.

### Stadterordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, 7. März 1901, nachmittags 5 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Vorsitzender Dr. Langerhans ein Attentat. Die Verwundung sei glücklicherweise nur leicht und ungefährlicher Natur, und eine Verübung sei es, daß der Thäter ein eben aus dem Krankenhaus entlassener Epileptiker gewesen sei.

Stadtv. Schwalbe hat die Wahl zum Stadtschulrat angenommen.

In verschiedenen Ausschüssen und Deputationen sind Stellen frei geworden. Es werden durch Juroz gewählt: in den Ausschüssen für die Wahlen von unbesetzten Gemeindevorständen in den Bezirken Aaar; in das Kuratorium des Friedrich-Wilhelms-Hospitals und der Städtischen Anstalten Stadtv. Wehmann; in das Kuratorium der Oppermann-Stiftung Stadtv. Lippmann. Die übrigen Wahlen, zu denen je mehrere Meldungen vorliegen, werden auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Beratung der Ausschussvorschläge zur Vorlage wegen Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versicherung für die nicht pensionberechtigten städtischen Arbeiter setzt die Versammlung von der heutigen Tagesordnung ab.

Die Vorlage wegen Zahlung eines städtischen Beitrags zu den

### Regulierungskosten der Thornerstraße

zwischen Cotheniusstraße und Straße 16 Abt. XIII des Bebauungsplans wird ohne Debatte gemäß dem Ausschussantrage angenommen.

Zur Beschlussfassung steht sodann die Frage, ob gegen das Erkenntnis des Bezirksausschusses, wodurch die

### Wahl des Stadtv. Glode

für den 44. Bezirk III. Abteilung entgegen dem Beschlusse der Versammlung und entsprechend dem Antrage des Proteststellers Amtsgerichtsanzustellten Stelle kassiert wird, beim Oberverwaltungsgericht Berufung eingelegt werden soll.

Vom Stadtv. Unger ist beantragt, die Verweisung einzulegen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Der Bezirksausschuß meint, die Wahl sei zu kassieren, wenn auch nur möglicherweise erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, wenn es möglich

ist, daß nach 8 Uhr noch gewählt worden sei. Was sagen nun die antielementarischen Zeugen? Sie hätten ausfragen müssen, daß Wähler nach 8 Uhr gewählt haben. Der klassische Zeuge Mannes will aber durch Vergleich der Uhren festgestellt haben, daß es etwa ein bis zwei Minuten nach acht Uhr war. Schon dieser eine Punkt würde es rechtfertigen, das Ober-Verwaltungsgericht zur Nachprüfung zu veranlassen. Ebenso hinfällig ist der Einwand, daß durch Juroz irgend jemand in seiner Wahlfreiheit behindert worden sei. Zur Stimmabgabe sind nach der Instruktion nicht nur diejenigen berechtigt, welche sich um 8 Uhr im Wahllokal befinden, sondern auch diejenigen, die sich wegen Raum mangels im Vorraum befinden. Der Bezirksausschuß stellt nun allerdings den Grund auf, es wäre geboten gewesen, die nach der Strafe rückkehrenden Zugänge für die neu hinzukommenden Personen rechtzeitig sperren zu lassen. Wo steht in der Städte-Ordnung, daß die Öffentlichkeit für die Wahl oder die Ermittlung des Wahlergebnisses ausgeschlossen ist? Eine Unregelmäßigkeit wäre demnach festzustellen, wenn die öffentliche Ausschließung hätte stattgefunden. Das Ober-Verwaltungsgericht wird über die Qualität der antielementarischen Zeugen und über den Wert ihres Zeugnisses zu demselben Ergebnis kommen, wie ich. Es ist keine Krankheit, daß die Ausjagungen der Beamten, des Wahlvorstehers, der Magistratsbeamten unbeachtet gelassen sind. Vor allen Dingen ist auch nicht die Spur eines Beweises erbracht worden, daß nach 8 Uhr noch eine Stimme abgegeben worden ist. Deshalb sollten wir ruhig die Berufung einlegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Wommsen (Freie Vereinigung = Fraktion Spinola) spricht sich aus prinzipiellen Gründen für die Berufung aus, bezgl. Stadtv. Cassel (K. L.)

Stadtv. Kurt Ulrich (Bürgerl.) hält die Berufung für aussichtslos und bittet, deshalb von der Einlegung derselben abzusehen. Um 8 Uhr hätten auch die Vorräume zum Wahllokal abgeschlossen werden müssen; das sei aber nicht geschehen. Darin liege doch selbstverständlich eine erhebliche Unregelmäßigkeit.

Stadtv. Kreitzling (K. L.) hält dafür, daß eine einmal rechtsanhängige Sache von dieser Tragweite auch durch alle Instanzen verfolgt werden soll.

Nachdem dann noch Stadtv. Barth (K. L.) sich in demselben Sinne ausgesprochen hat, wird die Einlegung der Berufung fast einstimmig beschlossen.

### Es folgt die erste Beratung des

### Stadthaushalts-Etatentwurfs

und des Etats der städtischen Werke für das Etatsjahr 1901.

Stadtv. Kallisch: Der Etat erfordert in Gesamtausgabe 108 1/2 Millionen, wovon 59 Millionen durch die drei großen schwankenden Steuern gedeckt werden müssen. Wir haben wiederum gestrebt, den Normalsteuersatz von 100 Proz. aufrecht zu erhalten. Es ist auch diesmal gelungen. Die Grundsteuer ist mit 127 000 M. für 1 Proz. veranschlagt, 1 Proz. Gewerbesteuer beträgt 59 800 M.; die Einkommensteuer haben wir angehängt mit 311 850 M. für 1 Proz. Sonach werden aufgebracht durch 150 Proz. Grundsteuer 19 Millionen Mark = 5,8 Proz. des Budgets. Der Grundbesitz; 150 Proz. Gewerbesteuer ergeben 8 200 000 M., die Einkommensteuer mit 100 Proz. 31 185 000 M. Das neue Warenhaussteuer-Gesetz ist am 4. August, gerade an meinem Geburtstag (Große Heiterkeit) in Kraft getreten. Als Einnahmequelle kommt für uns diese Steuer nicht in Betracht, denn die Erträge sind bestimmt zur Erleichterung in den Gewerbesteuerklassen 3 und 4, und könnten zunächst vollständig der Befreiung der Klasse 4 gewidmet werden. Zu demselben Zweck dürfen das Ertragsnis nur insoweit demutet werden, als das Soll das Gewerbesteuer-Soll der Klassen 3 und 4 übersteigt, und so etwas ist für Berlin wohl unmöglich. Die beiden Klassen 3 und 4 haben 2 700 000 M. gebracht. Die 10-12 Berliner Warenhaus-Gesellschaften werden diese Summe nicht erreichen. Die Veranlagung ist ja überhaupt noch nicht durch; wir haben sie in der Etatsvorlage noch nicht berücksichtigt. — Der Etat ist diesmal recht spät gekommen. (Sehr richtig!) Niemand kann das mehr bedauern, als wir selbst. Es wird aber alle Jahre schwieriger, die Etats aufzustellen. Die Budgets haben auf die Bilanzierung den größten Einfluß, sie müssen vorweg erledigt werden; mit dem Etat selbst also konnte erst später begonnen werden. Außerdem hat der Gadeinheitspreis berücksichtigt werden müssen; gerade der Budget mit seinem Ueberfluß liefert erhebliche Mindererlösen für 1901; der Ueberfluß wird auf nur 3 1/2 Millionen gegen 6 1/2 Millionen für 1899 zu schätzen sein. Trotzdem ist kein Etat sorglich dotiert worden, wie sich aus dem Gemeindefinanz-Etat, den von Unger abh. war ergibt. Von den Hochbauten muß ein wenig retardiert werden. Gemindert worden ist aber an den Hochbauten nicht, vor allem auch nicht etwa an dem Grunde. Einerseits wir sonst mit 100 Proz. nicht ausgekommen wären. Rückenschulden haben wir nur 64 Millionen; von der Ober Anleihe stellen noch 34 Millionen zur Verfügung. Die Erhöhungen der Preise für Brennstoffe über selbstverständlich auf familiäre Etats, vor allem auf die Etats der städtischen Werke, ihre Wirkung. Dennoch ist u. a. der Aufschwung des Etats der Rannationswerke und Uffelfelder erfreulich, welche letzteren zum erstenmale einen Ueberfluß aufweisen. (Heiterkeit.) Zum erstenmale ist ein Versuch mit einem besonderen Etat für den Hafen am Urban gemacht, der zunächst natürlich noch Zubußen erfordert. Ein bishiger krank ist auch noch der Etat für die Abblödepläne. Der Personal-Gehaltsetat ist in nach den Gemeindefinanz-Etat, die eine Reihe Angestellter zu städtischen Beamten gemacht haben, und insolge der eingeführten neuen Gehaltsstufen erheblich angewachsen. Ich bitte den zu wählenden Etatsausschuß, den Etat wohlwollend zu prüfen.

Stadtv. Kallisch (wird): Die Etatsaufstellung giebt zu besonderen Anstößen keinen Anlaß. Viel bedenkllicher scheint mir der geplante neue Oberpräsident von Berlin, den die Regierung einzusetzen gedenkt; auf die Hebung der Selbstverwaltung dürfte die Institution kaum berechnet sein. Im einzelnen wünsche ich bezüglich der Schulverwaltung, daß die beiden neuen und frischen Kräfte, welche wir an die Spitze gestellt haben, sich einmal unser höheres Mädchenschulwesen genauer ansehen und eventuell für Mädchenschulen sorgen, die sich an unsere Volksschulen für Mädchen anschließen. In der Armenpflege muß das Unterstützungswesen reformiert werden, in der Waisenpflege warten wir immer noch auf die Statistik über die Säuglinge. Die rasche Kollidierung des Krankenhauses in der Seestraße ist eine unbedingte Notwendigkeit. Von dem neuen Park im Norden auf den Burgbergen hört man immer noch nichts. Daß im Bauetat nicht mehr so sehr die Straßendurchbrüche im Vordergrund stehen, kann uns nur angenehm sein. Immerhin kann man den Etat mit Befriedigung entgegennehmen. Die Abgaben von der Straßenbahn und den Elektrizitätswerken sind nicht gestiegen; insbesondere werden wir auf Gewinnbeteiligung nicht zu rechnen haben. Aber diese Einnahmen werden ja wohl in Zukunft wachsen. Auf die Steigerung der Einnahmen der Stadt werden wir in nächster Zeit besonders bedacht sein müssen.

Stadtv. Unger (Soz.): Den Dienensleit, mit dem der Magistrat gearbeitet hat, verkenne ich nicht. Aber das Kollegium sollte so organisiert werden, daß uns das Resultat dieses Fleißes so frühzeitig vorgelegt wird, daß wir rechtzeitig ein Wort mitsprechen können. Bis zum 1. April können wir diesen umfangreichen Etat nicht mit der Sorgfalt behandeln, wie es unsre Pflicht ist. Der Magistrat scheint das Lob nicht verdienen zu können, das wir ihm vor 2 Jahren wegen der rechtzeitigen Einbringung des Etats erteilt haben. Die jetzige Situation ist geradezu unahaltbar. Der Etatsauschuß sollte in einer Resolution den Magistrat ersuchen, den Etat künftighin spätestens anfangs Februar einzubringen. (Juroz: Was befehlen Sie?) Daß die Verhandlung darüber fortzuführen geschähe, wüßten wir schon im vorigen Jahre. Hier muß Wandel geschaffen werden, wenn das Geldbewilligungsrecht dieser Versammlung nicht zum wesenlosen Schein werden soll. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Das Gespenst des Sprechers hat bei so lange herumgepöbel, bis es endlich zur Wahrheit geworden

ist. Sollte Berlin wirklich einen Oberpräsidenten bekommen, so möchte ich nur wünschen, daß auch der Gutsbezirk, der in der Nähe des Rathauses liegt, ebenfalls unter diese oberpräsidiale Aufsicht gestellt wird. Bei der Haltung der maßgebenden Körperschaften, der Ministerien und der Regierung müssen wir leider eine noch größere Einschränkung der Selbstverwaltung befürchten, als wir sie bis jetzt zu beklagen hatten. (Sehr richtig!) Der sogenannte Wasserlopp wird, fürchte ich, ein Operationsfeld für strebsame Referenten im Oberpräsidium werden, und wir werden die Geißel des neuen Oberpräsidiums recht schwer empfinden. Hoffentlich stärken dann die Eingriffe von oben her das Maßgrad der städtischen Verwaltung. Minister v. Rheinbagen hat uns im Abgeordnetenhause ein großes Kompliment gemacht. Er begründete den Ausschluß der Sozialdemokraten von kommunalen Ämtern damit, daß die Sozialdemokraten in den Gemeindeverwaltungen quantitativ und qualitativ immer mehr hervortreten. Ich danke ihm im Namen meiner Freunde für diese freundliche Anerkennung und hätte nur gewünscht, daß er daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hätte. Der Magistrat soll die Absicht haben, eine Deputation mit der Vorbereitung dieser Sache zu beauftragen. Ich wünsche die Vorbereitung einer gemischten Deputation, denn gerade die von der Bürgererschaft gewählte Gemeindevertretung ist in erster Linie daran interessiert. Der Magistrat hat allerdings die Exekutive, aber er repräsentiert nicht den ausgeprochenen Willen der Bürgererschaft, sondern nur einen destillierten Extrakt unserer Versammlung. Was die Warenhaussteuer betrifft, so sollten wir zuerst die Gewerbesteuerpflichtigen der vierten Klasse vollständig von der Gewerbesteuer befreien und den Rest den übrigen Klassen zu gute kommen lassen. Die Vermehrung der Einnahmen würde wesentlich gefördert werden, wenn nach unrem Antrage bei der Grundsteuer-Ordnung statt des Nutzungsertrages der gemeine Wert zur Grundlage genommen würde. Unsere Ländereien in Charlottenburg bringen nach dem Grundwert eine Einnahme von 5380 M., an Steuern bezahlen wir 6500 M. Unsere Ländereien in Nixdorf bringen eine Einnahme von 4806 M., an Steuern zahlen wir 3800 M. (Hört! Hört!) Es ist ganz verkehrt, Grundstücke steuerfrei zu lassen, solange sie keinen Ertrag abwerfen, denn die Spekulation weiß sehr wohl, daß der Wert der Grundstücke inzwischen durch Straßenanlagen usw. erhöht wird. Was die Einnahmen aus den Straßenbahnen und den Elektrizitätswerken anlangt, so erinnern Sie sich wohl meines Antrags, man möge durch Vertrag festlegen, daß eine Vermehrung des Aktienkapitals über die damals bestehende Aktiensumme hinaus von der Genehmigung des Magistrats abhängig gemacht werden müsse. Demals wurde dieser Antrag lebhaft belächelt; was ich vorausgesagt, ist aber eingetroffen. Auf eine Gewinnbeteiligung der Stadt ist nicht zu rechnen. Mich befreit eine Empfindung des Rechts, daß wir nicht ebenso starke Juristen haben wie die Privatgesellschaften (Heiterkeit), um den Forderungen dieser Gesellschaften zu entsprechen. Ich wünsche ferner dringend, daß mit den Mittelschulen und fliegenden Klassen recht schnell ausgeräumt würde. Das wäre eine sehr schöne Aufgabe für den neugewählten Schulrat der Welt geschafft werden. Im vorigen Jahre haben wir mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, den Kindern solcher Eltern, die sich in unangenehm wirtschaftlicher Lage befinden, eine Erholung in den Sommerferien durch Ausflüge usw. zu ermöglichen. Im Etat sind dafür gegen 1500 Mark ausgelegt (Hört! Hört!), das ist das Ergebnis einer „socialen That“, ein wahres Beispiel! Sie erinnern sich der famosen Millionenstiftung zu Ehren des zweihundertjährigen Bestehens des Königreichs Preußen. Es wurden von uns 6000 M. verlangt zur Verteilung einer Festschrift an die oberen Klassen der Gemeindefinanz. Ich werde Ihnen daraus einige Stellen vorlesen. (Anruhe.) Jawohl, zur Abwehr gegen Bescheidigungen und Verleumdungen, die in der Schrift gegen die große Mehrzahl der hiesigen Bürgerchaft, gegen die Arbeiterchaft enthalten sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt da: „Auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hatte der Arbeiterstand eine größere Macht gewonnen und, von sozialdemokratischen Führern angestachelt, erhob sich die ganze Arbeiterchaft zu Forderungen nach Gleichheit, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie betrat den Klassenkampf, beschloß alle bestehenden Elemente, die die Grundlage der deutschen Gesellschaft, das Familienleben, die Wurzeln der Kirche und war im Schnip auch antisozialistisch. (Große Anruhe.) Dazu kam, daß unzureichende Kräfte auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten und daß 1878 sogar zwei Attentate gegen den ehrwürdigen Kaiser Wilhelm I. verübt wurden.“ An einer anderen Stelle schildert der Verfasser der Denkschrift die Entwicklung, die nach jener Zeit gekommen ist, und spricht davon, daß auf allen Seiten die Interessenspolitik hervortrat. Die Katholiken verfolgten die Interessen ihrer Kirche. Die Landwirtschaft trat in Gegensatz zu Industrie und Handel, und die Arbeiter suchten von den Arbeitgebern höhere Löhne und geringere Arbeitszeit zu erpressen.“ (Große Anruhe; Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Bemerken Sie wohl: die Beamten streben nach höheren Gehältern, die Arbeiter suchen bessere Arbeitsbedingungen zu erpressen. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich muß sagen: diese Gründe verurteilen eine so völlige Anleihe der Fähigkeit, geschichtliche Dinge darzustellen, eine so kolossale Unkenntnis der Verhältnisse der Stadt, in der der Verfasser lebt, daß kein Wort scharf genug ist, diese Art von Arbeiterfälschung zu verurteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Schulinspektor, der die Ereignisse miterlebt hat, den Arbeiterstand verantwortlich macht für die Attentate von 1878 (Anruhe; Sticht nicht darin!)... jawohl, es steht darin: von sozialdemokratischen Führern angestachelt... wurden diese Attentate verübt... Das ist genau so verächtlich, wie wenn es z. B. jemand einfallen wollte, das gestern verübte Attentat irgend einer Partei oder einem Stande in der Bevölkerung zur Last zu legen. Veressen Sie das eine nicht, daß die Denkschrift Kindern in die Hand gegeben wird, deren Väter zu dem Stande gehören, der in der schändlichsten Weise verleumdet wird. Mit dieser Art Geschichtsschreibung muß ausgeräumt werden; Herr Jonas sollte sich für den Betrieb dieser Art Litteratur einen andern Ort suchen als die Berliner Gemeindefinanz. (Zustimmung.) Wenn es sich nicht um ihn handelte, — den man übrigens von einer Seite die Fähigkeit hatte, zum Stadtschulrat vorzuschlagen — so könnte man darüber die Achseln mitleidig zucken; aber auch der Oberbürgermeister hat sich dabei in gewisser Weise zum Mitschuldigen gemacht. (Zustimmung.) Herr Airsauer hat bei Beratung der Mitatenschrift erklärt, er habe die Schrift zum größten Teil gelesen und habe den Eindruck gewonnen, daß sie den Anforderungen an objektive Darstellung entspricht. Zur Ehre des Oberbürgermeisters nehme ich an, daß die citierten Stellen seiner Vektüre entgangen sind. Dieser Vorfall muß eine Warnung sein für die Schuldeputation, in Zukunft solche Schriften nicht zu verlesen, und für uns, niemals die Mittel zu bewilligen, bevor wir von dem Inhalt Kenntnis genommen haben. Wie groß auch die sociale und politische Kluft zwischen uns sein mag, Sie werden alle nicht die Hand dazu bieten, daß solche Schriften verteilt werden — Sie leisten nicht wünschen, daß ich finde keinen andern Ausdruck — der Arbeiterstand in so schamloser Weise verleumdet wird. (Vorsitzer Langerhans: Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung! Juroz: Aber wahr ist's doch! Vorsitzer: Er würden doch nicht mit solcher Heftigkeit über unsre Beamten sprechen! — Ich komme nun noch kurz zu einigen Einzelheiten im Etat. Der gesteigerte Armen-Etat verbürgt noch nicht, daß die Stadt ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiete voll und ganz nachgekommen ist. Nicht die Reform des Armenwesens überhaupt erfordert ein rasches Tempo. Dasselbe gilt von dem Bau der Krankenhäuser. Der Kammerer freut sich, daß wir keine Durchführer mehr im Etat haben, ein früherer Kollege von ihm sprach sogar



von der Romantik der alten Rosenstraße, des Mühlenbanns, des Sträßchen usw. (Heiterkeit.) Wir haben gerade die Pflicht, den alten Stadteil durch Durchbrüche Licht und Luft zu schaffen. Für die Bibliotheken und Lesesäle sind bloß 4000 M. mehr eingestellt, kaum ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sporen könnte man im Magistrat an anderen Stellen, an Strohschmuck beim Besuch fremder Fürstlichkeiten (Oh! oh!), an Milionenpenden gelegentlich angeblich historischer Gedenktage usw. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die den Bauarbeiten noch zur Verfügung stehenden Summen sollten schleunigst verbräutet werden, um dem drohenden Geistes der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge muß mehr geschehen, damit nicht Herr von Rheinbaben zum zweitenmale in die Lage kommt, eine Vorlage damit zu begründen, daß das Maß der sozialen Fürsorge in der Kommune Berlin unzulänglich ist. Abermals erhebe ich an dieser Stelle die Forderung der Einziehung eines sozialen Ausschusses. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

**Oberbürgermeister Kirchner:** Bis zu einem gewissen Grade bin ich ja für die Denkschrift des Dr. Jonas mitverantwortlich. Ich habe sie zum größten Teile, aber nicht ganz gelesen. Die heute zitierten Stellen hatte ich nicht gelesen, und ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich das Wort „erpressen“ in der Allgemeinheit, wie es gebraucht ist, nicht billigen kann, und daß ich, wenn ich eine Stelle gefunden hätte, die die Socialdemokratie für die Attentate von 1878 verantwortlich machte, den Verfasser ersucht haben würde, die Stelle zu ändern. (Hört! und Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich freue mich, daß die socialdemokratische Partei ausdrücklich eine solche Verantwortlichkeit mit dieser Entschiedenheit abweist, und ich freue mich auch der großen Lebhaftigkeit, mit der das geschah, weil sie beweist, daß die kritische Empfinden der Parteigenossen des Herrn Singer jene bedeutungsvollen Vorgänge aus schärfster Verurteilung. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Aber die Aufregung über die Schrift im ganzen verstehe ich nicht, denn sie ist sonst durchaus objektiv. Ein falscher Ausdruck kann unterlaufen, aber deshalb sollten nicht immer sonst verdienten Mann solche Vorwürfe gemacht werden. Ich kenne Herrn Dr. Jonas seit langen Jahren und habe an seiner Gesinnung, seiner Tüchtigkeit und seinem Wohlwollen gegen die ihm anvertrauten Kinder die allergrößte Hochachtung.

**Stadt v. Kopen:** Ich habe in der gerügten Darstellung nichts finden können, was zu der großen Aufregung des Herrn Singer Veranlassung geben könnte. Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, die Gedächtnisse so darzustellen. . . (Rufe: Wie Sie sie wünschen! Heiterkeit.) Gegen den Oberpräsidenten von Berlin hat auch Herr Singer keinen sachlichen Einwand erheben können; die Sache ist eine reine Personenfrage und kann Berlin völlig gleichgültig sein. — Die von Herrn Singer angeregte Abänderung der Grundsteuerordnung habe ich früher schon vorgeschlagen, aber mehr Geld bekommen wir dadurch nicht. Das Ganze läuft schließlich auf eine Erleichterung der Hausbesitzer hinaus. Im Tiefbau-Etat haben wir uns offenbar nach der Dede strecken müssen. Der Personal-Etat fordert immer wieder zur Prüfung der Frage auf, ob die große Zahl der Beamten, jetzt 1769, nicht doch etwas vermindert werden kann. Daß der Magistrat in der Frage der 6000 M. zur Verfügung des Vorstehers nicht nachgegeben hat, freut mich; ich hoffe, er wird in dieser außerordentlich wichtigen Sache fest bleiben.

**Stadt v. Preuss (A. L.):** Der Gesamteindruck des Etats ist der, daß er noch gut ist, daß wir aber am Ende der guten Periode stehen. In seinen Einzelbetrachtungen zum Etatsentwurf beifolgt Redner u. a. eine bessere Gestaltung der Scala für die Unterbeamten und die jetzt als Beamte anerkannten Hilfsarbeiter. Die Steigerung der Einnahmen verlangte sich, während an die Stadt dauernd neue, große Verpflichtungen herantraten. Dabei werde gegen das Herz unserer Selbstverwaltung ein System konzentrischer Angriffe gerichtet, vom Spreerestaurant bis zu den Eingriffen in die Schulverwaltung. Dagegen könne sich die Stadt nur durch die Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit schützen.

Es ist inzwischen 1/10 Uhr geworden, und die Versammlung hat sich sehr gelichtet. Da der Vorsteher bekräftigt, die Versammlung möchte beschlußfähig werden, wird sein Vorschlag, den Staatsaudschuß sofort zu ernennen, angenommen. Dem Ausschuß gehören auch die Stadtv. Bruns, Borgmann und Dr. Freudenberg an.

**Stadt v. Cassel (A. L.)** mißbilligt auch seinerseits den Mißgriff eines Pädagogen, von „Erpressung“ zu sprechen und die Socialdemokratie beziehungsweise die Arbeiter für die Attentate von 1878 verantwortlich zu machen, giebt aber Herrn Singer und seinen Freunden anheim, auch die Gefühle anderer Parteien in gleicher Weise zu schonen. Der Hinweis des Ministers von Rheinbaben auf die mangelhafte soziale Fürsorge in Berlin sei ganz unberechtigt. Mit scharfen Worten protestiert Redner gegen die immer erneuten Attentate der Regierung auf die Selbstverwaltung Berlins.

Damit schließt die Generaldiskussion. Der Etat geht an den eben ernannten Ausschuß, der am Sonnabend 5 Uhr die erste Sitzung abhalten wird. Die übrigen Beratungsgegenstände werden vertagt. Schluß 1/10 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Zur Lohnbewegung der Barbier- und Friseurgehilfen.** Eine Schädigung unseres Berufs soll die Lohnbewegung der Gehilfen sein, das behauptete vor kurzem die „Zinnungszeitung“ der Barbier. Wir können dem gegenüber nur bemerken, daß im Gegenteil die organisierten Gehilfen es sehr ernst mit der Hebung des Berufs nehmen. Bessere Arbeitsbedingungen bedeuten nach unserer Meinung eine Hebung des Berufs. Der Lohnkommission wird weiter der Vorwurf gemacht, daß sie sich absolut nicht um ihr Handwerk kümmern, sondern nur lediglich darauf hinarbeiten, die Gemüter zu erregen. Wie wenig diese Behauptung zutrifft, ist daraus ersichtlich, daß es die Herren Ringwald nicht für nötig befunden haben, auf Einladung der Kommission an einer Besprechung, wie die Lage der Ringwald und Gehilfen zu heben ist, teilzunehmen. Die Herren bekräftigten wahrheitsgemäß, daß ihnen die Gehilfen die geradezu skandalösen Zustände, welche innerhalb unseres Berufs herrschen, wie die miserabelsten Schlafstellen, die schlechte Befähigung, vorhalten könnten.

Kollegen! Die unberechtigten Anschuldigungen, die gegen die organisierte Gehilfenchaft erhoben werden, beantwortet Ihr am besten damit, daß Ihr der Organisation beitrete. Zeigt, daß Ihr gewillt seid, an der Aufbesserung unserer Lage teilzunehmen. Die Lohnkommission. J. A.: Paul Kaiser.

**Da in der Schneidemühle von Frankfurt a. M. Söhne bei Spandau eine große Zahl Arbeiter wegen zurückgewiesener Lohnforderungen ausgesperrt sind, werden alle Arbeiter vor Zugang dorthin gewarnt.**

### Kleine Mitteilungen.

Die Filiale Süd-Ost des Verbands der Möbelpolierer wählte in ihrer letzten Versammlung Berg als Bevollmächtigten.

Als Delegierter zur nächsten Konferenz der Agitations-Kommission wurde von der Filiale Berlin I des Verbands der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schäfer gewählt.

In die General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbands wurde von der Filiale Steglitz Ferdinand Pasche-Charlottenburg entsandt.

### Deutsches Reich.

**Grober Unfug.** Das Schöffengericht in Pötschau verurteilte zwei Arbeiter zu je 9 M. Geldstrafe, weil sie bei einem Streik Posten ständen. Das Gericht erblickte hierin den bekannnten groben Unfug.

**In Kusterwalde** dürfte es im Bauergewerbe zu einem Lohnkampf kommen. Die Arbeiter haben die Erhöhung des Stundenlohns von 32 auf 37 Pf. verlangt. Demgegenüber lehnten die Unternehmer jede Zulage ab und verpflichteten sich durch eine Konventionalstrafe, diesen Beschluß streng auszuführen.

**Der Streik der Rieburger Glasarbeiter** entwickelt sich in größerem Umfange. Die Firma Hege hat 4 Oefen auslöschten lassen und dürften allein schon die Reparaturen mehrere Wochen in Anspruch nehmen, woraus sicher eine längere Dauer des Streiks zu erwarten ist. An zwei Oefen arbeiten 6 Arbeitswillige und ca. 60 Lehrlinge, von denen eine größere Zahl am 1. April auslernen und dann dem Zustand sich anschließen wird. Auf der Wilhelmshütte sind keine Arbeitswilligen zu verzeichnen; die Lehrlinge können dort nicht beschäftigt werden, da keine Schärer und Pfleger vorhanden sind. Der Betrieb dieser Fabrik wird vollständig ruhen. Die Ausständigen hoffen, daß sie, auf das Solidaritätsgefühl der übrigen Arbeiter gestützt, den Streik mit Erfolg weiter führen können.

**Die Tischler** werden ersucht, den Zugang nach Wolgast fernzubehalten, da in der Fabrik von Kräft Lohnunterschieden ausgedrückt sind.

### Ausland.

**Die Stadt Kopenhagen und die Streiklausel.** Die große Aussperrung im Jahre 1899 hatte dahin geführt, daß 1. ein Teil der Arbeiten, die früher an private Unternehmer vergeben wurden, nun von der Stadt selbst ausgeführt werden; 2. daß ein kommunaler Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage errichtet wurde, und 3. daß die Lieferungsbedingungen für die städtischen Arbeiten dahin geändert werden sollten, daß die Stadt sich vor den nachteiligen Wirkungen einer Aussperrung schützen kann. Letzterem entsprechend hat nun der Magistrat Kopenhagens in Uebereinstimmung mit den Stadtverordneten beschlossen, daß in den Lieferungsverträgen ein Passus einzufügen ist, wonach nur solche Streiks zur Verlängerung der Lieferungsfrist berechtigen, die von Arbeitern verschuldet worden sind, und Aussperrungen von mehr umfassendem Charakter. Der Magistrat kann aber, heißt es dann weiter, auch unter solchen Umständen die Fortsetzung der Arbeiten vom Unternehmer verlangen bezw. deren Weiterführung selbst übernehmen, falls die Unterbrechung der Arbeiten wesentliche Beschwerden für die Kommune oder die Einwohnerschaft mit sich bringt.

**In Montceau-les-Mines** scheint es demnächst zu Verhandlungen kommen zu sollen. Die Direktoren der Minen sind von Paris zurückgekehrt und haben mit dem Präfekten schon mehrfach lange Besprechungen gehabt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Direktoren von seiten des Ministerpräsidenten, von dem auch sie empfangen worden sind, auf die Notwendigkeit hingewiesen worden sind, Unterhandlungen mit dem Arbeitersyndikat in die Wege zu leiten. Diese sollen nahe bevorstehen.

**Der Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille.** Gestern haben zwei Maschinen ihren Betrieb eingestellt; viele Familien sind ohne Arbeit, mehrere gewerbliche Betriebe dürften die Arbeit aus Mangel an Kohlen und Rohmaterial einstellen, und es ist die Rede davon, gewisse Bureaubeamte der Schiffsfahrts-Gesellschaften zu verabschieden. Die Zahl der Streikenden auf den Quais ist größer als gewöhnlich.

### Sociales.

**Eine große Arbeitslosen-Versammlung in Leipzig,** die von 2000 Personen besucht war, wurde nach einem Telegramm der „Volk-Zeitung“ am Donnerstagvormittag polizeilich aufgelöst. Die Demonstranten zogen in großer Menge durch die Stadt und wurden durch ein berittenes Polizei-Aufgebot auseinandergeprengt.

**Die Konsumvereine** sind von einer sächsischen Bahnbeförderung als eine große Gefahr für die königstreue Gesinnung der Bahnarbeiter erkannt worden. In dem Orte Zeitzig an der unter sächsischer Verwaltung stehenden Strecke Hof-Plaueu wollte der Konsumverein Hof eine Filiale errichten. Den dort wohnenden Bahn- und Streckenarbeitern wurde vom Bahameister verboten, sich dem Verein anzuschließen. Als der Vorstand sich darüber beschwerte, erhielt er von der Eisenbahnbau-Inspektion in Plauen, geg. Wolf, Königl. Baurat, ein Schreiben, worin mitgeteilt wird, daß der Bahameister seine Weisungen von dieser Behörde empfangen und pflichtmäßig befolgt habe. Die betreffenden Arbeiter würden sich in Widerspruch mit ihren angebotenen Versicherungen setzen, wenn sie eine Veranstaltung förderten, die wenigstens zum Teil von Socialdemokraten ins Leben gerufen und erhalten werden soll. Wir sind stolz darauf, daß unsre Bediensteten königstreue Gesinnung bewahren und gern und freudig im Dienst der Staatsbahn verbleiben, die ihnen für alle Zeit gute Löhne und wohlwollendste Behandlung sichert.

Wenn es Thatsache ist, daß die dortigen Eisenbahner ihre königstreue Gesinnung bewahrt haben und gern und freudig für 2 Mark Tagelohn arbeiten, dann kann man sich wohl vorstellen, daß so ein königlicher Baurat stolz ist auf diesen heutzutage so seltenen patriarchalischen Zustand; um so unangenehm ist es dann aber, daß man es für nötig gehalten hat, diese königstreuen Arbeiter durch ein ausdrückliches Verbot an dem Eintritt in einen Konsumverein zu hindern. Das erweist doch den Anschein, als ob man die königstreue Gesinnung nicht für allzu dauerhaft hielt und auch den Wirkungen der wohlwollendsten Behandlung weniger Zugkraft zutraute, wie der möglichen Aufklärung darüber, daß die Bezahlung der Eisenbahner gegenüber den sonstigen Arbeitslöhnen eine geradezu lässliche ist.

**Die Abordnung einer Arbeitslosenversammlung in Magdeburg** wurde vom Oberbürgermeister empfangen und überreichte diesem die Resolution der Versammlung. Zur Rekrutierung der aufgeregten Forderungen verbielt sich der Oberbürgermeister jedoch ablehnend. Ingeborgt wurde Berücksichtigung einheimischer Arbeiter bei Vornahme städtischer Arbeiten, Errichtung von Wärmehallen und (allerdings nicht mehr in diesem Winter) Vornahme von Notstandsarbeiten. Abgelehnt aber wurde die Verlängerung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben auf acht Stunden und die Beschaffung von Kohlen, Kartoffeln, Brot und dgl. durch die Stadt und Abgabe an Unbemittelte zum Selbstkostenpreis.

### Rußland in der Mandchurie.

Während die andern Mächte lärmten, löpfen, Strafexpeditionen ausrichten, verfolgt Rußland geräuschlos sein Ziel weiter. Die Mandchurie ist vollkommen in den Händen der Russen; wohl werden sie von der formellen Annexion absehen, um die lieben Verbündeten nicht allzu sehr zu kränken. In der Praxis läuft es auf dasselbe hinaus. Die Eisenbahnen gehören ihnen, die Verwaltung haben sie in den Händen; von der Mandchurie aus sind sie immer in der Lage, einen weiteren Vorstoß nach dem Innern Chinas zu machen.

Die Verbündeten versuchen nun, auf China einen Druck auszuüben. Großbritannien verlangt, daß China die Ratifikationen des Vertrags mit Rußland hinausschiebe, bis die Mächte darüber befragt seien.

Die Vereinigten Staaten haben den Kommissar Rockhill angewiesen, sich mit den Vertretern der übrigen Mächte in Peking zu beraten. Rußland behauptet, daß die Mandchurie China zurückgegeben worden sei; indessen ist Obrigkeit und Verwaltungsrat russisch und nicht chinesisch.

Das klingt fast wie eine Verhöhnung der lieben Verbündeten.

### Der Kaiser.

In Peking soll ein kaiserliches Edikt veröffentlicht worden sein, welches anordnet, daß alle Edikte, welche zwischen Juni und August vorigen Jahres erlassen worden seien, an den Hof gelangt werden sollen, damit dieselben dort auf ihre Gültigkeit geprüft werden. Der Kaiser habe zweifellos die Absicht, einige derselben für falsch zu erklären, obwohl sie mit Genehmigung der Kaiserin-Witwe erlassen worden sind.

### Die Verhandlungen Kosen.

Aus Shanghai wird berichtet: Li-Hung-Tschang hat, wie verlautet, den Vize-Königen der südlichen Provinzen mitgeteilt, daß die Friedensverhandlungen augenblicklich infolge des Protestes der Vertreter der Mächte gegen das russisch-chinesische Abkommen über die Mandchurie unterbrochen sind.

### Der Weltgeneralissimus

beginnt, wie es scheint, sich ziemlich überflüssig zu fühlen, er will demnächst den Schauplatz seiner Thaten verlassen. Die „Adnische Zeitung“ meldet aus Peking vom 6. d. M.: Feldmarschall Graf Waldersee beabsichtigt, sich am 14. d. M. nach Kiautschou zu begeben. Der dortige Aufenthalt soll 5 Tage dauern.

### Abermals ein Gefecht.

Waldersee meldet am 6. März aus Peking: Compagnie Anörzer des 3. Regiments ist am 5. südwestlich Kiautschou auf 400 Mann scheinbar abgedrängter chinesischer Truppen gestossen, die nach kurzem Gefecht unter Verlust von 50 Toten und zwei Fahnen völlig versprengt wurden. Von Tientsin ist am 3. unter Mittelmeister Britische kleines Detachement auf Tchang, am 5. unter Oberstleutnant v. Arnstedt Detachement von drei Compagnien, einem Zug Reiter, einer Batterie und einem Zug Pioniere auf Jungting entsandt, um Räuberwesen zu unterdrücken.

### Teile Nachrichten und Depeschen.

#### Zum Unglücksfall des Kaisers.

**Bremen, 7. März.** „Voemanns Telegraphen-Bureau“ meldet aus bester Quelle, die heute stattgefundenen Vernehmung Weilands habe den unzweifelhaften Eindruck ergeben, daß er die That unter dem Einfluß seiner geistigen Erkrankung vollbracht hat. Zunächst scheint erbliche Belastung vorhanden, da sein Vater seinen Angaben gemäß ein Säuer, seine Schwester frampfkrank ist und sein Bruder einen anormalen Brustbau hat. Er will bei Tisch manchmal Messer und Gabel luzer Hand nach rechts und links geworfen haben. Diese Angaben haben sich von der hiesigen Polizei nicht als thatsächlich konstatieren lassen, jedoch erklären Zeugen, welche ihn näher kennen, daß er ein geistig beschränkter Mensch sei, der häufig an Epilepsie leide.

#### Schweres Gruben-Unglück.

**Gelsenkirchen, 7. März.** (W. S.) Ein Extrablatt der „Gelsenkirchener Zeitung“ meldet: Auf Zeche Konsolidation, Schacht „Minna“, fand heute nachmittags eine Explosion schlagender Wetter statt, wobei aufeinander eine größere Anzahl von Bergleuten verunglückt ist. Um 1/8 Uhr abends waren sechs Schwerverletzte zu Tage gefördert. Von diesen ist mittlerweile einer gestorben. — Ein späteres Telegramm meldet: Außer den bereits zu Tage geförderten sechs Schwerverletzten sind noch fünf Leichen aufgefunden worden. Wie der „Woch. Anz.“ berichtet, wird die Zahl der Toten auf 10—12 geschätzt.

**Gelsenkirchen, 7. März.** Wie bisher festgestellt ist, sind bei der Explosion schlagender Wetter auf der Zeche „Consolidation“ 20 Bergleute verunglückt, davon sind 10 getödtet, 10 teils schwer, teils milderer Verletzte. Man hofft, daß die Zahl der Verunglückten hiermit erschöpft ist. Bis 7 Uhr abends waren 5 Tote und 8 Schwerverletzte herausgeschafft. Da der Stapel eingestürzt ist, kann man vorläufig an die übrigen Verunglückten nicht herankommen.

#### Aufgelöste Arbeitslosen-Versammlung.

**Leipzig, 7. März.** (W. S. S.) Heute vormittag 9 1/2 Uhr wurde eine Versammlung von Arbeitslosen im „Felsenkeller“ zu Plagwitz wegen geistwidrigen Verhaltens der Redner aufgelöst. Etwa 800 Arbeitslose marschirten nach der Innenstadt und zum Markt, um vor dem Rathaus zu demonstrieren. Unterwegs wurden sie von der Polizei aufgehalten und abgelenkt, worauf sie auseinandergingen. Gewalt wurde nicht angewendet, besondere Störungen sind nicht vorgekommen.

#### Zum Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille.

**Marseille, 7. März.** (W. S.) Infolge des Ausstands der Hafenarbeiter haben die Zuckerraffinerien, welche insgesamt 1400 Arbeiter beschäftigen, den Betrieb eingestellt. Der Transportverkehr muß durch einen französischen Kreuzer ausgeführt werden. Die Arbeiter des Hafens von Granville sind muntere ebenfalls in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung. In Dänkirchen hat das Hafenarbeiter-Syndikat beschlossen, den 14. d. M. den Tag der Lohnerhöhung zu verlangen, widrigenfalls sofort der Ausstand proklamiert werden soll.

#### Das Programm Zanardellis.

**Rom, 7. März.** (W. S. S.) Zanardelli führte in seiner Rede noch aus: Unbeschadet dessen, daß er nach weiteren Studien ausführlichere Zollreform-Entwürfe vorlegen werde, lege er unterdessen Maßnahmen vor, die darauf abzielen, die Steuern, welche die unteren Volksklassen treffen, herabzusetzen. Zur Deckung dieser Steuernachlässe liege es völlig außer der Absicht, neue Schulden aufzunehmen oder die Tilgung der schwedischen Schulden einzustellen; auch werde nicht auf das Mittel eines Kredits zum Ausbau von Eisenbahnen zurückgegriffen. Der Grundgedanke sei, daß durch die Steuernachlässe hervorgerufene Defizit durch eine gerechtere Verteilung der Lasten auszugleichen. Man werde daher die Abschaffung der Verzehrssteuer auf Wehl und Brot für alle offenen Gemeinden und in den geschlossenen Gemeinden 3. und 4. Kategorie beantragen. Außerdem beantrage das Ministerium neue Maßnahmen vorsorgender Art, wonach die 274 Gemeinden dritter und vierter Kategorie für offene erklärt werden. Die Gemeinden würden so 47 Millionen verlieren. Zanardelli kündigt an, man würde dafür Rat schaffen mittels anderer lokaler Steuern und einer Beihilfe der Regierung im Betrag von 21 Millionen, wie man einst in Belgien vorging, um den Oltro abzuschaffen. Die Solidität des Staatsbudgets werde hierbei durchaus nicht leiden. Durch diese Reform, welche sowohl in politischer Hinsicht, als auch in ihren Folgen für die Wohlfahrt des Landes von günstigem Einfluß sein werden, würden die Abgaben der von dem Oltro Betroffenen um 39 Millionen vermindert werden. Das bedeute in Anbetracht der Natur dieser Steuer für die Volkswirtschaft des Landes mindestens das Dreifache. Die Reform, welche hauptsächlich Substantialien im Auge habe, werde am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten. Um den dadurch entstehenden Ausfall in Staatskassen zu decken, schlägt das Ministerium vor: 1. Abänderung der Erbschaftssteuer in progressivem Sinne, entsprechend dem Beispiel Englands und Frankreichs. 2. Eine Stempelabgabe für verarbeitete Gold und Silber. 3. Eine Abgabe auf Börsenabschlüsse, Reform der Abgabe auf Pulver. 4. Allgemeine Ersparnisse. Das Ministerium übernimmt außerdem die Verpflichtung, in ganz kurzer Zeit einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Preis des Salzes herabsetzt. Zanardelli kündigt ferner eine Reihe von Gesetzentwürfen hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung an. Nachdem Ferri, de Andreis, Bertelli und Sacchi sich zu der Erklärung Zanardellis geäußert haben, fährt Zanardelli in einer Erwiderung aus, er wolle, um jeden Zweifel darüber zu zerstreuen, daß er bei der Bildung des Cabinets nicht völlig frei gehandelt habe, erklären, daß er auch als Minister die militärischen Vorschläge und Ausgaben gut heiße, für die er schon als Deputierter eingetreten sei. Hierauf wurde die Diskussion geschlossen.



Reichstag.

63. Sitzung vom Donnerstag, den 7. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz.

Präs. Graf Ballestrem:

Ich habe dem Hause die betrübende Mitteilung zu machen die Abgeordneten — von den Socialdemokraten ist niemand im Saal — erheben sich von ihren Plätzen, daß Se. Majestät der Kaiser gestern bei einer Fahrt in Bremen, durch ein Eisenstück, welches ein noch nicht zwanzig Jahre altes Individuum gegen den kaiserlichen Wagen schleuderte, nicht unerheblich im Gesicht verletzt worden ist. Es scheint bis jetzt, daß durch Gottes gnädige Zügung die Verletzung keine gefährliche ist und daß unserer kaiserlichen Herr, welcher jedoch zur Zeit bettlägerig ist, in nicht allzu langer Zeit wiederhergestellt sein wird. Indem ich im Namen des Reichstags dem Abscheu über die unsägliche That hiermit Ausdruck gebe, verbinde ich damit den Dank gegen den gütigen Gott, welcher den Kaiser und das deutsche Vaterland vor schwererem Unheil gnädigst bewahrt hat, und die Bitte an Gott um baldige Wiederherstellung des geliebten Monarchen und seiner Schutzherrscherin und Schirm seiner erhabenen Person. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben, um sich meinen Worten und Gefühlen anzuschließen. Ich konstatiere das.

Hierauf beginnt die zweite Beratung des Marine-Etats, mit den fortwährenden Ausgaben, Titel Staatssekretär. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Köstler-Kaiserslautern (W. d. L.) erklärt

Staatssekretär v. Tirpitz,

daß seit dem 1. Oktober 1900 seitens der Marineverwaltung kein ausländisches Fleisch, so weit dies durch das Fleischbeschau-Gesetz verboten sei, zur Proviantierung der Marine angekauft sei.

Abg. Nebel (Soc.):

Ich habe zwei Anfragen an den Herrn Staatssekretär zu richten. Erstens ist wiederholt durch die Presse mitgeteilt worden, daß seitens der Flottenvereine an die Reichsmarine-Verwaltung Gelder gegeben worden zum Bau von Schiffen und daß die Marine-Verwaltung dies Geld angenommen hat. In dem vorliegenden Etat ist von einer derartigen Summe nicht die Rede. Jedenfalls steht doch fest, daß wenn solche Summen zu dem angegebenen Zweck verwendet werden, sich für den Reichstag daraus Verpflichtungen ergeben, für event. nötige Reparaturen oder für die Mannschaft die Mittel später zu bewilligen. Ich frage daher den Herrn Staatssekretär, ob solche Summen gegeben worden sind, wie hoch sie sind und welche Verwendung sie seitens des Marine-Amts gefunden haben. Weiter ist mir durch eine Postkarte bekannt geworden, daß der Schreiber desselben während des Weihnachtsfestes sehr viel zu thun hatte und zwar, weil eine Reparatur an dem Kreuzer „Fürst Bismarck“ notwendig war. In diesem Kreuzer ist besonders viel herum operiert worden und man zweifelte, ob er überhaupt seetüchtig sei. Seine erste Fahrt nach China im vorigen Jahr scheint er ja überstanden zu haben. Und ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob es wahr ist, daß der „Fürst Bismarck“ auf seiner Fahrt einige Planken gebrochen hatte und bei welcher Gelegenheit das geschehen ist.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Der Reichsmarineverwaltung sind allerdings vom Auslands-Flottenverein Mittel in Aussicht gestellt zur Herstellung von Kanonenbooten. Vorläufig ist das Geld aber noch nicht eingegangen. Wenn aber der Auslands-Flottenverein ein Kanonenboot baut und es der Marine schenkt, so ist mir keine Bestimmung bekannt, welche die Ablehnung eines derartigen Geschenke fordert. Wenn aus der Annahme dieses Geschenke Kosten erwachsen, so unterliegen selbstverständlich diese Kosten der verfassungsmäßigen Bewilligung durch den Reichstag. Im übrigen möchte ich hervorheben, daß die Hauptbedeutung des Auslands-Flottenvereins darin liegt, daß in ihm sich Deutsche im Auslande zusammengedrungen haben, um für einen gemeinsamen nationalen Zweck Beiträge zusammenzubringen. Was die zweite Frage anbetrifft, so ist mir nicht bekannt, daß der „Fürst Bismarck“ Planken gebrochen habe.

Abg. Wolkensühr (Soc.):

Es ist eine Thatsache, daß beim Verlust deutscher Kriegsschiffe immer eine verhältnismäßig große Anzahl von Mannschaften verloren geht. Ich möchte fragen, ob seitens der Marine alles gethan wird, um bei einem Schiffbruch die Besatzung möglichst zu retten. Seit 1878 sind neun Schiffe verloren gegangen welche 1082 Mann Besatzung hatten. Davon sind nicht weniger als 724 d. h. 40 Proz. zu Grunde gegangen. Man sollte denken, daß diese Zahl wenigstens von der Handelsmarine übertriffen werde, weil diese vielfach nicht in der Lage ist, Rettungsboote auszuweichen und weil die Besatzung der Kaufahrtschiffe vielfach in erster Linie für etwa an Bord befindliche Passagiere zu sorgen hat. In der Handelsmarine sind aber in den 5 Jahren von 1888—93: 558 Schiffe verloren gegangen. Diese hatten eine Besatzung von 5265 Mann, von denen verloren gegangen sind 1092 Mann, d. h. 20,7 Proz.; also weniger als die Hälfte der bei der Kriegsmarine verloren gegangenen Menschenleben.

Sind also die Leute auf der Handelsmarine im Stande, ihre Mannschaften leicht zu retten, so müßte das in erster Linie auch der Kriegsmarine möglich sein. Sie verfügt doch über tüchtige Leute, die wohl diszipliniert und gut eingezogen sind. Aber bei Unfällen, die unsere Marine betreffen, da hört man wohl von patriotischen Kundgebungen der Offiziere und Mannschaften, wie beim Untergang der „Itis“, aber man hört nichts davon, daß man versucht hat, die Boote klar zu machen und die Besatzung zu retten. Auch beim Untergang der „Gneisenau“ hat man keine gehörigen Rettungsversuche gemacht. Wenn die Mannschaften mit Kortweesten ausgerüstet gewesen wären, so hätten sie sich doch sicher in so großer Nähe des Landes retten können. Der Kommandant hätte doch auch voraussehen müssen, daß beim Untergang des Schiffes die Masten und Klagen vermutlich über Wasser sein würden und hätte die Leute aufordern sollen, die Klagen zu ersteigen. Ich weiß nicht, ob das Exercierreglement sich damit beschäftigt, daß Fälle eintreten können, wo das Schiff verloren ist und daß in dem Moment, wo das Schiff verloren ist, alles gethan wird, um die Menschen zu retten. Es müßten dementsprechende Exercitien eingeführt und den Offizieren strenge Instruktionen gegeben werden. Denn müßte dieser große Menschenverlust beseitigt oder wenigstens erheblich herabgesetzt werden können, dann müßte ein Schiffbruch auf der Kriegsmarine nicht gefährlicher sein als auf der Handelsmarine. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichs-Marineamts v. Tirpitz:

Es ist eigentümlich, daß der Herr Vorredner behauptet hat, ob Übungen von der Kriegsmarine angefertigt werden, wie sich die Mannschaft bei Unfällen zu verhalten hat. Natürlich werden Übungen in dieser Richtung gemacht, das ist ja selbstverständlich, daß es gar keiner Erwähnung bedarf. Daß in der Kaufahrtsmarine weniger Verluste der Zahl nach hervorgerufen liegt daran, daß die Kriegsmarine viele Totalverluste von Schiffen erlitten hat, wo kein einziger Mann gerettet werden konnte. Was den „Itis“ anbetrifft, so muß man sich vorstellen, daß er auf einer ganz kleinen einsamen Insel getrandet ist und daß die See so über

ihn hinwegging, daß weder Boote noch andre Hilfsmittel zur Rettung benutzt werden konnten. Auch bei dem Untergang der „Gneisenau“ haben die Verhältnisse so gelegen, daß die Boote durchaus gar nicht benutzt werden konnten. Die Boote wurden einfach zertrümmert und gerade von den Leuten, die sich in den Booten retten wollten, sind die meisten umgekommen. Daß durch die Spanier viele Leute in Booten gerettet werden konnten, liegt daran, daß die Anstrengungen der Spanier hauptsächlich von der Rolle ausgingen, von wo aus die Rettung viel leichter war. Ein Vorwurf gegen die Offiziere der „Gneisenau“ kann nicht erhoben werden. Die Rettung ist vom Kommandanten und vom ersten Offizier von der Kommandobrücke aus planmäßig geleitet worden. Nur dadurch konnten überhaupt so viel Menschen gerettet werden. Die Kortweesten waren ordnungsmäßig verfaßt.

Abg. Dr. Semler (nass.):

fordert eine Gehaltsverhöhung der Werftmaschinen zweiten Klasse und der Werft-Schiffsführer.

Abg. Nebel (Soc.):

Ein paar Worte zu der Anfrage des Herrn Köstler-Kaiserslautern. Die Reichsregierung hat dem auf Betreiben der Wehrzeit beschlossenen Verbot amerikanischen Wachsenfleisches ihre Zustimmung erteilt, weil es angeblich gesundheitschädlich sein soll. Nachher aber hat die Marineverwaltung eine enorme Quantität dieses angeblich gesundheitschädlichen Wachsenfleisches angekauft, die angebliche Gesundheitsgefährlichkeit war also nur ein Vorwand. (Sehr richtig links!) denn wirklich schlechtes Fleisch wird die Marine nicht beziehen. Ich schließe daraus, daß das ganze Gesetz nichts weiter war als eine Maßregel zu Gunsten der Agrarier. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Wolkensühr (Soc.):

Bei Zusammenstellung der Verlustlisten der Kriegsmarine bin ich vom Jahre 1878 ausgegangen. Das verlorene Schiff „Frauenlob“ habe ich also nicht in Betracht gezogen. Bei seiner Besatzung läßt sich mit vereinten Kräften zur Rettung natürlich mehr erreichen, als auf einem Kaufahrtschiff mit schwacher Besatzung. Sind sechs Matrosen an Bord und das Schiff gerät in unglücklicher Lage auf Sand, dann ist es diesen sechs Matrosen unmöglich, das Rettungsboot loszumachen. Die kolossal hohe Verlustzahl bei der Kriegsmarine bleibt ganz unerklärlich, wenn die Erklärung nicht darin liegt, daß die Kommandierenden, obwohl das Schiff bereits verloren ist, doch vor den grauenhaften Dingen die Augen verschließen. Die „Gneisenau“ ist so nahe an der Rolle aufgelaufen, daß ein guter Springer hinübergehen konnte. Wenn man von vornherein der Besatzung gegeben wäre, die Mannschaft solle sich auf die Masten retten, so wären sicherlich mehr Leute gerettet worden. Daß das Wasser dort leicht ist, konnte man dann doch wissen. Es sind aber von 408 Menschen 86 zu Grunde gegangen, das sind 8 von 100 und ein ungeheurer Verlust, der daran zweifeln läßt, ob wirklich alles geschehen ist, was geschehen konnte.

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich habe die Zahlen nicht zur Hand, um die Verluste der Kriegsmarine mit denen der Handelsmarine zu vergleichen. Die „Gneisenau“ hatte eine Besatzung von 480 Mann. Davon sind 420 gerettet worden und 40 zu Grunde gegangen. Bei einer so großen Besatzung und bei dem so rasch sich vollziehenden Untergang des Schiffes ist das Verhältnis der Ertrunkenen zu den Geretteten doch nicht so unglücklich. Der Befehl, in die Takelage zu steigen, konnte deshalb nicht gegeben werden, weil bei dem heftigen Aufstoßen des Schiffes auf die Felsen jeden Augenblick erwartet werden mußte, daß die Masten über Bord gingen. Erst die letzten Mannschaften stürzten in die Takelage. Der Befehl, die Mannschaft solle sich an den Seilen retten, die auf die Wale geworfen wurden, war durchaus richtig.

Abg. Graf Rinckowström (L.):

Es ist mir ganz unbegreiflich, wie jemand auf den Gedanken kommen kann, daß in unserer Kriegsmarine nicht alles geschieht, um Menschenleben zu retten. Das Risiko bei der Kriegsmarine ist natürlich viel größer als bei der Handelsmarine. Es war ein reiner Ausnahmefall, daß die Marine noch Fleischkonserven bezogen hat. Selbstverständlich hat sie dabei Auswahl getroffen. Kein Mensch hat behauptet, daß alles amerikanische Wachsenfleisch verdorben ist.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt; ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Im Extra-Ordinarium werden als dritte Rate zum Bau des Linienschiffs „Wittelsbach“ 6 000 000 M. verlangt.

Die Kommission beantragt, nur 3 600 000 M. zu bewilligen.

Hiermit wird die Beratung folgender Resolution verbunden:

Der Reichstags-Vorredner möge erwägen, ob sich nicht im Interesse der Erparnis die Einrichtung eines Panzerplatten-Werks auf Kosten des Reichs empfiehlt.

Verhärterter Abg. Müller-Julda (C.):

teilt die Stelle aus dem schriftlich erstatteten Kommissionsbericht über die Ausbeutung des Reichs durch die Firmen Krupp und Stumm mit. Dem Marine-Amt der Vereinigten Staaten ist es bereits im vorigen Jahre gelungen, eine Preisreduktion auf 45 1/2 Dollar oder 1920 M. zu erlangen, während die deutsche Marineverwaltung 2320 M. pro Tonne oder ca. 400 M. pro Tonne mehr zahlt. Und das nennen sich Patrioten! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz:

Ich habe in der Kommission vertrauliche Mitteilungen gemacht über Verhandlungen mit der Firma Krupp über Lieferung von Panzerplatten. Inzwischen hat die Firma Krupp mich selbst gebeten, den Stand der Verhandlungen dem hohen Hause mitzuteilen. Die Firma Krupp hat dem Reichs-Marine-Amt angeboten, bei einem Jahresbedarf nicht unter 6000 Tonnen eine Preisermäßigung von 150 M. einzutreten zu lassen. Rechnet man hierzu noch die Frachtkosten und den Kontraktstempel, so ergibt sich eine Preisdifferenz zwischen amerikanischen Platten und denen von Krupp nicht von 400 Mark, sondern von loco Offen 220 M. Die Firma hat sich erboten, noch weitere erhebliche Preisermäßigungen einzutreten zu lassen, wenn die Herstellung auf eine Reihe von Jahren gesichert ist. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Das ist genau dieselbe Bedingung, die seitens der amerikanischen Panzerplattenwerke an die Marineverwaltung gestellt worden ist. Ueber diese weiteren Preisermäßigungen schreiben noch Verhandlungen zwischen der Firma Krupp und der Marineverwaltung. Nun glaube ich, daß bei dem Entgegenkommen, welches die Firma Krupp in dieser Angelegenheit dem Marineamt gegenüber gezeigt hat, wir zu einem solchen Resultat kommen, daß aus die Panzerplatten nicht teurer sein werden, als Amerika. Die erhebliche höheren Preise der früheren Jahre lassen sich dadurch erklären, daß die Firma Krupp bei der völligen Unsicherheit der Aufträge hohe Amortisationskosten in Anschlag bringen mußte. Dieser Grund fällt weg, nachdem die Flottengesetze bewilligt worden sind.

Die Resolution wird hierauf einstimmig gegen die Stimme des Herrn v. Kardorff angenommen. Ebenso die betreffende Etatsposition nach dem Vorschlage der Kommission.

Der Rest des Etats wird hierauf debattelos bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Unfallfürsorge für Militärbeamte, Bundesratsbeschl. über Genehmigungspflicht von Siegeln etc., kleinere Vorlagen.)

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung vom 7. März 1901, 11 Uhr.

Die Beratung des Kultus-Etats (höhere Schulen) wurde heute durch die Erwähnung des Unfalls des Kaisers unterbrochen.

Dieser Teil der Sitzung nahm den folgenden Verlauf:

Abg. Göbel (L.):

tritt für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums ein. (Er scheint seine Rede abzulesen, bleibt auf den Tribünen unverändert. Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher:

Herr Abgeordneter, ich will nicht behaupten, daß Sie ablefen, aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Geschäftsordnung Mitgliedern des Hauses nicht gestattet, ihre Reden zu verlesen.

Abg. Göbel (L.):

fährt in seiner Rede fort, bleibt nach wie vor unverändert und wird bald darauf durch ein Glockenzeichen des Präsidenten unterbrochen.

Präsident v. Kröcher:

Der Ministerpräsident läßt mir mitteilen, daß gestern Abend in Bremen auf der Fahrt vom Kaiser nach dem Bahnhof Se. Majestät der Kaiser und Königin (die Abgeordneten und Minister erheben sich von ihren Plätzen) am Gesicht verletzt worden sind durch den Durchbruch eines eisernen Instrumentes, welches von einem scheinend unreifen Juden geworfen worden ist. Se. Majestät haben wenn auch eine nicht erhebliche Verletzung, so doch eine solche erlitten, daß Werthschätzungen einige Tage werden zu Bett liegen müssen und daß die Wunde wird genäht werden müssen. Meine Herren! Ich weiß, daß Sie alle mit mir über diese schmerzliche That ebensosehr Abscheu empfinden, wie ich. Ich bitte Sie, dem dadurch Ausdruck zu geben, daß Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Se. Majestät unser Kaiser und Königin, er lebe hoch! (Die Versammelten stimmen dreimal in den Ruf ein.)

Abg. Goebel (L.):

macht den Versuch, seine Rede fortzusetzen, bleibt aber bei der im Hause herrschenden Aufregung völlig unverändert. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher:

Die begreifliche Aufregung, in der wir uns alle befinden, läßt es mir angelegentlich erscheinen, Ihnen vorzuschlagen, die Sitzung wenn auch nur auf eine ganz kurze Zeit zu unterbrechen. (Allseitige Zustimmung.) Ich schlage Ihnen vor, die Sitzung jetzt abbrechen und Punkt 1/2 Uhr wieder zu beginnen. (Zustimmung.)

Gegen 12 Uhr verläßt sich das Haus bis 1/2 Uhr.

Antijeminitische Brotvucherer.

Einer Gegendemonstration gegen die „Brotvucherer“, wie es in der antijeminitischen Anknüpfung hieß, sollte eine Versammlung dienen, die am Mittwochabend nach der Tonhalle einberufen war. Das Kleinbürgertum wollte man für die Jostpolitik des Junkertums begeistern und zur Gesellschafter für die agrarischen Wucherpläne aufmuntern. An genügender Reklame hatte es nicht gefehlt, und trotzdem verließ die Sache recht lässig, wenn wir im Gegensatz dazu jene gewaltige Kundgebung der socialdemokratischen Partei stellen. Den 30 Versammlungen in den größten Berliner Sälen stand ein Häuflein gegenüber, das nicht einmal den Saal der Tonhalle gänzlich füllte. Die Teilnahme wäre gewiß eine noch viel geringere gewesen, wenn nicht die Wrangeure neben diesem Thema den Ritualmord in Rom und als drittes die Juden in Rumänien zur Besprechung gestellt hätten. Ein großes politisches Ragout, das außerdem die Sicherheit bot, eine unlesbare Debatte zu vermeiden, die den Brotvucherern folgen konnte.

Anfänglich wollte denn auch in die Versammlung keine rechte Proteststimmung kommen, der Herr Reichstags-Abgeordnete Werner hatte seine liebe Not, mit einigen Schlagern die Begeisterung zu heben. Das geschah aber mehr, als er seinem Unmut über die englandfreundliche Stimmung der Regierung und des Reichstagslanglers Ausdruck gab. Hilow versieht gut zu reden und manchem Sand in die Augen zu streuen, versicherte der Redner unter dem Beifall seiner Zuhörer. Der Radwale, wer den Roll tragen muß, schien weniger die Beifallslust zu empfangen, denn der Redner konnte doch nicht verschweigen, daß nach seiner Meinung wenigstens einen Teil des Jollausschlages auch der Konsument zu tragen hat. Wie das mit der Hebung des Mittelstands zu vereinbaren ist, mag doch manchem Kleinmeister und Kaufmann, denn Arbeiter waren in der Versammlung wohl kaum zugegen, bedenklich erschienen sein.

Wehr verstand es der folgende Redner, Reichstags-Abgeordneter Gräfe, den richtigen Ton für die Versammlung zu treffen. Er wandte sich mehr der Judenfrage zu in dem fächeren Gefühl, daß dort die starken Wurzeln seiner Kraft liegen. Auf den Handel und die Industrie kann sich ein Staat nicht stützen, sagte der Redner den Handwerkern auseinander.

Rom ist zu Grunde gegangen, weil an Stelle des Bauernstands der große Latifundienbesitz trat. Ähnlich liegt es bei uns, wo heute Kleingärtner und Hochgebirg die Güter aufkaufen. Für das deutsche Volk handelt es sich darum, ob nicht seine Kinder die Stiefelhüter der Juden werden sollen. (Stürmisches Bravo.) Die proletarisierten Arbeiterscharen werden nicht mehr im Stande sein, Deutschland, wenn es in Gefahr kommt, herauszurufen. Wer war es, der Brandenburg groß gemacht hat? Das war der Bauernstand! (Sehr richtig!) Die Reichspolitik ist nach außen nicht die Wege gewandelt, die uns sym-pathisch sind. Lord Roberts, der den Schwarzen Adlerorden erhalten hat, verkörpert die Kreatur des Kriegs, der die christliche Kultur und Gerechtigkeit geschändet hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in diese Angelegenheit der Krone nicht hineinzureden, sagt der Reichstagslangler. Das wissen wir, das haben wir nicht gethan, so viel monarchisches Bewußtsein haben wir. Aber ich hoffe, daß eine Zeit kommen wird, wo wir uns wieder gemeinsam unter dem schwarzen Adler finden werden, dazu mag uns der Herrgott verhelfen! Damit wir sagen können: Der Herr hat Großes an uns gethan! (Lofender Beifall.)

Nachdem so der Brotvucherer in Durroffstimmung untergetaucht war, gab Herr Bruhn über seine Ritualmord-Redereien in Rom ein weitläufige Schilderung, die sich auf die gewagtesten Kombinationen stützte. Er weiß, daß das Verbrechen im Wucherhaufe geschehen ist, er hat die Spur des Mörders ermittelt — aber die Wucherer haben sie nicht verfolgt. Jetzt haben wir einen Staatsanwalt in Rom, rief Redner in gehobener Stimme, ein anderer Mann als die bisherigen, sage ich Ihnen! (Bravo.) Wenn der Staatsanwalt sagt, er habe gegenwärtig noch keine Beweise für die Schuld Leibs, dann ist das der Standpunkt, auf dem wir stehen: Moritz Leibs ist derjenige, der Winter an den Thator gelodt hat. Hinter den Behörden hat das jüdische Verwirrungskomitee gearbeitet. — Herr Ulrich Hildeheimer, der schon in dem Kantener Prozeß eine Rolle spielte, Redner erzählt dann, daß gegen ihn eine Anzahl Anklagen wegen Verleumdung erhoben sind. Somit dürfte ihm wohl Gelegenheit geboten werden, seine kriminalistischen Studien zu verwerten.

König hatte die Zuhörer noch zusammen gehalten, als aber der letzte angelegte Referent, Redacteur Böcker, die Schändlichkeit der rumänischen Juden aufdeckte und mit behaglicher Geschwätzigkeit erzählte, wie Wohlthätigkeitskomitee in Berlin getrieben wird, wie sogar Graf Hohenberg, der Intendant der königlichen Theater, für die rumänischen Juden eine Einladung zu einem Wohlthätigkeitskonzert unterzeichnete: da erlahmte das Interesse und einer nach dem andren verschwand. Dem guten Beispiel schlossen wir uns an.



Veranstaltungen.

Gegen den Brotwucher protestieren am Dienstag auch die centralisierten Handels-Hilfsarbeiter, Hausdiener und Packer. Nach einem sehr ausführlichen Referat des Genossen K o h l e nahm die Versammlung eine dahingehende Resolution mit dem Antrage an, daß dieselbe der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion unterbreitet werden soll.

Charlottenburg. Am Dienstag vormittag fand in der Gambinus-Brauerei eine Arbeitslojenversammlung statt, in welcher Fel. J m l e das Referat übernommen hatte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag sprachen noch einige Diskussionsredner. Darauf wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, welche an den Magistrat und die Stadterordnetenversammlung eine Petition um schleunige Vornahme öffentlicher Arbeiten, durch welche die in Charlottenburg bestehende Arbeitslosigkeit beseitigt oder doch erheblich gemildert werden kann, einreichen soll.

Lichtenberg. Gegen den Brotwucher erhoben die Frauen und Mädchen von Lichtenberg durch einstimmige Annahme der Berliner Resolution Protest und forderten die Gemeinde-Organe auf, sich diesem Protest im Interesse der Einwohner Lichtenbergs anzuschließen. Frau J h r e r, die in 1 1/2 stündigem Vortrag das Schreiben der Agrarier geleselt, fand in der von circa 600 Frauen besuchten Versammlung förmlichen Beifall.

Friedrichshagen. Am 2. März tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung. Reichstagsabgeordneter S a d t h a g e n referierte über: „Wohin steuern wir?“ — Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage wurde die bekannte Resolution gegen den Brotwucher angenommen.

Berein für Volkshygiene. Freitag, den 8. März, abends 8 Uhr: Professor Dr. J. L o z a n s: „Bericht an den Arzt über Beobachtungen am Kranken.“ — Die Teilnahme an den Vorlesungen, deren Ziel es einen Kursus bilden, und welche im Architektenhaus Saal B möglichst mit Demonstrationen abgehalten werden sollen, steht jedermann frei gegen ein Honorar von 5 Mk., wofür Eintrittskarten im Hof-Antiquariat von Emanuel M a t, Leipzigerstr. 113, Eingang Mauerstraße, zu haben sind. Für Unbemittelte ist in der Verwaltungsstelle des Vereins, Rothenstr. 23 II, auf briefliches, nicht persönliches Ersuchen, eine Anzahl Freikarten referiert, und erhalten dort ferner die Mitglieder der Ortsgruppe Karten für den ganzen Kursus zum ermäßigten Preis von 3 Mk.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. A. G. 84. Unbekannt. Fragen Sie in einer großen Buchhandlung nach. W. Z. Eine beratige Parteibibliothek ist leider nicht vorhanden.

Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an 91/14 Berlin, den 6. März 1901. Dr. Karl Liebknecht Julie Liebknecht geb. Paradies, Kaiser Wilhelmstr. 19.

Berein socialdemokratischer Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend. Am Montag, den 4. d. M., starb nach langjähriger Krankheit unser Mitglied, Kollege August Insinger.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 5. d. M., starb nach jahrelanger Krankheit unser Genosse August Insinger im Alter von 44 Jahren.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Vertrauensleute des 4. Berl. Wahlkreises (Osten).

Tischler-Verein zu Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Herr August Haring, am 5. März verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Mittwoch, den 6. März, verstarb an der Schwindsucht unser Mitglied, der Schlosser Richard Katt.

Maschinen-Anzüge in allen Größen. Anzug 3,00 und 5,50 Mk. Jacken 1,50 und 2,75 Mk. Hosen 1,50 und 2,75 Mk. Carl Stier, 7852\* Oranienstr. 166.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bein-Kleider nach Mass, (887L\* guter Stoff, tadelloser Sitz) 14 Krausen-Strasse 14, Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Am Mittwoch, den 6. März, verstarb nach jahrelangem, schwerem Leiden meine gute, brave Frau, unsere liebe unvergessliche Mutter, Tochter und Tante Elise Kensberg geb. Freund im 44. Lebensjahre. Dies zeigt allen Freunden und Bekannten, um stille Teilnahme bittend, tiefbewegt an. Emil Kensberg, Wallertheaterstraße 14, pt. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, 3/4 Uhr, von dem Friedhof der Freiheitlichen Gemeinde, Pappels-Allee aus statt.

Danksagung. Wir sagen hiermit allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma S p i n u u. S o h n, dem Metallarbeiter-Verbande und dem Gesangsverein unseren besten Dank für die rege Teilnahme an der Beerdigung unseres lieben Bruders, Neffen und Cousins Otto Helpinski. Emil Helpinski, 2087b Rosalie Schmücke geb. Helpinski, Frau Stillers, Karl Ferdinand.

Herren-Vortrag Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männer-Leiden.“ Freitag, den 8. März, abends 7/8 Uhr, in der Kronenbrauerei, Alts-Roabit 48. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerkennung. [29855]

Auktion. Fast neue Knopfmachmaschine, Schuhmacher, [29936] und Zettlermaschine sowie Möbel etc. gelangen heute, den 8. März, nachm. 2 1/2 Uhr, Holzmarktstr. 66 zur Versteigerung. C. A. Hilbrich, Aukt., Holzmarktstr. 66.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark eleganter Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

H. B. 99. Warum schlagen Sie nicht selbst im Adreßbuch nach? Wille, Roabit. 1. Wissen wir nicht; ist aber nicht wahrscheinlich.

2. Der Schulbesuch muß fortgesetzt werden bis zur Beendigung desjenigen Schuljahres, der während der Bollendung des 14. Lebensjahres läuft. L. R. 60. Nach dem in Betracht kommenden Gesetzlichen Stadtrecht von 1537 erhält die Mutter Kindesstil. Ihre Anträge konnte nicht eher beantwortet werden, weil das Gesetzliche Stadtrecht nachgeschlagen werden mußte.

Trantwein. Das Gesetz um Aufnahme des nicht-Preussischen Deutschen in den Preussischen Staatsverband ist in Ihrem Fall an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Aufnahme geschieht kostenfrei. Ein Beispiel für solchen Antrag ist etwa: „Ich bin sächsischer Staatsbürger und habe mich in Osnabrück ausweislich der anliegenden polizeilichen Anweisung niedergelassen. Ich beantrage, mich in den Preussischen Staatsverband aufnehmen zu lassen.“

W. R. 97. Ein Anspruch auf Entschädigung steht Ihnen nicht zu, weil die Kündigungsfrist angefallen ist. — A. M. 1. Ein Anspruch auf Rückzahlung steht der Mutter leider nicht zu. — Volte, Wälschingstraße. Rein. — R. R. 129. Ja. — G. R. 100. 1. Beide stehen in demselben Rang. 2. Das ist in den verschiedenen Staaten verschieden. — Winter. Die Militär-Renten sind nicht für alle Fälle dauernd. Es sind ja im Gesetz selbst verschiedene Arten angeführt.

Sollten Sie das Gesetz nicht besitzen, so wiederholen Sie wohl Ihre Angabe unter Mitteilung, wie der Rentenschein lautet. — Zarber. 1. Schwerinstage heißen die Tage, an denen das Parlament aus eigener Initiative hervorgegangene Anträge berät. Auf Antrag des Grafen Schwerin wurde zuerst im Abgeordnetenhaus ein besonderer Tag (in der Regel Mittwoch) für solche Anträge referiert. Dasselbe Gewohnheit hat der Reichstag. 2. Rein. 3. Das ist Vollzeiterordnung, nicht Reichsgericht. 4. Strafbarkeit läge nicht vor. 5. Der Betreffende lebt wohl noch in Abdingen in Oberbayern.

H. G. R. Für den Fall eines Rücktritts müßten Sie die fehlenden Pflichten und Kläse erledigen. — R. R. 18. Eine solche Ausweilungs-Verfügung kann leider ergehen, wenn es sich um eine neu Anzichende handelt. Beschwerde ist zulässig und wäre an den Oberpräsidenten zu richten, aber bei dem Vollzeiterpräsidenten (innerhalb 14 Tagen nach Empfang der Verfügung) abzugeben. Durch die Beschwerde wird die Verfügung vorab gehemmt. Erlaubigen Sie sich genau, wann Ihre Schwester dort zugezogen ist und wo sie vorher gewohnt hatte und sprechen Sie dann in der Sprechstunde vor: arbeiten kann Ihre Schwester auch an dem Ort, an dem Wohnort zu nehmen ihr unterliegt ist. — Paul L. 1. Rein. 2. Geringfügige Fehler, die die Zulässigkeit zum Militärdienst vorab beeinträchtigen. — B. 3. 1. Die mündliche Verhandlung ist mit Geldkosten verknüpft; die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts, die vom Gericht festgesetzt wird. 2. Es sind die alten Bedingungen geblieben. — Pantow. Nach der altpreussischen für Berlin und die Provinz Brandenburg gültigen Gesindeordnung kann die Herrschaft Rückgabe der Weihnachtsgeldentlohnung verlangen, wenn das Dienstmädchen innerhalb des Dienstjahres kündigt. Hat Ihre Schwester am 1. April den Dienst angetreten, so kann also die Rückforderung verlangt werden, wenn sie vor dem 1. April den Dienst verläßt, hat sie am 1. Oktober den Dienst begonnen, so kann die Rückforderung bis zum 1. Oktober geltend gemacht werden. Nur das Geldstück selbst, soweit es sich noch im Besitz Ihrer Schwester zur Zeit der Rückforderung befindet, nicht der Wert des Geldstücks kann verlangt werden. — D. M. 3. Der

von Ihnen bargelegte Fall kann als Unterschlagung erachtet werden. Unterschlagung kann mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und, wenn das Verbrechen in milderer Umfange angenommen wird, mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bestraft werden. — G. Seidler. Der Hausrentner hat die Rente vorzuzahlen, er ist verpflichtet, sich. — W. P. 30. Und nicht bekannt. — R. G. Ist nicht vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist für Dienstmädchen, die auf unbestimmte Zeit oder auf 1/2 Jahr gemietet sind, sechs Wochen zum Ersten des Quartals. Bei Dienstmädchen, die monatweise gemietet sind, ist Kündigung bis zum fünfzehnten zum Ersten des Monats zulässig. — P. G. 87. Rein: weder der Vater noch der minderjährige Sohn haften für die Zahlung von Rentezahlungen für eine dem Sohn angehörende Wirt. — J. V. Graubenerstraße. Falls Ihr Vertrag nicht gegenseitig befristet ist, haben Sie die Mietrente in Ihrem Falle nicht zu zahlen.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 7. März 1901, morgens 8 Uhr. Stationen: Berlin, Potsdam, Magdeburg, etc. Wetter: Regen, Wind: West, Temperatur: 5-10 Grad.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen. Branchen-Versammlungen.

Filiale I: Geschirr- und Galanterie-Branche. Sonnabend, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof. Tagesordnung: 1. Das Verhalten der Junung untrer Forderungen gegenüber. 2. Diskussion. 3. Berichtenes.

Filiale II: Treibriemen-Branche. Sonnabend, den 9. März, abends 9 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.

Filiale III: Koffer- und Taschen-Branche. Dienstag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal VIII), Engelufer 15.

Filiale IV: Militäreffekten-Branche. Sonnabend, 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal VIII), Engelufer 15.

Filiale VI: Wagen-Sattler. Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstr. 35-37. Um zahlreichem Besuch ersuchen Die Vorstände.

Montag, den 8. April (2. Osterfeiertag): Gemütliches Beisammensein im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Konzert. Auftreten der Gesellschaft Strelzewicz. Ball. Eröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Das Vergnügungskomitee.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonntag, den 10. März 1901, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger u. Helfer im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände.

Sonntag, den 10. März 1901, vormittags 10 Uhr: Versammlung der Wickler und Isolierer im Kolberger Colon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Scheffler über: Unternehmensfreunden und Arbeiterlos. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission.

Sonntag, den 10. März er., vormittags 10 Uhr: Bezirksversammlung für Ober-Schöneweide im Lokal des Herrn John, Wilhelmshofstr. 19.

Sonntag, den 10. März er., vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Mörschel, Jüdenstr. 35: Morgensprache der Silberpolierer. Die Ortsverwaltung.

von Ihnen bargelegte Fall kann als Unterschlagung erachtet werden. Unterschlagung kann mit Gefängnis bis zu 3 Jahren und, wenn das Verbrechen in milderer Umfange angenommen wird, mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bestraft werden. — G. Seidler. Der Hausrentner hat die Rente vorzuzahlen, er ist verpflichtet, sich. — W. P. 30. Und nicht bekannt. — R. G. Ist nicht vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist für Dienstmädchen, die auf unbestimmte Zeit oder auf 1/2 Jahr gemietet sind, sechs Wochen zum Ersten des Quartals. Bei Dienstmädchen, die monatweise gemietet sind, ist Kündigung bis zum fünfzehnten zum Ersten des Monats zulässig. — P. G. 87. Rein: weder der Vater noch der minderjährige Sohn haften für die Zahlung von Rentezahlungen für eine dem Sohn angehörende Wirt. — J. V. Graubenerstraße. Falls Ihr Vertrag nicht gegenseitig befristet ist, haben Sie die Mietrente in Ihrem Falle nicht zu zahlen.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 7. März 1901, morgens 8 Uhr. Stationen: Berlin, Potsdam, Magdeburg, etc. Wetter: Regen, Wind: West, Temperatur: 5-10 Grad.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wetterprognose für Freitag, den 8. März 1901. Zeitweilig heiter, vorherrschend mollig und regnerisch bei ziemlich frischen (abwärtlichen) Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Seute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde. Sonntag, den 10. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Gabels Brauerei, Bergmannstraße 5-7:

Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Volksfrage in Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde und die Stellung der Arbeiterklasse zu derselben. 2. Diskussion. Es wird erwartet, daß auch die Berliner Genossen, welche besonders im Sommer viel unsere Ortskassen besuchen und somit ebenfalls ein Interesse an der Volksfrage haben, in dieser Versammlung vertreten sind. Der Einberufer.

Central-Verband der Elektromonteur und Berufsgen. Deutschl. (Sektion Berlin u. Umg.) Montag, 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Rümmer, Brannstr. 188:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung. Es ist Pflicht der Kollegen, vollständig zu erscheinen. 58/9\* Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin. Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lipke, Weichhorststraße 15:

Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Bitte haben Zutritt. NB. Die Mitglieder werden ersucht, im eigenen Interesse die §§ 3 u. 4 des Statutenbuches genau zu beachten. Regem Besuch der Versammlung steht entgegen. Der Vorstand.

Sonntag, den 7. April (1. Osterfeiertag), im neuen Saal des Herrn Max Kliem, Hasenheide 13:

Gr. humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger (Zimmermann, Steinhardt, Stobbe, Stangenberg, Stechert, Focke u. Böhmisch). Anfang 8 Uhr. Konzert und Ball. Entree 30 Pf.

Billets sind in der Versammlung und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Der Ertrag fließt in den Extra-Unterstützungsfonds für hilfsbedürftige Mitglieder. In Anbetracht des humanen Zwecks bitten um vollständige Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen. Der Vorstand.

Achtung, Hörbergsdorfer! Die angelegte Versammlung kann am Sonntag, den 10. d. M., nicht stattfinden, sondern am Sonntag, den 17. d. M., wegen Sonntag. Die Kommission.

Radeberger Bock Bierhaus zum Erlanger, Craniestr. 113/114. Bodarben u. Bodarmen gratis. [8375\* 285/20]

Breslauer Korn a Str. 60 Pf., 80 Pf., 1,00 Pf. a Str. Jogh-Korn 1,50 Mk.

Elektra-Abendkurse Eröffnung 12. März. Praktische u. theoretische Ausbildung für alle Zweige der Elektrotechnik. Keine Vorkenntnisse. Zeugnis. Anmeldungen Brunnstr. 55.

Paul Glatzel, Breslau X. Getreide-Korn-Brennerei. [142/5\*]

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidemeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.



Streng feste Preise!

# Theodor Büsing

(früher Jacques Raphaëli Inh. Th. Büsing)

An der Spandauer Brücke 2 (beim Bahnhof Börse, nahe dem Hackeschen Markt).

Vor dem Beginn meines Umbaues stelle ich meine reichhaltigen Läger in **Garderobe, Schuhwaaren, Cigarren, Cigaretten, Spirituosen und Weinen** zu ausserordentlich billigen, bedeutend herabgesetzten Preisen zum

## Ausverkauf

und zwar:

### Spirituosen und Weine.

Diese Artikel werden wegen gänzlicher Aufgabe vollständig ausverkauft, und mache ich Wiederverkäufer, Gastwirthe und Private auf diese nie wiederkehrende Gelegenheit zu billigen Einkäufen noch besonders aufmerksam.

früher		jetzt	früher		jetzt	früher		jetzt				
1/1	Fl. Deutscher Cognac *	Mk. 1,25	0,90	1/1	Fl. Jamaica-Rum	Mk. 2,50	2,00	1/1	Fl. Samos-Wein	Mk. 1,00	80	
1/1	"	franz. Ver- schnitt **	1,75	1,20	1/1	"	3,00	2,50	1/1	Portwein	1,25	95
1/1	"	***	2,25	1,50	1/1	Eiercognac	1,65	1,40	1/1	Sherry	1,50	1,20
1/1	echt franz. Cognac, Roubilliac & Co.	*	2,50	2,25	1/1	Stonsdorfer	80	70	1/1	Madeira	1,25	95
1/1	"	**	3,50	3,00	1/1	Halb und Halb	85	70	1/1	Rothwein	60	40
1/1	"	***	4,50	3,75	1/1	Ingber-Magenwein	1,00	85	1/1	Moselwein	60	45
1/1	Rum		1,00	0,80	1/1	Getreide-Kümmel	90	75	1/1	Deutscher Schaumwein	1,25	90
1/1	"		1,40	1,15	1/1	Pemmeranze	1,00	85	1/1	"	1,50	1,10
1/1	"				1/1	Aquarit	1,25	1,00				

Bei Abnahme von 10 Flaschen von einer Sorte 3%, von 20 Fl. 5%, von 50 Fl. 8% Rabatt.

### Cigarren u. Cigaretten

werden ebenfalls vollständig wegen dieser Artikel ausverkauft.

früher		jetzt	früher		jetzt	früher		jetzt	
Schweitzer-Cig. per 100 Stück	Mk. 1,40	90	Deliciosa per 100 Stück	Mk. 4,50	3,50	Krone pro Mille	Mk. 4,50	3,70	
Betty	2,00	1,80	Saxonia	4,50	3,90	Stambul	7,50	6,25	
Elida	2,25	1,90	Rita	5,00	4,40	Eiramos m. Mundstück	12,50	9,50	
Tanga	2,50	2,25	Nanni	6,00	4,80	Echt importirte ägyptische Cigaretten von M. Simeonides, Alexandrien.			
Dr. Qualm	2,75	2,45	Flor de Mexico	7,00	5,90	Qual. 2	100 Stück	Mk. 1,75	1,35
Gloria	3,00	2,65	Sans Pareil	7,50	6,50	3		2,75	1,55
Gustl	3,50	2,75	Merkado	8,00	6,50	4		3,50	1,75
Flor de Cuba	4,00	3,00				5 u. 6		4,00	1,95

Bei Abnahme v. 500 St. Cigarren gewähre ich 3%, bei 1000 St. 5% Rabatt.

### Garderobe für Herren u. Knaben.

früher		jetzt	früher		jetzt	früher		jetzt	früher		jetzt
Einsegnungs-Anzug 1. u. 2. reihig	10,50	8,50	Jacket-Anzüge für Herren 1- und 2-reihig	10	9	Rock-Anzüge für Herren	Mk. 29	23	Paletots für Herren, Frühjahr, Sommer	15	11
do.	13,50	11	do.	12	10	do.	33	26	do.	18	14
do.	18	13,50	do.	16	12	do.	38	32	do.	22 1/2	18
do.	23	18	do.	21	16	Gehrock-Anzüge	30	22	do.	28	22 1/2
Burschen-Anzüge früher M. 10,00	13,50	15,50	do.	26	21	do.	36	28	Havelocks	10	7
jetzt M. 7,00	9,75	12,00	do.	29	24	do.	42	34	do.	15	11

Herren-Beinkleider früher Mk. 3,00 3,50 4,50 5,50 6,50 8,50 10,25 jetzt Mk. 2,60 2,80 3,90 4,60 5,40 7,25 8,75 Arbeitshosen früher Mk. 1,75 2,75 4,50 5,50 6,50 jetzt Mk. 1,10 2,15 3,60 4,50 5,25

Seltene Gelegenheit: Regenpaletots für Herren früher Mk. 14,00 21,00 jetzt Mk. 9,00 18,25 Joppen für Herren früher Mk. 3,50 9,50 jetzt Mk. 2,60 6,90

### Schuhwaaren für Damen, Herren u. Kinder.

Damen.		früher	jetzt	Herren.		früher	jetzt	Kinder.		früher	jetzt
Echt Ziegenleder Strand-, Schnür- und Knopfschuhe	Mk. 5,75	4,75	Rindspalt-Zugstiefel, unverwüthlich	Mk. 5,50	4,90	Rossleder Knopf- und Schnürstiefel, sehr dauerhaft, bis 18 cm	Mk. 3,25	2,95	Rossleder Knopf- und Schnürstiefel, sehr dauerhaft, bis 22 cm	4,25	3,90
Echt Ziegenled. Strand-, Schnürstiefel	7,90	6,90	Rindleder-Zugstiefel, aus einem Stück	6,00	5,40	Echt Ziegenleder-Strand-, Schnür- und Knopfstiefel, bis 18 cm	4,90	4,40	Echt Ziegenleder-Strand-, Schnür- und Knopfstiefel, bis 22 cm	5,90	5,40
Chevreaux Strand-, Schnür- und Knopfstiefel, elegante Form	10,75	9,25	Spiegelrossleder-Zugstiefel, Handarbeit	7,50	6,90	Segeltuch-Schnürschuhe m. Absatz u. fest. Ledersohle, 18 cm	2,40	2,00	do. do. do. 22 cm	2,85	2,35
Rossleder Zugstiefel, fester Strapszierstiefel	4,50	3,90	Spiegelrossleder-Zugstiefel, genäht aus einem Stück, in verschiedenen Façons enorm preiswürdig	8,75	7,75	Für Knaben beson- derer Gelegenheitskauf auf Band genäht Gr. 36 u. 37	6,25	3,90	Für Knaben Rossleder-Schnürstfl., Hand- arbeit	5,75	5,25
Lack-Besatz-Knopfstiefel	10,00	5,75	Rossled.-Schnürstiefel, spitz u. eckige Form	8,50	7,50						
Genarbt. Kalbled.-Knopf u. Schnürstfl.	8,75	7,50	Goodyear-Welt-Kalbl.-Schnürstiefel	12,50	10,75						
Schwarz. Chevreaux-Knopfstfl. elegante Façon	9,75	8,75	Echt Ziegenled.-Strandschnürschuhe	6,75	5,90						
Glacé-Knopf- und Schnürstiefel, mit russisch Kalblederbesatz	10,00	8,90	Echt Ziegenled.-Strandschnürstiefel	10,50	8,50						

Wochentags bis 9, Sonnabends bis 10, Sonntags 8-10, 12-2 geöffnet.

Früherer und jetziger Preis ist an jedem Stück vermerkt.

Bitte meine grossen Schaukästen im Hausflur zu beachten!



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Freitag, den 8. März. Opernhaus. Der fliegende Holländer. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Neues Opern-Theater (Kroß). Schiller. Der Rettee. Deutsches. Rosenmontag. Leistung. Die Zwillingsschwester. Berliner. Die lustigen Weiber von Windsor. Residenz. Zerzette. Neues. Der Hüttenbesitzer. Wesen. Der Wahrheitsmund. Secessionsbühne. Bunter Theater. Thalia. Amor von Heute. Central. San Toy. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Cori Weich. Belle Alliance. Metropol. Apollo. Volksh. Reichshallen. Passage-Theater. Hyantis. Central-Theater. Jndalbenstraße 57/62. Schiller-Theater. W. Noacks Theater. Die Ehre. Keine Vorstellung.

URANIA. Taubenstr. 48/49. In Theater Freitagabend 8 Uhr: "Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung." Im Horsaal: Prof. Müller: "Kakao und Chokolade." Invalidenstr. 57/62. K. Graf: "Der Mars während seiner diesjährigen Erscheinung."

CASTANS PANOPTICUM. Ein Riesen-Neu! GORILLA. Neu! aus Yaunde, Hinterland von Kamerun - erlegt von einem Deutschen, die größte zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts. Konzertkapelle la Zarina. Der Germanensaal.

Passage-Theater. Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Fortsetzung der Damen-Ring-Kämpfe. Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr. Rosendienstag. 17 erstklass. Nummern.

Central-Theater. Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Rollen. Gastspiel: Mrs Mary Dalton. San Toy. Chinesische Operette in 3 Akten von Edm. Morton, Greenbank und Rob. Knut von Sidney Jones. Morgen u. folgende Tage: San Toy. Sonntagabend 8 Uhr, zu halb. Preis: Die Weiße. Abends 7 1/2 Uhr: San Toy.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Durchweg neues Programm! Alles Schlager 1. Range! 1/2 Uhr. Neu! 1/2 Uhr. Die beiden Wenzel. Schwan in 1 Akt von C. Felsch. Raabe, früher Schauspieler: Dr. Rich. Winkler. Mc. Keen. Sensations-Schauspieler! Neu für Europa. Familie Zalasch, 5 Personen auf dem Turm. Gebr. Damm, Exzentrik-Krobaten 1. Range. Sonntag u. wochentl. 7 1/2 Uhr. Anfang: Entree 50 Pf.

Thalia-Theater. Treppenstr. 72. Beste Ausstattung: Amor von Heute. Morgen zum 1. Male: Der Kadetten-Bater. Doffe mit Gel. u. Tang in 5 Bildern. Herren: Thomas, Thielcher, Helmerding, Junfermann, Paulmüller. Damen: Milton, Milani, Boß, Banoblas. 5. Bild: Das Liebesbrett. Pierrot: Emil Thomas. Columbine: Guido Thielcher. Parfessin: Hans Junfermann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Man lebt ja nur einmal. Große Gesangsposse in 5 Bildern. Bucher: Das neue März-Specialitäten-Prgr. Anf. 7 1/2 Uhr, der Posse 9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Neues Programm! Siehe sämtliche Zanten. Illustration of a singer.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstraße. Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung. Direction: J. M. Hart.

Apollo-Theater. Victoriastraße. Rixdorf, Hermannstraße 48/49. Saie zu Versammlungen und Festlichkeiten von 50-1200 Personen. Großer schattiger Garten für 3000 Personen. Sehr geeignet zu Sommerfesten und Sommerachtsfeiern. - Für große Vereine und Gesellschaften stelle ich im Sommer sämtliche Räumlichkeiten auch Sonntags zur Verfügung. Im Juli und August sind noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 4 Regeltaxen und großer Platz für Rollbelustigungen jeder Art. - Elektrische Strohenbahn-Verbindung aus allen Stadtbereichen Berlin. Jetzt jeden Sonntag im großen Saal: Oeffentlicher Tanz. Entree inkl. Garderobe und Tanz Damen 20 Pf., Herren 50 Pf. Um gütige Berücksichtigung bitten Ph. Thomas, Gastwirt.

Riesen-Walfisch. 21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer. In bestigigen Meindenborfer- und Ravensbrucker-Gede bei Stadtring-9026. Schudof Wedding. Eintrittspreis 20 Pf. Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr.

Apollo-Theater. Kolossaler Erfolg! Grigory-Truppe Salerno Die Wolkovskys Bernh. Mörbitz Miss Deyo sowie die neuen März-Specialitäten. Um 9 Uhr: Des Löwen Erwachen. Kasseneröffnung 7, Anf. 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. 1. Oper: Entenst. - Gastspiel unter Leitung des Dir. Dörner. Der Troubadour. (H. Trovatore.) Oper in 4 Akten v. Giuseppe J. Verdi. Dirigent: Kapellmeister Otto Pippig. In Scene gef. v. Gustav Niedmann. Anfang 8 Uhr. Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung: Kaffappchen. Sonnabendabend: Kabale u. Liebe. Sonntag: Kabale und Liebe. Nächste Opernvorstellung: Freitag, den 15. März: Undine.

Passage-Panopticum. J. Dumont der Franzose mit d. größten Bart der Welt. Der Bart hat die ungläubl. Länge v. 3 Meter 65 Cm. Dikkins der größte Soldat d. Welt. General Baum der kleinste Soldat der Welt.

Charlottenburg. H. Schmerberg (4022) Wilmersdorfer-Strasse 127. Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen. Optische Artikel. Optiker werden schmerzlos gehoben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. März, in Heilers Festsaal, Köpenickerstr. 29: 56. Stiftungsfest. Festrede, gehalten von Herrn Professor Gehrke. Vokal- und Instrumental-Konzert. Vorträge auf dem Pariser Musik-Harmonium. Theater-Aufführungen von Kindern u. Erwachsenen. Tanz. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Mitglieder 25 Pf., Gäste 50 Pf. mit vollständigen Programmen an den bekannten Stellen. Sonntagsmorgens in der Aula, Al. Frankfurterstr. 6 und beim zweiten Vorhänge Herrn Adolf Hoffmann, Blumenstr. 14. 2982b

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. Bock-Anstich. Täglich große Specialitäten-Vorstellung.

Sanssouci. Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Nord-Sänger. Nach jeder Solire: Tanzkränzchen. Wochentags Tanz frei. Vereinsbillets gültig. Donnerstag: Wachsfiguren. Sonntag: Wachsfiguren. Montag: Lustige Bagabonden.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik. GutsMuths, Berlin. Preisgarantie 46, verleiht gegen Rückgabe garantierter Bettfedern d. Bld. 55 Pf., dickerer goldbrauner d. Bld. 60 Pf., besserer goldbrauner d. Bld. 65 Pf., verjüngter brauner d. Bld. 70 Pf. Von diesen Federn genügt 3 bis 4 Stück zum großen Comfort. Bedienung frei. Preis u. Proben gratis. Jede Anrechnungsbil.

Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Ziegenbock. stühle, Triumphstühle, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leichte. Effiziente Bestellen in jeder Größe. Große Auswahl. Preise außerordentlich billig, auch Teilzahlung. A. W. Schulz, N. Brunnenstr. 95 bis a bis zum Goldstein a. Bahnh. Gehlenbrunn. Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Ruherbuch gratis.

Zähne 2 M. Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren von 1 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen. Spreng. 8-8, Sonntag 8-4. R. Lange, Blumenstraße 25. Ede Marktstraße.

Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote im v. Großfabrik Wittler, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Blatte erkennenlich

Würzburger Hühneraugenmittel. von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Collyrium u. Indigo) (Anfangs) Dr. H. Unger in Würzburg. Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-Apothek, Bornimstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Zittgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 1882

Zähne 2 M., 1 M. Plomben 1,50 M. Teilszahl wöchentlich. 1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 63. Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. 1\*

Ginsegnungs-Anzüge, neueste Fagons in blau und schwarz Kamugarn u. Cheviot Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 9092\*

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 10 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Restauration. Garten, Langsaal, jeden Sonntag öffentlicher Tanz. Seit 1871 veräußert. Agenten verboten. Auskunft bei Gasmann, "Vorwärts" Spediteur, Grünhaldenstr. 65. 1493. Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1411. Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanbhaus-Wermanns, Unter den Linden 21 II. Betten, Steppdecken, postbillig, Verlanbhaus Rembrandtstraße 6. 55/10. Remonturarbeiten, Regulatoren, Opernleier, postbillig, Verlanbhaus Rembrandtstraße 6. 55/10. Teppiche, Gardinen, postbillig, Verlanbhaus Rembrandtstraße 6. 55/10. Kuchbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig veräußert, Hoffenerstraße 38 I. ced. 5338. Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 52/12. Teppiche mit Barbeschleier, handtuchbedeckte Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1411. Fahräder, mit gutem selbstgemachten, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Rietze Große Frankfurterstraße 123. 1292b. Kanarienvögel, Buchweibchen, Weißhals, Kuckuck, billig. Große Frankfurterstraße 13. 2397b. Kanarienvögel, Buchweibchen, billig. Kuckuck, Weißhals, 38. 1433.

Pianos, gebrauchte, große Auswahl billig, Wilschstr. 5 parterre. 120\*. Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, sämtliche Schnellnäher, Ringstich, Hobbin, Adler, ohne Ansehung, wesentlich 1.-, langjährige Garantie. Beschligung exportiert. Schnellste Lieferung auch durch Postkarte. Frise, Turmstraße 39; II. Gesch. Bernauerstraße 49. 11484\*. Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexanderstr. 7, Hof 2 Treppen. 1438\*. Nähmaschinen, Adler, Urania, Schneidnäher, Ringstich, sowie Wasch- und Strickmaschinen auf Teilzahlung. Reita, Schallstraße 135. 538K\*. Steppdecken am billigsten. Großes Frankfurterstr. 9, parterre. Das beste Vrat liefert Gewisse Wähme, Oberbergstr. 40. 155\*. Barbiergeschäfte veräußert. Ecken, Waldemarstraße 19. 142. Stroffische, Sommer, Hatterlöcher, Rollen, Knabenanzüge, einzelne Hosen, billig im Reitergeschäft Soraunerstraße 30. Kaufneben gratis! Pfefferoni des Radartparverins Süd-Ost. Metall-Beistellen, elegante englische, mit Patent-Rattagen, Voller-Koffagen und Reistissen, in allen Partierungen 32-55 Mark. Prima Zeit-Schneidung, dreifach und jedern, verstellbar 15 Mark. Rein Waben. Kappod, Brandenburgerstraße 56, Durgstraße II. 2992b. Kandenbau! Gebrauchte und neue Garten, Reiten, Kantholz, Stütze, Tüpen, Fenster, Dachpappe, Zier, billig. Koldufer Damm 22. 1906b.

Schneiderei, Küchenstab, Schlaghüter verkauft Strohmeyer, Holzmarktstraße 12. 2999b. Zosa, piefines, billig, Schütze, Bergmannstraße 107, vorn IV. 1994b. Vermischte Anzeigen. Francis Lecons 0,75. Professor Parisien Pommereh, Breitestr. 19. Elektrorequisit. Kadenburas beginnt. Jasson, Alte Poststraße 24. 1\*. Patentanwalt Dammann, Drenierstraße 57, Rotisplatz. Kunden sofortiger Rat abends bis zum. Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengelder, Materleistung, Kadenstraße Dreilindstraße. 12970b. Kugelhader, Köpferstraße 60. Jeder Art für sämtliche Kranken. 4718\*. Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterläden 16, mit Stoff 20 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. Bitte Kunden beachten! 12845b. Anfertigung eleganter Herrenanzüge. Teilzahlung gestattet. Rarus, Kleine Frankfurterstr. 29. \* Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Kottisch, Färberstr. 18. Kuchhopserei von Frau Kofsky, Steinstraße 48. Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Schloßstraße 66, 2. Hof parterre. 2387b.

Saal und Vereinszimmer empfehle Jannasch, Inselstraße 10. 1200b\*. Saal und Vereinszimmer empfehle Jannasch, Vildtbergstraße 21. 2999b\*. Vereinszimmer frei. Kramm, Scheringstraße 10. 194\*. Vereinszimmer. Böhmmer, Ranteststraße 25. 12701b. Vereinszimmer Serick, Ruppertstraße 49. 1457\*. 2 Vereinszimmer. Uebowstraße 25a, Sprenger. 2813b. Notes Kottbuch am 6. März 1901 an der Haltestelle der elektrischen Bahn unter der Durchfahrt Station Zoologischer Garten verloren gegangen. Für Finder wertlos. Gegen Belohnung von 10 Mark abzugeben beim Restaurateur Schulz, Kochmeisterstraße 26. 2991b. Vereinszimmer mit Piano empfiehlt G. Ding, Blumenstr. 35a. 12990b\*. Greenodes Weißbrot im Kieker und Bismillah, Schloßplatz gegenüber Bernitz, Erfolg in 12 Stunden. Unterricht und Verkauf Drogenstraße hundertachtzig. 2088b\*. Vermietungen. Wohnungen. Borori, König, Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kofes sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amtgarten 2. 1404b.

Zimmer. Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten. Forsterstraße 54, Durgstraße III, bei Witwe Kofenthal. Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Tüchtige Farbmalger verlangen Kofenow u. Co., Schmalstraße 16. Frauen finden dauernde und lohnende Beschäftigung durch Zeitungsaussagen. Meldungen vormittags 8-11 Uhr. Neuwallstraße 48-49, parterre rechts, und Chausseestraße 16, I. 65/19. Strickerinnen zum Reparatieren von Schürzen sofort gesucht. Marg Segal, Altmarktstraße, Köllnische Pferdmarkt 6. 2985b. Mädchenbuben, Mädchen verlangen. Bei, Weidenweg 74. 142. Schneiderin verlangt Kammann, Diefenbachstraße 31, I. 2997b. Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile. Versilberer. verlangt E. Gutschmidt, Rixdorf, Hildstraße 102. 1118b.

2 Ladereerlehrlinge werden sofort verlangt. "Vorwärts", Altiengeellschaft, 105/2, Prenzlauer Allee 34. Achtung, Holzarbeiter! In der Möbelfabrik von Gröndberg, Behrenstr., König-Charise 75, haben die Kollegen wegen Lohnabfregungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist freng fernzubekommen. 78/15. Die Ortsverwaltung. Mätung, Hobbipoker! Bei der Firma Carl Schulze, Charlottenburg, haben die Kollegen wegen Lohnabfregungen die Arbeit eingestellt. Die Kollegen werden im Reipzigerstraße 73/74, Rauerstr. 37/41, Bau "Kordhorn", Rippstr. 38, und Reindenborf, Dantenburger Kaufhaus. Da wir an der Bankkontrolle gehindert werden, bitten wir die auf den Namen besichtigten Arbeiter anderer Verufe, auf die in Arbeit tretenden Hobbipoker zu achten und uns hiervon Mitteilung nach unserem Bureau, Kommandantenstr. 65, Fernspr. Amt IVa Nr. 6591, zu machen. Der Vorstand. Achtung, Tapezierer! Die Kollegen bei der Firma Jäckel, Markgrafstraße 20, befinden sich wegen Lohnabfregungen im Ausstand. Zugang ist fernzubekommen. 177/10. Die Betriebsleitung.



Parlamentarisches.

Die Budgetkommission

setzte in der Donnerstag-Sitzung die Beratung des Kolonial-Etats fort. Beim Etat für Togo wurde die bestehende Gültigensteuer von verschiedenen Seiten als eine Hauptquelle der ausbrechenden Unruhen verurteilt und dafür die Einführung einer Ausfuhrsteuer auf Gummi vorgeschlagen. Beim Etat für Südwest-Afrika fragte Abg. Bebel (Soz.) nach den genauen Ausgaben über die Verurteilung des Prinzen Prosper Kreberg. Nach Auskunft der Regierung wurde Kreberg, nachdem er wegen Mordes zum Tode verurteilt war, zuerst zu 15 Jahren Zuchthaus beurlaubt, worauf diese Strafe durch einen weiteren Gnadenakt in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt wurde. Die Nachrichten über den Ausbruch der Minderpest wurden als übertrieben bezeichnet. Eine Einwanderung von Boeren in größerem Maßstabe sei vor Ende des Kriegs nicht zu erwarten. Hierauf wurde von verschiedenen Seiten die „Pauschquantum-Wirtschaft“ in den Kolonial-etats getadelt und die Ausführung der einzelnen Ausgaben unter besonderen Titeln verlangt und beschlossen. Im vorliegenden Etat waren 140 000 M. zur Unterhaltung von Kriegsgefangenen angelegt. Es stellte sich heraus, daß diese Gefangenen, welche aus den Kriegszügen der letzten Jahre herkommen, seitdem zu öffentlichen Arbeiten verwendet worden waren. Die Kommission erklärte sich dahin, daß die Gefangenen entlassen werden sollten und strich den dafür ausgeworfenen Betrag. Auf eine Anfrage, wie sich die Einfuhr deutscher Dienstmädchen in die Kolonien bewährt habe, gab ein Regierungs-Kommissar eine sehr optimistische Auskunft. Von 16 eingeführten Mädchen hätten sich 14 innerhalb dreier Monate verheiratet. Abg. Bebel konnte dem aber sofort entgegenhalten, daß die Regierung anzusehen vermesse habe, daß von diesen verheirateten Mädchen verschiedene bereits wieder geschieden wären oder Selbstmord verübt hätten, vier auch bereits nach Europa zurückgeführt seien.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Titel „Fortführung der Bahn von Windhoek nach Karibib“. Die ganze Bahn, deren Bau durch den wüstenartigen Charakter und den Wassermangel des Landes großen Schwierigkeiten begegnet, soll 1 3/4 Millionen Mark kosten.

Die nächste Sitzung findet Freitag statt; auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte sowie Debatte über die ostafrikanische Centralbahn.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Zur Erinnerung an den 30. Jahrestag der Errichtung der Pariser Kommune läßt die Buchhandlung Vorwärts, Deutschstr. 2, Berlin SW., zum 18. März eine reich illustrierte Kommune-Erinnerungs-Nummer erscheinen, deren Einführungsartikel — eine schwingvolle Darlegung und Würdigung der Kommune — Bebel verfaßt hat. Das charakteristische Gepräge erhält die 8 Seiten starke Nummer durch ihre zahlreichen Illustrationen, die fast durchgängig von Künstlern stammen, die entweder wie Gill oder Daumier selber (im Kunstministerium) Mitglieder der revolutionären Regierung waren oder wie Picchio unter ihren Fahnen kämpften. Unter den ersten Bildern: „Des Löwen Erwachen“, „Untergang der Kommune“ heben wir neben der padenden Gegenüberstellung der zwei Bilder: „Wie das Bürgertum 1792 seine Kommune errichtete und 1871 die des Proletariats niederstürzte“ besonders das ergreifende Schlußbild hervor: „Und das nennen sie Gnade“. Aber auch eine Reihe interessanter Karikaturen aus jener Zeit werden reproduziert.

Die Ausgabe erfolgt auf rotem und auf weißem Papier. Bestellungen erbittet die Buchhandlung umgehend.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Fest sozialdemokratischer Arbeiter ist in Königsberg aus recht merkwürdigen Gründen verhindert worden. Der Gefangenenverein „Morgenstern“, dem nur sozialdemokratische Arbeiter angehören, wollte am Sonnabend, den 9. d. M., ein Tanzvergnügen in einem Lokal auf den Hüfen bei Königsberg abhalten. Am Sonntag, den 10. d. M. wohnte das Kaiserpaar einer Kircheneinweihung auf den Hüfen bei. Auf Anordnung des Landratsamts hat der Amtsvorsteher dem Wirt durch Androhung des Militärpostens veranlaßt, sein Lokal jetzt plötzlich zu verweigern. Als Grund für die Verhinderung des Vergnügens wurde angeführt, es könnte zu Unzuträglichkeiten führen, wenn die Patrioten, die sich auf den Hüfen aufstellen, um den Kaiser zu sehen, am Sonntagmorgen mit den vom Tanz heimkehrenden Sozialdemokraten zusammentreffen.

Da die Sozialdemokraten benachlässigt nicht daran denken, andre Leute in ihren patriotischen Vergnügungen zu stören, so scheint der Herr Landrat dem Ordnungsführer der Patrioten nicht recht zu trauen.

In vier Wochen Gefängnis wurde Genosse Zielowski, Redacteur der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. verurteilt, weil er den Vorsitzenden der Orts-Krankenkassen in Wibel durch eine Notiz in der „Volksstimme“ beleidigt haben soll. Die Strafe wurde mit einer früher erkannten, noch nicht verblühten Strafe von 3 Monaten zu einer Gesamtsstrafe von 8 Monaten 3 Wochen Gefängnis zusammengezogen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Besprechung der Alt-Plätterinnen über ihre Lage fand am 5. März im Gewerkschaftshaus statt. Enderufen, um die Plätterinnen selbst über ihre Erfahrungen zu hören, trug sie mehr den Charakter vertraulicher Besprechung über die Schäden des Gewerbes.

Der Vorsitzende des Vereins der Wäschebrände, Trinks, wies in dem einleitenden Vortrag auf die Notwendigkeit hin, die in raschem Anlauf glänzend erlangten Vorteile nicht preiszugeben. Viele Arbeiterinnen jedoch lassen sich große Schnäbelzüge bieten und nicht minder nehmen die Ueberstunden in erschreckender Weise zu. Bei voller Auszahlung des vereinbarten Lohns bedürfte es keiner Ueberstunden, um das Fehlende zu ergänzen. Bei der anstrengenden Tätigkeit bedarf es der verletzten Arbeitszeit, um den Verursachungen zu entgegen. Leider besitzen die Abmachungen vom vorigen Jahre keine Gesetzeskraft; um so mehr ist es Ehrenpflicht der Vertragsgliedernden selbst, nicht wortbrüchig zu werden. Es bedarf eben, um den nötigen Druck auf die Uebelwollenden zu üben, der vereinten Kräfte aller Arbeiterinnen, welche ihr eigenes Wohl und das ihrer Kolleginnen fördern wollen. Sie müssen sich ihrer Gewerkschaft eng anschließen, nicht, wie es so manche thun, in die alte Gleichgültigkeit zurückfallen.

An der Diskussion beteiligten sich nur sehr wenige Arbeiterinnen. Daß es nicht Mangel an Teilnahme war, bewies der rege Eifer, mit welchem sie den Reden folgten und durch Ausrufe ihrer Zustimmung oder ihrer Entrüstung Ausdruck gaben. Es wurde mitgeteilt, daß an manchen Stellen für 4 Stragen 10 Pf. Lohn gezahlt werde. Eine Arbeiterin erzählt, daß sie und ihre Genossin entlassen wurden, weil sie sich weigerten, nachts bis 12 Uhr zu arbeiten; um 9 hatten sie ausgeschift. Mit gemeinen Schimpfwörtern sind sie überdies bedacht worden. Die allgemeine Entrüstung äußerte sich sehr lebhaft, führte aber nicht zu weiteren Mitteilungen.

Am 10. februarten griffen einige Plättstubeninhaber in die Debatte ein. Daß sie dabei zumeist ihre eignen Interessen im Auge hatten, kann man ihnen nicht verdenken, auch stimmen sie im ganzen mit dem Interesse der Arbeiterinnen überein. Ein Herr Fleischer suchte besonders die Arbeiterinnen scharf zu machen, indem er ihnen

die ganze Schuld an den schlechten Preisen allein zuschob. Sie unterließen sich um Arbeit zu erhalten, und plätten ebensoviele während der Mittagspause, als bis tief in die Nacht, um den Lohn möglichst zu erhöhen. Sie gönnen sich nichts, sparen und tragen jeden Pfennig zusammen und eröffnen nach einem Jahr mit 200 Mark Kapital eine neue Plättstube, welche den Tarif unterbietet, um Kunden anzulocken. Kam hier die Konkurrenz, so erklärte andererseits Arbeitgeber Bauer, gewerkschaftlich organisiert, es sei nicht durchführbar, daß um 8 Uhr abends geschlossen werde, namentlich des Sonnabends. Die Wäsche werde spät gebracht, manchmal von Leuten, die nur 1-2 Krügen im Besitz hätten; man müsse Rücksicht nehmen. Dagegen forderte er Ausdehnung der Agitation auf die Vororte und Umgebung, sowie Erstrebung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit durch den Bundesrat. Fleischer bestritt das Bedürfnis der Nacharbeit. Man teile die Zeit richtig ein und lasse nicht die Arbeit sich zu Ende der Woche häufen. Und dann nehme man am Sonnabend eine Aushilfe. Unter den 12 000 Plätterinnen Berlins (die Plättstuben berechnet er auf 2000) sei stets mit Leichtigkeit eine Aushilfe zu erhalten.

Mit Recht wies Trinks beim Schluß der Debatte darauf hin, daß man nicht eigentlich eine Plättstubeninhaber-Versammlung beabsichtigt habe. Uebrigens könne er mitteilen, daß allerdings die Agitation schon in die Vororte dringe. Der Verein von Charlottenburg wird sich dem Berliner anschließen; auch mit Steglitz sind Verbindungen angeknüpft. Die Behauptung eines Redners, ein Streik werde geplant, leuzzeichnete er als jeder Begründung entbehrend — niemand denkt an ein so thörichtes Beginnen, gegenwärtig einen Streik vom Jaum zu brechen.

Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der paritätische Arbeitsnachweis bald in Wirksamkeit treten werde. Das Kuratorium, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern in gleicher Zahl sei schon gebildet; die Wahl der Vertreterin werde demnächst erfolgen. Die große Wichtigkeit dieser praktischen Vorsehung der Verhältnisse wird sich erst ganz erweisen, wenn die neue Einrichtung sich eingelebt hat. Die Einzahlung von 20 Pf. bei Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises wird für die organisierten Plätterinnen von dem Verein geleistet. Die bedeutenden Leistungen desselben für das Wohl seiner Angehörigen führen ihm stets neue Mitglieder zu und haben ihm auch unter den Alt-Plätterinnen neue Freunde gewonnen.

Eine Petition der Berliner Frauen, an den Magistrat gerichtet, verlangt die Einführung von Bedürfnisanstalten in größerem Umfange als bisher. Die Anregung zu dieser Petition wurde in dem hygienischen Vortragsklub gegeben bei einem Vortrag, den Herr Dr. Freudenberg über Frauenkrankheiten am 15. Februar in der Aula der Gemeindeschule in der Braungelstraße abhielt. Die Petition liegt nunmehr zur Unterzeichnung aus, und zwar bis zum Sonnabend, den 16. März, in folgenden Lokalen:

Orts-Krankenkasse der Schneider von 8-2 Uhr, Seehofstr. 21. Arbeitsnachweis der Buchdruckerei-Giltsarbeiterinnen von 8 bis 2 Uhr, Montag und Sonnabend bis abends 8 Uhr, Jüdenstr. 35/36 parterre.

Die Frauen und Mädchen werden gebeten, für recht zahlreiche Unterzeichnung der Petition zu wirken und nicht nur selbst zu unterzeichnen, sondern auch in Bekanntenkreisen für eifrige Unterstützung unseres so berechtigten Wunsches zu sorgen.

J. A.: Klara Wien, Mantuffelstr. 100.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend feiert die Neue Photographische Aktien-Gesellschaft in Steglitz ihren Gesindeball bei Löwendorf in Pantow. Dieses Lokal ist für die Arbeiterschaft gesperrt. Die Arbeiter werden ersucht, dies zu beachten. Die Lokalkommission.

Waldmanns Lust. Sonnabtagsmittags 4 Uhr bei Kuhn: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Paul Jah n über: „Rechte und Pflichten der Staatsbürger“.

Nieder-Schneeweide. Der sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Franz, Erlmanerstr. 5, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag über „Wirklichkeit“. Referent Herr Hermann Stenz.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat gestern den Roabiter Antisemiten nicht den Gefallen gethan, sich bei dem Erkenntnis des Bezirksausschusses, das die Wahl unseres Genossen Glode zum Stadtverordneten für den 44. Bezirk als ungültig erklärt, zu beruhigen. Sie hat mit sehr großer Mehrheit beschlossen, Berufung dagegen einzulegen.

Die Versammlung hatte sodann den Stadthaushalts-Etat für 1901 in erster Lesung zu beraten. Die Etatberatung hat wohl noch nie so spät wie in diesem Jahre begonnen. Von einer sorgfältigen Behandlung und gründlichen Prüfung des Etats kann da, wie Singer bemerkte, nicht die Rede sein; denn der Etat muß bis Ende März erledigt werden. Der Stadtkämmerer legte in seiner Einführungsrede Gewicht darauf, daß auch diesmal wieder vermieden worden sei, über die bisherigen Steuersätze von 100 Proz. bezw. 150 Proz. hinauszugehen. Das ist freilich nur dadurch möglich geworden, daß man die Ausgaben, auch die allernotwendigsten, wieder mit gewohnter Knappheit bemessen hat. In der Debatte wurden, wie üblich, von den Rednern der einzelnen Fraktionen nicht nur allerlei Wünsche und Beschwerden vorgebracht, sondern auch eine Reihe von allgemeinen Gesichtspunkten erörtert, die für die Kommunalverwaltung von Bedeutung sind. Sämtliche Redner beschäftigten sich namentlich mit dem Verhältnis der städtischen Behörden zu der Staatsbehörde, insbesondere mit den Befahren, die der Berliner Kommunalverwaltung aus der Errichtung eines Oberpräsidiums Berlin drohen. Im übrigen verweisen wir auf den ausführlichen Bericht, den unsere Leser an anderer Stelle finden. Eine kleine Episode möchten wir dabei besonderer Beachtung empfehlen. Genosse Singer, der namens der sozialdemokratischen Fraktion zum Etat sprach, wandte sich gegen die vom Stadtschulinspektor Jonas verfaßte Jubelschrift, die der Magistrat am 18. Januar aus Anlaß der Zweihundertjahrfeier in den Gemeindeschulen hat erteilen lassen. Herr Jonas hat in seiner vollkommenen Unfähigkeit, die moderne Arbeiterbewegung zu verstehen, sich in dieser Schrift schwerste Beschimpfungen der Arbeiterklasse erlaubt. Singer gestellte diese als „objektiv“ gepriesene Art der Geschichtsschreibung mit rücksichtsloser Schärfe, die ihm einen Ordnungsruf einbrachte. Oberbürgermeister Kirchner, der das Buch der Versammlung im Januar so warm empfohlen hatte, mußte zugeben, daß er die gerügten Stellen nicht gelesen hatte, er würde sie sonst selber nicht gebilligt haben. Man wird sich erinnern, daß im Januar, als die Stadtverordneten-Versammlung die Mittel für die Verteilung der Schrift zu bewilligen hatte, unsere Genossen forderten, der Versammlung solle erst Gelegenheit gegeben werden, die Schrift kennen zu lernen. Das geschah aber nicht. Die Versammlung bewilligte die Mittel sofort und ließ zu, daß die Schrift unbesehen Kindern als „Geschenk“ überreicht wurde, deren Eltern darin in beispiellos-loser Weise beschimpft werden! Diesen Schlag ins Gesicht verdankt die Arbeiterschaft Berlins dem Berliner Kommunalreform, der sich nicht genug thun kann in höflicher Liebedienerei und Kagenbudelei.

Zu der Mittwochssitzung der Gewerbe-Deputation kamen außer der gestern schon berichteten Angelegenheit der Kontrollbücher im Tischlergewerbe noch einige weitere beachtenswerte Fälle zur Er-

örterung und Entscheidung. Zunächst wurde über eine Beschwerde des Deutschen Metallarbeiter-Vereins verhandelt betreffend die in einem elektro-technischen Betrieb in der Adalbertstraße betriebene Lehrlingszuchterei. Die Deputation ordnete an, daß eine Untersuchung durch Sachverständige stattfinden soll und behielt sich die weitere Beschlußfassung vor.

Eine weitere Beschwerde des Gesellen-Ausschusses über die Richtigstellung der statutarischen und gesetzlichen Vorschriften seitens der hiesigen Schneider-Innung wurde nur zum Teil als begründet erachtet.

Eine längere Debatte veranlaßte noch die Belastung des Oberpräsidenten über die Ausbringung der Kosten der Handwerkerkammer zu Berlin. Der Bezirk dieser Handwerkerkammer erstreckt sich nach polizeilichen Ermittlungen auf ca. 25 000 Betriebe, in welchen etwa 30 000 Gesellen und 7000 Lehrlinge beschäftigt werden. Der auf Berlin entfallende Kostenbetrag für diese Handwerkerkammer ist auf rund 18000 M. veranschlagt. Die Gewerbe-Deputation ist der Ansicht, diese Kosten nicht der Stadtgemeinde zur Last zu legen, sondern sie von den Innungsmitgliedern wieder einzuziehen, wozu sie gesetzlich berechtigt ist. Die Belastung des Oberpräsidenten setzt fest, daß die auf die einzelnen Betriebe entfallenden Kosten je nach der Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Lehrlinge festgesetzt werden sollen. Die Mehrheit der Deputation war der Ansicht, daß sich die Kostenbeträge leichter durch einen Zuschlag zu der von den betreffenden Innungsmeistern gezahlten Gewerbesteuer aufbringen lassen und beschloß, in diesem Sinne beim Oberpräsidenten vorstellig zu werden.

Das hiesige Innungs-Schiedsgericht hielt seine Sitzungen bisher abends ab, was zu großen Unständen führen mußte. Künftig sollen die Sitzungen vormittags abgehalten werden. Als Vorsitzende dieses Schiedsgerichts fungierten vier hiesige Rechtsanwälte, welche für jede Sitzung ein Honorar von 15 Mark bezogen. Durch die Verlegung der Sitzung auf den Vormittag ist es diesen Herren nicht mehr möglich, den Vorsitz weiter zu führen, auch scheint den Innungsvorständen die bisherige Honorierung der Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu kostspielig. Statt nun das ganze Innungs-Schiedsgericht aufzuheben und die Streitigkeiten der Innungsmeister mit ihren Arbeitern von dem hiesigen Gewerbegericht entscheiden zu lassen, will man nur einen Vorsitzenden haben und diesem ein bestimmtes festes Jahreshonorar bewilligen. Die Innungsvorstände glauben, daß sich ein pensionierter Richter bereit finden dürfte, unter dieser Bedingung den Vorsitz im Schiedsgericht zu übernehmen. Da der Vorsitzende des Innungs-Schiedsgerichts von der Gewerbe-Deputation zu erneuern ist, geeignete Personen aber noch nicht in Vorschlag gebracht werden konnten, beschloß die Deputation, die Beschlußfassung auszusparen.

Zu Mitgliedern des Kuratoriums der hiesigen höheren Weberschule wählte die Deputation den Stadtschulrat Dr. Gerstenberg und den Stadtv. Dr. Windberg. — Zwei hiesigen Tischlergesellen wurden Beisitzer von 50 bezw. 100 M. zum Besuche der Tischlerschule aus der Hefse-Stiftung gewählt.

Die städtische Parteideputation beschäftigte sich gestern mit den Plänen zur Regelung der Anlagen in der Siegesallee, auf dem Kemperplatz und des angrenzenden Teils des Tiergartens. Die Entwürfe fanden die Billigung der Deputation und werden dem Magistrat zur Ausführung empfohlen. Sie unterliegen noch der Genehmigung des Kaisers.

Der Fall Medenwaldt und die Frühstücksbeutel. Anlässlich der Hausdurchsuchung infolge des Medenwaldtschen Mordes ist bei einer Hausbewohnerin ein mit Blut besudelter Frühstücksbeutel aufgefunden worden. Der Fund stellte sich bald als recht harmlos heraus und wurde von einem Wädereimeister der Nachbarschaft als sein Eigentum reklamiert. Die Wädereimeister Roabits nahmen jedoch den Vorfall zum Anlaß, um in ihrer gestrigen Versammlung eingehend Maßnahmen in der Frühstücksbeutelfrage zu beraten. Die Wädereimeister den Stunden die Frühstücksbeutel in faubere Zustand, diese aber betrachteten sie als herrenloses Gut und verwendeten sie zu allen möglichen Zwecken, zum Aufbewahren von Kartoffeln, Zwiebeln, ja sogar als Wäscheputz, zum Lampenputzen usw. Es wurde beschlossen, in einem Flugblatt an das Publikum darauf hinzuweisen, daß es sich empfehle, auf die bisher übliche Lieferung von Frühstücksbeuteln durch die Wädereimeister zu verzichten und aus gesundheitlichen Rücksichten eigene Frühstücksbeutel anzuschaffen, wodurch peinliche Sauberkeit ermöglicht und jede Ansteckungsgefahr vermieden wird.

So dient den Wädereimeistern sogar der Medenwaldtsche Mord zum Vorteil. Daß diese Herren zuweilen selber an dem unappetitlichen Aussehen der Frühstücksbeutel schuld sind, ist bei der peinlichen Sauberkeit, die überall im Wädereibetriebe herrscht, selbstverständlich ausgeschlossen.

Ueber die Eingemeindung der Hasenheide in Berlin wird am Donnerstag, den 14. d. M., im Kreisbureau des Teltowischen Kreises, Victoriastraße 18 hierelbst, eine Verhandlung der interessierten Gemeinden unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten v. Westmann-Hollweg stattfinden. Es dürfte in diesem Termin zu einem endgültigen Entschiede kommen, da die Gemeindeführer prinzipiell mit der Abtretung der Hasenheide an die Stadt Berlin einverstanden ist.

Ein Polizeispittel ist in der Königer Wardsche wegen Meineids verhaftet worden. Bei dem hiesigen Polizeipräsidium war früher ein Agent Schiller beschäftigt. Dieser stellte sich, als die Königer Angelegenheit alle Welt zu beschäftigen anfing, in den Dienst von Zeitungen, verließ die Polizei und ging als „Berichtserstatter“ nach Königsberg. Seitdem wurde er in dieser Sache oft genannt, zuletzt noch im Prozeß gegen Moritz Levy. Gestern morgen wurde er auf Ersuchen der Königer Staatsanwaltschaft wegen Anstiftung und Verleitung zum Meineid hier verhaftet und von der Kriminalpolizei in das Untersuchungsgefängnis nach Roabit gebracht.

Das Komitee vom Roten Kreuz teilt uns mit: Die in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Eisenbahn-Katastrophen haben innerhalb der Vereine vom Roten Kreuz in Gemäßheit ihres generellen Zusammenwirkens mit den Berufsvereinigungen, bezw. den Aufsichtsbehörden der Staatsbahnen zu Erwerbungen geführt, inwieweit die über ganz Deutschland verbreiteten Vereine, Sanitätskolonnen usw. in solchen Fällen hilfreich eintreten können. Die Berliner Vereine vom Roten Kreuz, insbesondere auch die Berliner Unfallstationen, haben in diesem Sinne bereits mit der künftigen Eisenbahndirektion Berlin sich dahin verständigt, daß bei etwaigen Katastrophfällen Ambulanzen nach Vororten und auch nach weiter entfernten Plätzen entsendet werden.

Ueber bevorstehende Änderungen im Polizeipräsidium teilt ein hiesiges Lokallblatt zu melden: Der Chef des Polizeipräsidiums, Polizeipräsident v. Windheim, wird zum 1. April d. J. einen besonderen Vertreter und Repräsentanten in der Person des Ober- und Geheimen Regierungsrats Friedheim erhalten. Geheimrat Friedheim war bisher Dirigent der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums — Allgemein und landespolizeiliche Verwaltung — und hatte in dieser seiner Stellung zugleich den Posten eines Stellvertreters des Polizeipräsidenten inne. Der Stellvertretendposten wird vom 1. April d. J. von der I. Abteilung abgeweiht und von Herrn Friedheim besonders geführt werden. Die Stelle eines Dirigenten der I. Abteilung wird zur selben Zeit Regierungsrat Dumrat, der bisherige Leiter der Censurabteilung für Theaterangelegenheiten, erhalten. Die Ernennung des Herrn Dumrat zum Oberregierungsrat steht bevor. Ueber seine Nachfolgerschaft in der Leitung der Censurabteilung ist näheres noch nicht be-



Minister. — Herr Dumrat ist, wie erinnerlich, vor kurzem vom Minister nach dem Rezept „Rau gerade“ in seiner Eigenschaft als Theatercorrespondent frampfhaft gehalten worden.

**Die Denunzianten an der Arbeit.** Selbstverständlich wagt sich heute, wo Gesellschaftsreligion und affektive Frömmigkeit hoch im Kurs stehen, aberhand Denunzianten an die Öffentlichkeit, und auch die lichtfeindliche Presse glaubt bei dieser Arbeit ihr Teil leisten zu müssen. Gestern wirtete „Deutsche Tages-Ztg.“ und „Germania“ im trauten Verein. Das Brotwunderblatt schreibt: In der Aula der 60. Gemeindefchule hat Genosse Bölsche eine freireligiöse Vorlesung über das Thema: Wo ist der Mensch entstanden? gehalten. Die „Germania“ sagt dazu: „Bied Herr Abgeordneter Dr. Barth, der vor einigen Tagen über den „Mißbrauch“ eines Schulkolals zu einem antiehrwürdigen Vortrage im Abgeordnetenhause öffentlich Klage erhob, auch gegen die Verwendung eines Berliner Schulkolals zu einem antiehrwürdigen Vortrage ebenso Beschwerde erheben?“

An diese Anfrage des Organs der katholischen Scharfmacher hängt das Wunderblatt dann weiter folgende Denunziation:

Sicherlich nicht, denn die Socialdemokratie ist bei den Herren Freireligiösen unantastbar. Aber es wäre wünschenswert, daß die Stadtverwaltung behördlicherseits darauf aufmerksam gemacht wird, zu welchen Zwecken die Schulkolale dienen und daß es ungehörig ist, sie der socialdemokratischen Agitation zur Verfügung zu stellen.

Die guten Leute, die es in der Ordnung finden, daß ein Geistlicher in einem Schulhause für das Minimalmord-Märchen Propaganda macht, sind auf solcher Fahrte, wenn sie meinen, im vorliegenden Falle die Regierung auf den socialistischen Bauwau hegen zu können. Der Freireligiösen Gemeinde gehören so gut wie dem katholischen, evangelischen oder jüdischen Religionsverbände Personen verschiedener Parteilichung an, und der uns in den Denunziantenblättern als Genosse vorgestellte Vorleser Bölsche ist, wie wir ihnen verraten wollen, ein Schriftsteller, der zwar unres Wissen noch keine socialdemokratische Propaganda geschrieben hat, wohl aber in der Welt der Naturwissenschaften durch größere Werke, wie die „Entwicklungsgeschichte der Natur“ und das berühmte „Liebesleben in der Natur“ von allen Fachleuten mit Ehren genannt wird. Nun kann man von Blättern wie „Germania“ und „Deutsche Tageszeitung“ nicht gut verlangen, daß sie über Dinge, die das Gebiet der erwähnten Wissenschaften betreffen, irgendwie unterrichtet sind, und dieser Umstand mag die Denunziation in mildere Beleuchtung rücken. Eine schätzbare Feigheit bleibt das Stückchen aber doch noch.

**Ein Liebedrama im Grunewald.** Einen Nordverfuch und Selbstmord verübte gestern nachmittag im Grunewald in der Nähe des Restaurants Hundelehde der 22-jährige, aus Hamburg zugewandte Droguist Karl Burmeister. Der junge Mann, der in Hamburg in Stellung gewesen, hatte vorbestimmt das um 8 Jahre ältere Dienstmädchen Josephine Meyer kennen gelernt und mit ihr ein Liebesverhältnis angeknüpft, welches jedoch schon mit Rücksicht auf den Altersunterschied der beiden von den Eltern des V. nicht gebilligt wurde. Der Droguist, der die Absicht hatte, ein eigenes Geschäft zu gründen und seine Geliebte zu heiraten, konnte zu dem letzteren Schritt die Erlaubnis seines Vaters nicht erhalten und so vereinbarte er mit der M., daß sie gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten. Beide fuhren am Dienstagabend von Hamburg nach Berlin, suchten jedoch nach ihrer Ankunft hier kein Hotel auf, sondern fuhren, nachdem sie bis gegen Mittag in einem Restaurant gewelt hatten, nach dem Grunewald. Der M. scheint jedoch der Entschluß, mit ihrem Geliebten zu sterben, nachträglich leid geworden zu sein. Passanten der Königs-Allee bemerkten gegen 4 Uhr nachmittags das Paar und beobachteten, daß V. das Dienstmädchen trampfhaft am Arm festhielt und fast gewaltsam in den Forst hineinzog. Hier, nur wenige Schritte vom Wege entfernt, rief der junge Mann die Meyer zu Boden und gab auf sie einen Schuß ab. Als daraufhin die Jungen des Vorgangs auf Burmeister eintrugen, richtete dieser die Waffe gegen seine Schläfe und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Er brach sofort tot zusammen. Die Meyer, die zwar schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt worden war, wurde mittels des Schwedischen Krankenwagens nach dem Kreis-Krankenhaus in Lichterfeld gebracht. Sie gab an, daß Burmeister die Waffe gegen sie mit ihrem Einverständnis gerichtet habe.

**Noch ein Liebedrama.** Vorgeftern mittag gab der Waser Georg Gottlieb auf seine frühere Geliebte, die Arbeiterin Clara Schulz in der Kaiserstraße, einen Schuß ab. Der jetzt noch nicht ganz 18 Jahre alte Gottlieb hatte mit dem um ein Jahr jüngeren Mädchen seit zwei Jahren ein Verhältnis, das diese am 3. d. M. gelöst hatte und das sie trotz der Witten und der Drohung des Gottlieb, sie und sich zu erschließen, nicht wieder eingehen wollte. Als nun die in einer Teppichfabrik in der Kaiserstraße beschäftigte Schulz in der Mittagspause in der Straße spazieren ging, trat Gottlieb, der auf sie gewartet hatte, mit den Worten „Jetzt schieße ich Dich nieder“ auf sie zu und feuerte den Schuß ab. Gottlieb wurde von Vorübergehenden festgehalten und einem Schuttmann übergeben.

**Aus Furcht vor Strafe** hat sich der 42 Jahre alte Schuhmachergefelle Johann Kawaed, der sich zuletzt einige Tage in der Weberstraße 38 aufhielt, im Friedrichshain erhängt. Der Mann hatte schon ein bedenkliches Strafregister. Vor drei Jahren erhielt er ein Jahr Gefängnis, weil er einen Freund seiner Geliebten mit dem Messer bearbeitet hatte. Im November des Jahres 1899 verheiratete er sich, aber schon nach acht Monaten trennte sich seine Frau von ihm. Diese wohnte im Juni vorigen Jahres in der Wallfadenstraße. Kawaed bemächtigte sich vergeblich, sie zur Rückkehr zu ihm zu veranlassen. Eines Tags versuchte er, mit dem Revolver in der Hand bei ihr einzudringen. Als sie rief die Thür wieder zuwarf, feuerte er einen Schuß ab. Die Kugel erreichte jedoch seine Frau nicht mehr, sondern traf die Thür und blieb darin stecken. Kawaed erhielt für diesen Aufrtritt 5 Monate Gefängnis, die er in Stotthaus verbüßte. Von dort am 15. Februar entlassen, trieb er sich meist obdachlos in Berlin herum. Am Sonntag bezeugte er seinem früheren Lehrmeister und erzählte ihm, daß er abends eines Mädchens wegen einen Nebenbuhler verlegt und nun wieder Strafe zu erwarten habe. Er gehe aber nicht mehr „ins Loch“, sondern erhänge sich lieber. Diesen Voratz führte er im Friedrichshain aus.

**Durch einen Absturz** verunglückte gestern, Donnerstagnachmittag, auf dem Neubau der südlichen Wasserwerke in Lichtenberg der Zimmermann O. P. z. m. a. n. n., ein Mann in den dreißiger Jahren. Er sog sich einen Bruch des rechten Beins zu und mußte mit einem Leinwand Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

**Ein entsetzlicher Unfall** ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr am Savignypfad. Der Expeditionskutscher Gottfried Scholl fiel angedlich in einem Schwimmbelant (insolge von Uebermüdung?) von seinem Wagen und zwei Räder des schweren Lastwagens gingen über ihn hinweg. Der Verunglückte wurde so entsetzlich zugerichtet, daß er auf der Stelle verstarb. Die Leiche wurde nach dem Leichenhause in Charlottenburg überführt.

**Strafensahnunfall im Spreetunnel.** Gestern nachmittag 4 1/2 Uhr fuhren zwei vom Schleifischen Bahnhof kommende Straßenbahnwagen ordnungsgemäß in den Spreetunnel hinein. Als die Wagen etwa 20 Meter weit gekommen waren, sprang plötzlich der Motowagen aus dem Geleise und sauste mit ziemlicher Gewalt gegen die cementierte Wand des Rohgangs, die jedoch unbeschädigt blieb. Der verunglückte Straßenbahnzug wurde durch einen Kraftwagen aus dem Tunnel zurückgezogen. Als nunmehr der zweite Zug, auf den die Passagiere umgefliegen waren, die Durchfahrt passieren wollte, sprang auch hier der Kraftwagen an derselben Stelle aus den Schienen. Da jedoch der Fahrer insolge des vorherigen Unfalls besonders vorsichtig war, wurde der Zug augenblicklich zum Stehen gebracht. Die Passagiere mußten aussteigen und den weiteren Weg durch den

Tunnel, der sofort für den Straßenbahnverkehr völlig gesperrt wurde, zu Fuß fortsetzen. Wie eine Besichtigung der Unfallstelle ergab, war der linksseitige Schienenstrang etwas beschädigt, wodurch die Entgleisungen verursacht worden waren. Nachdem eine Auswechslung der Geleise erfolgt war, konnte der fahrplanmäßige Verkehr wieder aufgenommen werden. — Der erste genannte Zug hatte übrigens schon auf der Fahrt nach Strolau dadurch eine Fahrtunterbrechung erlitten, daß eine Kasse des Anhängewagens in Brand geraten war. Das Feuer wurde jedoch sofort entdeckt und konnte mit leichter Mühe gelöscht werden.

**Diebstähle in der Central-Markthalle.** In einer Gemüsehandlung nahe dem Stettiner Bahnhof wurden seit einiger Zeit Kästen mit Apfelsinen und Citronen zu ungläublich billigen Preisen verkauft. Die Kriminalpolizei forschte nach der Herkunft der Waren, wobei sich ergab, daß zwei Burchen Namens Beeger und Haber, Gießstr. 9, die Lieferanten waren. Sie wurden festgenommen und gefanden ein, die Früchte aus den Kellereien der Central-Markthalle gestohlen zu haben. Durch die von den Händlern sofort vorgenommene Inventur ergab sich, daß gewaltige Vorräte fehlten, die nur nach und nach fortgeschafft sein konnten. Wie das möglich gewesen ist, ohne daß die Wächter etwas gemerkt haben, ist rätselhaft.

**Ein Mörder.** Eine seltsame Revolvergeschichte erzählt ein Richterhinter. Der Tempelherrenstraße 19 wohnhafte Eiselleur Reuendorf war Mittwochmittag aus seiner Arbeit entlassen worden, kam abends in das Schanklokal von Drescher, Tempelherrenstraße 15, zeigte hier einen Revolver und äußerte, so heißt es, er werde nachts seine Frau und seine drei Kinder erschließen. Als er sich dann nach einer andren Kneipe begeben hatte, kam seine Frau und bat um Schutz gegen ihren Mann. Darauf begleitete ein Werkführer Schaub und ein Schuttmann Helwig die Frau. Sie rieten ihr, die Wohnung abzusperrern und sagten dem Pförtner, er solle den Hauschlüssel von innen stecken lassen und den R. nicht ins Haus lassen, und warteten dann in der Nähe. Bald darauf kam Reuendorf und schloß durch die Thürschleibe, als er nicht aufschließen konnte und keinen Eingang erhielt. Wertwärtigerweise soll man ihn dann nicht wegen Ruhestörung festgenommen, sondern ruhig weiter gewartet haben. Als später ein im Hause wohnhafter Herr hereinkam und diesem der Pförtner öffnete, eilte auch Reuendorf in das Haus. Nun endlich wollte man gegen den gefährlichen Menschen vorgehen, der sich auf eine steile Wendeltreppe kletterte. Zwei Schuttmann, denen sich zwei andre Männer angeschlossen, sollen dem R. zugerufen haben, er möge herunterkommen. Jener erwiderte, man solle sich zu ihm bemühen. Als die Männer dann hinauf wollten, feuerte Reuendorf fünf Schüsse ab, von denen einer den Schuttmann Helwig am Bein kreuzte. Dann gab er seinen leeren Revolver ab und ließ sich ruhig nach der Polizeiwache führen. Hier erklärte er, er hätte die Absicht gehabt, zuerst Frau und Kinder und dann sich selbst zu erschließen. Auf die ihn verfolgenden Männer habe er nicht gezielt; er habe sie nur abscheuen wollen und in die Luft geknallt. — Der Polizeibericht meldet über den Vorfall nur folgendes: „Der Eiselleur Wilhelm Reuendorf zerhöch legte Nacht die obere Glasscheibe der Thür des Hauses Tempelherrenstr. 19, weil ihm der Pförtner auf wiederholtes Klopfen nicht sofort geöffnet hatte. Auf den Lärm hin eilten zwei Schuttmann in Begleitung zweier Vorübergehenden dem Reuendorf in das Haus nach und trafen ihn vor seiner Wohnung. Er drohte, den sich ihm Nähernden zu erschließen, und gab gleich darauf zwei Schüsse ab, von denen der eine das Bein eines der Beamten durchlöcherte, ohne ihn jedoch zu verletzen, während der andre Schuß fehlging. Nachdem er noch drei Schüsse durch das Treppensfenster auf den Hof abgefeuert hatte, wurde er verhaftet.“

**Warnung vor Schwindlern.** Wie uns mitgeteilt wird, ist es neuerdings wiederholt vorgekommen, daß Schwindler auf Grund gefälschter, mit einem Stempel des Vereins „Berliner Presse“ versehener Empfehlungen größere Geldbeträge als Unterstüßungen erschlichen haben. Da der genannte Verein derartige Anweisungen auf die öffentliche Mithätigkeit nicht ausstellen pflegt, so wird vor den Inhabern solcher Schriftstücke gewarnt.

**Zeugen gesucht.** Die Personen, welche gesehen haben, wie am vorigen Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Rosenhalestraße, der Reuen Schönhauserstraße gegenüber, ein Mann von einem Canal überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Heintze, Muladstraße 6, 2 L. abzugeben.

**Straßensperrung.** Die Belfortstraße zwischen der Diederhofener- und der Colmarerstraße einschließlich der beiden Kreuzdämme sowie eines Teils der Straßburgerstraße vor dem Hause Nr. 29/30 und die Magoginstraße zwischen der Alexander- und der Schillingstraße werden vom 11. d. M. ab wegen Umpflasterung für Fußwerke und Reiter gesperrt.

**Im Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte** hielt gestern Direktor Archenhold einen interessanten Vortrag über den im Perseus aufgetauchten neuen Stern. Dieser seit einigen Wochen beobachtete Stern erreichte am 23. Februar seine größte Helligkeit und übertrifft an diesem Tage beträchtlich die Sterne erster Größe an Helligkeit. Seitdem hat er an Helligkeit abgenommen und dürfte bald dem unbewaffneten Auge völlig unsichtbar werden. Herr Archenhold erklärte, daß auf den Platten, die er 1891 von dem von ihm entdeckten Nebel im Perseus aufgenommen, an der Stelle, wo jetzt der neue Stern steht, nichts zu sehen war. Weiter folgte eine Aufzählung und Erklärung der verschiedensten Theorien, die über Erscheinungen, wie die beobachtete, aufgestellt sind. Nach Herrn Archenholds Ansicht mag der Stern entstanden sein, indem auf eine Sonne, die sich bereits mit einer dunklen Kruste bedeckt hatte, ein großer Meteorkörper eingeschlagen ist, und so eine Eruption von Gasen bewirkte. Der Vortrag wurde durch eine Anzahl Bilder erläutert.

#### Aus den Nachbarorten.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** nahm am Mittwoch zunächst ohne weitere Debatte Kenntnis von der Mitteilung des Magistrats betr. die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindevahlen in Gemäßheit des neuen Gesetzes und nahm sodann eine Reihe von Vorlagen an, darunter die Vorlage betr. Erweiterung der Volks-Vadeanstalt, betr. Nachbewilligung von Mitteln für Gemeindefchulbauten, betr. Bewilligung von Mitteln für zweifelhafte Schulbante in den neuen Gemeindefchulen, betr. Umgestaltung der Bürger-Mädchenhule und betr. die Organisation der Bauverwaltungen. Die Vorlage betr. die Anstellung von zwei neuen Magistratssekretären wurde einem Ansuchen zur Vorberatung überwiesen. Von der neuen Geschäftsanweisung für die Armenkommissionen nahm die Versammlung Kenntnis. Eine größere Debatte rief die dringliche Vorlage des Magistrats auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung der Stellungnahme zum Gesetzentwurf betr. die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nizdorf hervor. Von den verschiedensten Seiten wurden die der Stadt Charlottenburg aus dem Geleie erwachenden Gefahren anerkannt. Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

In vorgelasteter Stunde begann die zweite Lesung des Etats. Zum Etat der allgemeinen Verwaltung beantragten unsere Genossen die Verdoppelung der Summe, welche für Ruhegehälter und Hinterbliebenen-Versorgung fädtischer Arbeiter ausgeworfen ist. Stadtv. Hirsch wies darauf hin, daß die Summe von 3000 M. viel zu gering sei, da schon jetzt gegen 2000 M. auszugeben seien. Es würden also nur 1000 M. übrig bleiben, und es sei zu befürchten, daß der Magistrat in der Bewilligung von Mitteln zu sparfam vorgehe. Die Stadtv. Rost und Dr. Jaffé sprachen gegen unsren Antrag, der denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Dasselbe Schicksal hatte ein vom Stadtv. Baake begründeter Antrag zum Etat der Volkshulen auf

Erhöhung der Position „Bermittel für unbemittelte Kinder“. Trotz der Betonung des Antragstellers, daß gerade jetzt insolge der großen Arbeitslosigkeit der Fonds mehr als früher in Anspruch genommen würde, stimmten doch nur die beiden Socialdemokraten für den Antrag. Die weitere Etatberatung wurde vertagt.

**Köpenick.** Eine Art Vertrauensstudie für die mit dem Bau der Schulhäuser betrauten Unternehmer war der in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erstattete Bericht der Paufommission. Ueber die Qualität des Baumaterials waren verschiedene Bemängelungen laut geworden, worauf am 11. Januar die Kommission mit der Unteruchung der Bauten beauftragt wurde. Die Kommission hat nun im wesentlichen alles in Ordnung gefunden, und auch bei der Debatte, die sich an den Bericht angeschlossen, kam nichts von Belang heraus. — Der Jahres-Arbeitsbericht für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten erwachsenen Arbeiter wurde auf 825 M., der für Arbeiterinnen auf 525 M. angelegt; für jugendliche Arbeiter wurden 450 M., für jugendliche Arbeiterinnen 300 M. angesetzt. Den ortsüblichen Tagelohn setzte die Versammlung für die genannten Kategorien auf 3 M., 1,75 M., 1,75 M. und 1,25 M. fest.

**Der Kriegsminister v. Goltz** empfing dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, am Sonntag in Berlin eine aus drei Mann bestehende Arbeiter-Deputation der Spandauer Militär-Verkstätten, um deren Wünsche in der Lohnfrage, Wohnungsfrage, über Versorgung mit Brennmaterialien usw. zu hören. Die Audienz dauerte eine Stunde. Der Kriegsminister sagte wohlwollende Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zu.

Vielleicht hat bei dieser Gelegenheit der Kriegsminister erfahren, daß das rote Bild über die Spandauer Zustände, das Generalmajor v. Einem in der Reichstagsung vom 1. März entwarf, doch wohl einige Schatten aufweist.

**Entfestigung Spandau.** Die kriegsministerielle Verfügung betreffs Aufhebung der Stadt Spandau als Festung steht, wie aus Spandau als verblüht gemeldet wird, nahe bevor; sie erfolgt ohne Rücksicht auf den Verlauf der Verhandlungen mit der Stadt wegen Ankaufs von einem Teil des Festungsgeländes. Für die Militärverwaltung ergibt sich aus der Aufhebung des Festungscharakters von Spandau zunächst, daß vom 1. April, also dem Beginn des neuen Etatsjahrs ab, keinerlei Ausgaben mehr für die Instandhaltung der fortifikatorischen Anlagen gemacht werden; deren Unterhaltung kostete fortlaufend viele Tausende von Mark. Auch die Kosten der Festungsbeamten werden mit demselben Termin frei. Mit der Aufstellung des für ihre eignen Zwecke bestimmten Festungsgeländes, wobei es sich in erster Linie um Vergrößerung einzelner Werkstätten handelt, geht die Militärverwaltung alsbald vor. Während in andren Festungstädten der Entfestigungsprozess viele Jahre in Anspruch nimmt, wickelt sich in Spandau diese Angelegenheit in Jahresfrist ab, weil eben die Militärverwaltung selber die treibende Kraft ist.

#### Gerihts-Beitung.

**In der gegen den Bankier August Sternberg** anhängig gemachten neuen Strafsache ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung auf den 18. d. M. vormittags 9 1/2 Uhr vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I anberaumt worden. Sternberg wird der Vornahme einer unrichtigen Handlung an einem Mädchen unter 14 Jahren und der Verführung eines über 15 Jahre alten Mädchens, die Mitangeklagte Zimmervermieterin Frau Hedwig Riewe geb. Hafemann der Ruppel unter Anwendung listiger Kunstgriffe beschuldigt. Die strafbaren Handlungen, die in Frage stehen, fallen in die Jahre 1897 und 1898, sie sind erst durch die Ermittlungen bei dem letzten Sternberg-Prozess zur Sprache gebracht worden. Der Angeklagte Sternberg hat bisher bestritten, sich gegen das minderjährige Mädchen vergangen zu haben und behauptet, daß das ältere Mädchen nicht mehr unbescholten war. Die Verhandlung wird unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goltz stattfinden und es wird eine ziemlich umfangreiche Beweisaufnahme notwendig sein. Zu den vorgeladenen Zeugen gehört auch Fr. Helene Pfeffer, die sich z. B. in London befinden soll, ein Prediger und ein Rektor, die über den Zeumund der beiden Mädchen Auskunft geben sollen. Die Verteidigung Sternbergs wird Rechtsanwalt Kuchelt, die der Angekl. Riewe Rechtsanwalt Dr. Schwindt führen, die Anklage wird Staatsanwalt Braut vertreten. Die Verhandlung soll unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

**Im Wendland-Prozesse** ist jetzt die Beweisaufnahme zu Ende gekommen. In seinem Plaidoyer kam der Staatsanwalt gestern zu dem Schlussantrage, den Angeklagten wegen Unterschlagung und Vergehens gegen das Depot- und des Börsengesetz sowie der Kontoführung zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 2500 Mark Geldstrafe event. noch 250 Tagen Gefängnis und 6 Jahren Ehrverlust zu verurteilen und ihm 1 Jahr 6 Monate auf die Unteruchungshaft anzurechnen. Zwei Fälle der Depotunterschlagung beantragte der Staatsanwalt dem Schwurgericht zu überweisen. Rechtsanwalt Leonhard Friedmann trat für eine wesentlich niedrigere Strafe ein. Das Urteil soll am Sonnabend gesprochen werden.

**Das gegen Fr. Blatho** ergangene freisprechende Urteil wegen der Beleidigung des Oberstaatsanwalts Jenbiel ist rechtskräftig geworden, da der Staatsanwalt die eingelegte Revision zurückgezogen hat.

**Die Brandische Millionen-Erbchaft** beschäftigte gestern wieder einmal vergeblich das Schöffengericht am Amtsgericht I. Der Maurermeister Friedrich Brandt, der in einer Wolsbüre, die noch vor ihrem Erscheinen beschlagnahmt worden war, zu veröffentlichen gesucht hatte, daß die Brandische Millionen-Erbchaft von 28 Millionen holländischer Gulden durch allerlei Manipulationen verkrümmelt worden sei, nachdem Graf Douglas 500 000—600 000 Gulden aus der Erbchaftsmasse empfangen hatte, ist von dem Grafen Douglas wegen Beleidigung verklagt worden. Ein früherer Termin mußte vertagt werden, weil Graf Douglas nicht erschienen war. Der zu heute angelegte Termin wurde vertagt, weil die Verteidigung lange Schriftsätze eingereicht hatte, welche zu prüfen dem Vorsitzenden wegen der Kürze der Zeit und dem Umfang der Schriftsätze nicht möglich gewesen war. Die große Zahl derrer, die an die Brandische Millionen-Erbchaft glauben und sich für erberechtigt halten, wird sich also mindestens noch einen Monat gebulden müssen, bevor die erste Instanz die Sache entscheidet.

#### Vermishtes.

**Die Melbersunde in Ronth,** die in der ersten Januarwoche alle Welt in Aufregung versetzten, haben für die Thäterlichkeit in der Winterischen Nordlage keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Dagegen haben die Finder jetzt einen sehr erheblichen Finderlohn erhalten; insgesamt wurden an 1500 Mark von der Staatsanwaltschaft angewiesen.

**Eisenbahnunfall.** Amstich wird aus Duisburg gemeldet: Heute früh kurz vor 6 Uhr stieß der Personenzug 255, von Arefeld nach Hamm, vor der Station Duisburg auf den Güterzug 3009 insolge unrichtiger Abmeldung seitens der Station Giesfeld. Verlegungen von Personen sind nicht vorgekommen, auch Materialschaden ist nicht entstanden.

**Ueber einen Schiffuntergang** wird aus London berichtet: Der englische Dampfer „Ketham“, welcher gestern morgen von New York abgegangen war, um sich nach Bristol zu begeben, ist gesunken. Die ganze Besatzung ist umgekommen. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht bekannt.